Inhaltsverzeichnis

Kapitel		Seite
7.3	Steuerarten	149
7.3.1	Einteilung nach dem Steuerempfänger	149
7.3.2	Einteilung nach der Erhebungsart	150
7.3.3	Einteilung nach dem Steuergegenstand	150
7.4	Steuererhebungsverfahren am Beispiel der Personensteuern	150
7.4.1	Abzugsverfahren	150
7.4.2	Veranlagungsverfahren	150
7.5	Personensteuern	151
7.5.1	Einkommensteuer	151
7.5.2	Lohnsteuer	153
7.5.3	Abgeltungssteuer	154
7.6	Umsatzsteuer	154
8	**Wirtschaftsordnungen**	155
8.1	Die Rahmenbedingungen einer Volkswirtschaft	155
8.2	Vergleich Marktwirtschaft – Zentralverwaltungswirtschaft	156
Anhang		
•	Wirtschaftliche Fachbegriffe	158
•	Zeichenerklärungen	166
•	Abkürzungen	167
•	Stichwortverzeichnis	174

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.1 Einführung – Was bedeutet Wirtschaften?

Die Wirtschaft ist der Bereich einer Gesellschaft, der durch die Aufgabe bestimmt wird, menschliches Dasein durch die Bereitstellung von Gütern materiell zu sichern. Dabei werden die Bedürfnisse des Einzelnen und der Gesamtheit so gut es geht durch die Leistungserstellung der Betriebe (Produktion) gedeckt und somit die Nachfrage befriedigt. Jeder Mensch ist betroffen vom „Wirtschaften". Durch seinen täglichen Konsum, das Anlegen von Sparguthaben und die Bezahlung von Steuern wirkt er mit im Wirtschaftssystem einer Volkswirtschaft. Den Anfang bildet sein individuelles Bedürfnis, welches unter Umständen eine Kette von ökonomischen Transaktionen hervorruft. Voraussetzung allen Wirtschaftens ist dabei die **Knappheit an Gütern**.

1.2 Bedürfnisse, Bedarf und Nachfrage

Definition: Das **Bedürfnis** ist die Empfindung eines Mangels mit dem Wunsch, diesen Mangel zu beseitigen.

Jeder Mensch verspürt Bedürfnisse (z. B. nach Nahrungsmitteln, Autos oder Bildung), jedoch können nicht alle befriedigt werden, weil:

- sie technisch nicht machbar sind oder
- es an der notwendigen Kaufkraft mangelt.

Bedürfnisse können dabei durch äußere Einflüsse hervorgerufen oder verändert werden (z. B. durch Werbung); sie hängen auch von Zeit und Raum ab, in dem die Menschen leben. Vor hundert Jahren hatten die Bewohner Zentralafrikas sicherlich andere Bedürfnisse als wir in der heutigen Zeit.

Man unterscheidet folgende **Bedürfnisarten:**

Existenzbedürfnis	z. B. Essen und Trinken, Kleidung, Wohnstätte
Kulturbedürfnis	alle Bedürfnisse, die über das Existenzminimum hinausgehen, z. B. Möbel, Reisen, Fernseher
Luxusbedürfnis	schwierige Abgrenzung zu Kulturbedürfnissen, da gilt: Luxusbedürfnis von heute = Kulturbedürfnis von morgen, d. h., Luxus wird in Zukunft zur Selbstverständlichkeit als Kulturbedürfnis, z. B. Motoryacht, Weltreise
Individualbedürfnis	von einer Person empfundenes Bedürfnis
Gruppenbedürfnis	mehrere Personen verspüren einen gleichartigen Mangel
Kollektivbedürfnis	eine ganze Gesellschaft hegt ein Bedürfnis, z. B. nach Frieden
offenes Bedürfnis	bewusste Konsumwünsche
latentes Bedürfnis	unbewusste, noch schlummernde Konsumwünsche, die meist durch Anregungen oder Werbung geweckt werden
materielles Bedürfnis	z. B. Wunsch nach Fahrrad oder Büchern
immaterielles Bedürfnis	z. B. Wunsch nach Bildung oder Kinobesuch
wirtschaftliches Bedürfnis	kann durch wirtschaftliche Güter befriedigt werden, z. B. Bedürfnis nach Wärme
nicht wirtschaftliches Bedürfnis	kann nur durch nicht wirtschaftliche Güter befriedigt werden, z. B. Bedürfnis zu atmen

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Definition: Der **Bedarf** ist ein Bedürfnis, das aufgrund der Kaufkraft befriedigt werden kann.

Der Bedarf wird auch als konkretisiertes Bedürfnis bezeichnet; die Kaufkraft stellt hierbei die vorhandenen Mittel zum Erwerb (also Einkommen) dar.

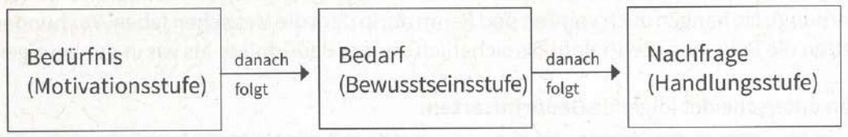
Definition: Wird der Bedarf eines Wirtschaftssubjekts am Markt wirksam, so spricht man von **Nachfrage**.

Zum Beispiel verspüren wir Hunger, haben genügend Geld, uns etwas zu essen zu kaufen und tun dies.

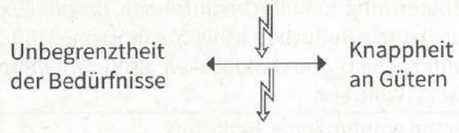
Die Nachfrage hängt ab von:

- den Preisen
- der Konsumsumme (Einkommen)
- der Bedarfsstruktur
- den wirtschaftlichen Erwartungen

Zusammengefasst in einem Zeitdiagramm lässt sich folgende Struktur erkennen:



Der Entscheidungskonflikt liegt hierbei in dem gegensätzlichen Verhältnis:



1.3 Die Güter

Definition: **Güter** nennt man die Mittel, mit denen Bedürfnisse befriedigt werden können.

Obwohl es auch nicht wirtschaftliche Güter gibt (freie Güter wie z. B. Luft), so sind von ökonomischer Bedeutung nur die wirtschaftlichen. Diese stiften einen gewissen Nutzen, werden angeboten und nachgefragt am Markt und erzielen einen bestimmten Preis. Der Preis ist dabei ein „Knappheitsanzeiger", d. h., je knapper ein Gut vorhanden ist, desto teurer ist es.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Eigenschaften von wirtschaftlichen Gütern:

- sie sind knapp
- sie dienen der Bedürfnisbefriedigung
- sie sind produzierbar nach dem gegenwärtigen Stand der Technik
- sie sind Handelsware nach dem heutigen Stand der Rechtslage
- ihre Herstellung erzeugt Kosten

Eigenschaften von Dienstleistungen:

- sie können nicht als Eigentum erworben werden
- sie sind nicht speicherbar, also nicht lagerfähig
- Produktion und Konsum finden gleichzeitig statt

Man unterscheidet folgende **Güterarten:**

freie Güter	diese Güter sind nicht knapp; sind von Natur aus gegeben; Preis = 0; z. B. Luft, Sonne
wirtschaftliche Güter	knappe Güter; Preis > 0; z. B. Bücher
Missgüter	stiften keinen Nutzen; Preis < 0; z. B. Müll
Sachgüter	Güter körperlicher (materieller) Art; z. B. Rohstoffe, Maschinen
Dienstleistungen	Güter immaterieller Art; z. B. Leistungen des Rechtsanwalts, Transportwesen
Rechte	z. B. Patente, Lizenzen
Konsumgüter	diese Güter dienen dem unmittelbaren Konsum (Verbrauch); z. B. Nahrungsmittel, Freizeitkleidung
Produktionsgüter (= Investitionsgüter)	diese Güter dienen der Produktion anderer Güter; z. B. Berufskleidung, Werkzeugmaschinen
Gebrauchsgüter	dieses sind dauerhaft nutzbare Güter; z. B. Radio, Bohrmaschine
Verbrauchsgüter	dieses sind kurzlebige Güter; z. B. Obst
Substitutionsgüter	dieses sind einander **ersetzbare** Güter; d. h., steigt der Konsum des Gutes A, so sinkt der Konsum des Gutes B; z. B. Schafwolle – Baumwolle, Butter – Margarine
Komplementärgüter	dieses sind einander **ergänzende** Güter; d. h., steigt der Konsum des Gutes A, dann steigt auch der Konsum des Gutes B; z. B. Nähnadel – Garn, Auto – Benzin/Diesel/Strom
homogene Güter	Güter, die technisch gleichartig und gegeneinander austauschbar sind; z. B. weißer Zucker/gemahlenes Weizenmehl von verschiedenen Anbietern
heterogene Güter	Güter, die sich von der Produkteigenschaft unterscheiden, also inhomogen sind; z. B. verschiedene Kaffeesorten, Obstqualitäten

Homogene Güter müssen beim Kauf nicht körperlich anwesend sein, weil sie einer gewissen Norm entsprechen. Verbraucher haben keine sachlichen, räumlichen, persönlichen Präferenzen. Nur der Preis entscheidet darüber, wo man kauft. Bei **heterogenen** Gütern kann ein Unternehmen eigene Preispolitik betreiben. Durch Standards werden diese Güter an der Börse zu homogenen Gütern (z. B. Weizen).

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Fortsetzung

Güterarten:

inferiore Güter	geringwertige Güter oder Güter fast im Urzustand; z. B. Kartoffeln, Brot
superiore Güter	höherwertige Güter, die im verarbeiteten Zustand erscheinen, z. B. Champagner ⇨ Im Zeitablauf werden inferiore Güter durch superiore Güter ersetzt.
Güter des privaten Bedarfs	z. B. Privatwohnung, Freizeitschuhe
Güter des öffentlichen Bedarfs	z. B. Uniformen, Schulräume

Bei dieser Unterteilung sind auch Kombinationen möglich zwischen Konsum- und Produktionsgütern einerseits bzw. Ge- und Verbrauchsgütern andererseits.

Beispiele:

a) Das Auto eines Versicherungsvertreters während seiner Dienstzeit ist sowohl ein Gebrauchs-, als auch ein Produktionsgut (außerdem noch superior und heterogen).

b) Milch im Haushalt ist gleichzeitig Konsum- wie Verbrauchsgut (außerdem noch inferior und teilweise homogen).

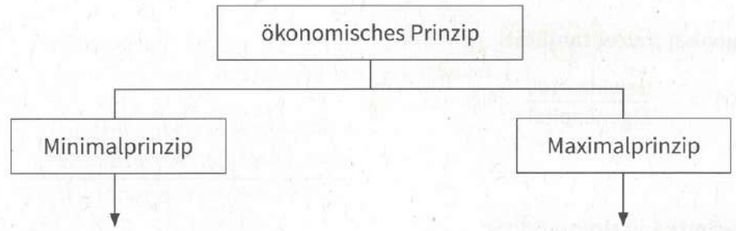
©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.4 Das Wirtschaften

Das quantitative Missverhältnis zwischen den unendlich großen Bedürfnissen des Menschen einerseits und den knappen Gütern andererseits führt zur Notwendigkeit des Wirtschaftens.

Definition: **Wirtschaften** nennt man die planvolle und bedarfsgerechte Tätigkeit des Menschen, die Knappheit der Güter so weit wie möglich zu verringern.

Die **gesamte Wirtschaft** ist demnach nichts anderes als eine Fülle von Einrichtungen und Verfahren zur Bedarfsdeckung des Einzelnen, einer Gruppe oder einer Gesellschaft. Da das Wirtschaften „planvoll" und nicht ziellos vonstatten geht, wird nach dem **ökonomischen Prinzip** gehandelt, welches sich in zwei unterschiedliche Einzelprinzipien aufspaltet:



ein **gegebenes Ziel** mit möglichst **geringen Mitteln** erreichen, z. B. feststehender Absatz von 30 Produkten; wie können dabei die Produktionskosten verringert werden?

mit **gegebenen Mitteln** den **größtmöglichen Erfolg** erzielen, z. B. die Produktionskosten sind fest; wie kann ich damit die meisten Produkte erzeugen?

Entscheidungsträger beim Wirtschaften sind Wirtschaftssubjekte, die folgenden Tätigkeiten nachgehen:

Private Haushalte
- konsumieren
- sparen

Ziel: ⇨ individuelle Deckung des Eigenbedarfs

Unternehmen
- produzieren
- investieren

Ziel: ⇨ individuelle Deckung fremden Bedarfs

Staat
= öffentliche Haushalte
- öffentliche, unentgeltliche Dienstleistungen
- Umverteilung von Einkommen

Ziel: ⇨ kollektive Deckung des Eigenbedarfs

Sowohl Unternehmen als auch der Staat gehen bei der Verfolgung ihrer Ziele im Wesentlichen nach einem der beiden folgenden Prinzipien vor:

1. erwerbswirtschaftliches Prinzip: Ziel ⇨ **Gewinnmaximierung**
2. gemeinwirtschaftliches Prinzip (= Bedarfsdeckungsprinzip): Ziel ⇨ **Kostendeckung**

Das Ziel der privaten Haushalte liegt in der **Nutzenmaximierung**.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.4.1 Die Wirtschaftskennzahlen eines Wirtschaftssubjekts

Um den Erfolg eines Unternehmens oder das Ergebnis einer wirtschaftlichen Tätigkeit messen zu können, werden folgende Kennzahlen unterschieden:

Wirtschaftlichkeit

$$(W) = \frac{\text{Leistung}}{\text{Kosten}} \text{ (ohne Einheit)}$$

Ist W > 1, so ist das Unternehmen erfolgreich,
ist W < 1, so macht das Wirtschaftssubjekt Verlust.

Eigenkapitalrentabilität

$$(EKr) = \frac{\text{Gewinn} \cdot 100}{\text{Eigenkapital}} \text{ (\%)}$$

Gesamtkapitalrentabilität

$$(GKr) = \frac{\text{Gewinn + Fremdkapitalzinsen}}{\text{Eigenkapital + Fremdkapital}} \text{ (\%)}$$

Arbeitsproduktivität

$$(APm) = \frac{\text{Produktionsergebnis}}{\text{Arbeitseinsatz}} \text{ (z. B. Stück pro Stunde)}$$

Mögliche Gründe für eine steigende Arbeitsproduktivität:
- rationellere Arbeitsorganisation
- besserer Ausnutzungsgrad
- besseres Betriebsklima

Kapitalproduktivität

$$(KPm) = \frac{\text{Produktionsergebnis}}{\text{Kapitaleinsatz}} \text{ (z. B. Stück pro EUR)}$$

Arbeits- und Kapitalproduktivität haben nichts mit den Soll und Haben Werten (EUR) der Rentabilität zu tun. Sie sind lediglich mengenmäßige Kennzahlen; Wirtschaftlichkeit und Rentabilität sind dagegen wertmäßige Kennziffern!

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Rendite

$$(Rd) = \frac{\text{Gewinn} \cdot 100}{\text{eingesetztes Kapital}} \text{ (\%)}$$

Mit der Rendite wird der Gesamterfolg einer Investition gemessen.
Dieser Begriff wird häufig der Rentabilität gleichgesetzt.

Merke: Die **Rentabilität** (r) ist der Prozentsatz, zu dem sich das eingesetzte Kapital verzinst. Im Finanzwesen spricht man dabei von der Rendite, die eine Verzinsung des angelegten Kapitals, also den Ertrag einer Finanzanlage (in Prozent) darstellt.

Staatliche Investitionen werden bei der Erfolgsermittlung nicht durch die o.g. Kennzahlen berechnet, sondern durch eine **Kosten-Nutzen-Analyse** erfasst.

Verfahren:
gesamtwirtschaftlicher Nutzen
./. gesamtwirtschaftliche Kosten
= Wert (der zu maximieren ist)

Hierbei sind die Kosten negativer (also entgangener) Nutzen. Bei den Projekten (z. B. Autobahnbau oder Vergrößerung des Schienennetzes) wird nun dasjenige ausgewählt, welches die größte positive Differenz aufweist!

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.4.2 Wirtschaft und Umwelt

In der heutigen Zeit spielt die Vernetzung von Wirtschaft und Umwelt eine immer größer werdende Rolle, da durch steigende Industrialisierung vermehrt Schäden an der Umwelt festzustellen sind (z. B. durch Abbau der Bodenschätze, Trinkwasserverschmutzung, Entstehung von Abfallbergen, Luftverschmutzung durch Schadstoffemissionen etc.).

Mögliche Schutzmaßnahmen für die Umwelt:

- freie Güter (wie Luft, Meere, Flüsse) dürfen nicht weiter durch Schadstoffe verschmutzt werden
- Einführung einer Öko-Steuer auf umweltschädliche Produkte (dadurch verstärkte Einführung von umweltfreundlichen Erzeugnissen)
- Vermeidung von Abfall durch Recyclingsysteme (d. h. Mehrfachverwendung von Verpackungen), Pfandsysteme oder Mehrwegpflicht (z. B. bei Speisebehältern zum Mitnehmen).
- erhöhter Einsatz von umweltfreundlichen Herstellungstechniken (z. B. grüner Stahl)
- verstärktes Umsteigen von fossilen Energiequellen wie Kohle und Öl zu umweltverträglichen Energieträgern (z. B. Windkraft und Sonnenenergie)
- Öko-Audit: Freiwillige Überprüfung des betrieblichen Umweltmanagements. Neutrale, fachkundige Gutachter erteilen Zertifikate für erfolgreiches Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung. Ziel: die kontinuierliche Verbesserung der Umweltleistung des Unternehmens.
- Emissionshandel, d. h. Handel mit Verschmutzungsrechten
- Elektromobilität, also z.B. Fahren mit Elektroautos, die mit Strom aus regenerativen Quellen gespeist werden

Die Finanzierung des Umweltschutzes könnte durch das **Verursacherprinzip** gewährleistet werden, d. h., wer die Verschmutzung verursacht (z. B. Industrie, Autofahrer), zahlt durch eine Öko-Abgabe oder Strafe den Schaden, von dem in der Regel die Allgemeinheit betroffen ist.

1.5 Die Arbeitsteilung

Unsere heutige Wirtschaft ist neben anderen Faktoren auch durch **Arbeitsteilung** gekennzeichnet. Wurden früher noch einige Arbeitsschritte im Haushalt erledigt (z. B. Nahrungs- und Kleidungsherstellung), so verlagerte sich allmählich die Produktion von Gütern in die Unternehmen, die mit zunehmender Industrialisierung nur noch **spezielle Arbeiten** am Produkt erledigten.

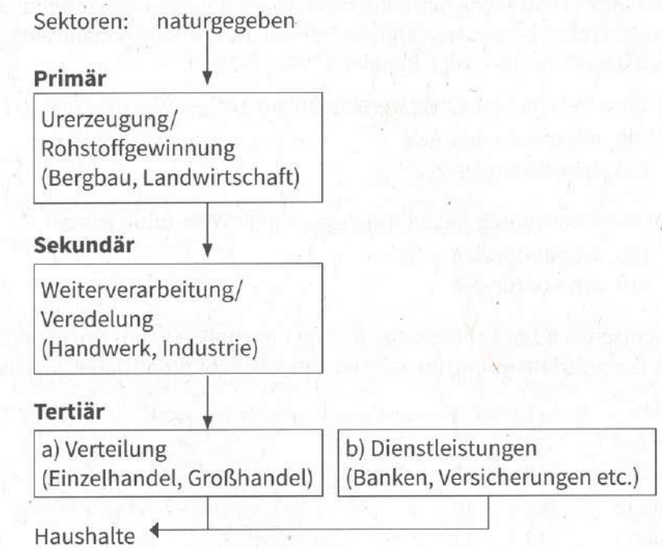
Man unterscheidet vier Arten der Arbeitsteilung:

1. Historische Arbeitsteilung:

Berufsbildung	geschichtlicher Vorgang der Bildung von Grundberufen, wie z. B. Bauer, Händler, Handwerker
↓	
Berufsspaltung	Aufgabenteilung in diesen Grundberufen, wie z. B. Handwerker: Maurer, Zimmermann, Dachdecker, Installateur

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

2. Volkswirtschaftliche Arbeitsteilung (Drei Sektoren)
Arbeitsteilung durch zunehmende Spezialisierung der Betriebe



3. Betriebswirtschaftlich-technische Arbeitsteilung:

Arbeitszerlegung	Zerlegung der Arbeit in Teilvorgänge (z. B. Fließbandarbeit)
Produktionsteilung	Aufteilung eines Produktionsvorgangs auf mehrere Betriebe

Die betriebswirtschaftlich-technische Arbeitsteilung birgt zumeist eine Wohlstandsverbesserung einer Gesellschaft, jedoch sind auch Nachteile erkennbar:

Vorteile	Nachteile
– Steigerung der Produktivität – Einkommensverbesserung – kürzere Arbeitszeiten – Einsatzmöglichkeit von Maschinen (Erleichterung der Arbeit) – Nutzung von ganz speziellen Begabungen – kürzere Anlernzeiten	– gesundheitliche Schäden durch einseitige Belastung – Verlust des Gesamtüberblicks – geringe Arbeitsmotivation – keine schöpferische Tätigkeit – Monotonie der Arbeit

Ansätze zur Eindämmung der Nachteile:

- Einführen der Gruppen- und Inselfertigung statt Fließbandfertigung
- Schutzabkommen gegen zu weit gehende Rationalisierung
- Humanisierung der Arbeitsplätze
- Gesundheitsvorsorge
- sinnvolle Freizeitgestaltung, evtl. unter Mitwirkung der Unternehmen (Betriebssportgruppen)

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

4. Internationale Arbeitsteilung
(Export/Import)

Auch die internationale Arbeitsteilung führt durch den verstärkten Außenhandel zu einem **Anstieg des Wohlstands** in allen beteiligten Ländern. Die Erklärung erfolgt anhand eines Beispiels am **Ricardo-Modell** (David Ricardo: engl. Bankier, 1772 – 1823):

Für das Herstellen einer Mengeneinheit **Weizen** benötigt man

in Deutschland 90 Arbeitsstunden und
in Frankreich 120 Arbeitsstunden.

Für die Produktion einer wertmäßig gleichen Mengeneinheit **Wein** braucht man

in Deutschland 100 Arbeitsstunden und
in Frankreich 110 Arbeitsstunden.

Man sieht, dass Deutschland beide Produkte günstiger herstellen kann, trotzdem sollte sich jedes Land auf ein Gut **spezialisieren**, um noch kostengünstiger produzieren zu können.

Kostenverhältnisse:

Weizen: $\frac{\text{Deutschland}}{\text{Frankreich}} = \frac{90}{120} = \frac{9}{12} = \frac{3}{4}$

Wein: $\frac{\text{Deutschland}}{\text{Frankreich}} = \frac{100}{110} = \frac{10}{11}$

Hieraus folgt, dass der **komparative Kostenvorteil** für Deutschland bei **Weizen** am Größten ist. Deutschland sollte sich demnach auf Weizen spezialisieren, Frankreich auf **Wein**!

Länder	bei Unabhängigkeit	bei Spezialisierung	Ersparnis
Deutschland	90 + 100 = 190	90 + 90 = 180	10
Frankreich	120 + 110 = 230	110 + 110 = 220	10

Bei Spezialisierung ist also eine Ersparnis von 10 Arbeitsstunden je Land feststellbar, die für die Produktion von weiteren im Inland benötigten Gütern verwendet werden können.

1.6 Die Produktion

Folgende Grundprobleme treten in jeder Volkswirtschaft auf. Die Lösung dieser Grundprobleme ist Voraussetzung für die Güterherstellung:

a) Was soll produziert werden?
b) Für wen soll produziert werden?
c) Wie soll produziert werden?
d) Wann soll produziert werden?
e) Wo soll produziert werden?

Definition: Unter **Produktion** versteht man alle entgeltlichen Tätigkeiten zur Bereitstellung von Gütern.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

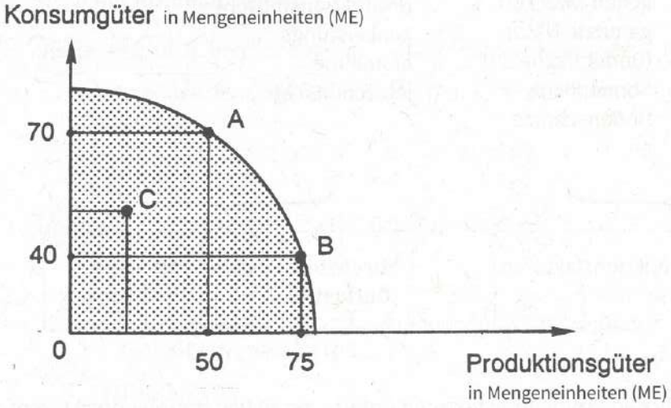
Dazu gehören zum Beispiel **nicht:**

- unentgeltliche Haushalts- und Erziehungsleistungen
- selbstständige Arbeiten als Heimwerker (Anstreichen etc.)

Produktionsprozess innerhalb einer Volkswirtschaft:

INPUT (Arbeit, Boden, Kapital) → Produktion in Betrieben → OUTPUT (= Sachgüter, Dienstleistungen)

Der Produktionsprozess findet normalerweise in Betrieben statt, indem ein gewisser Input (= Produktionsfaktoren) kombiniert wird zu einem Endprodukt, dem Output. Eine Volkswirtschaft hat dabei die Wahl zwischen der Herstellung von Produktions- und/oder Konsumgütern. Dieses Verhältnis lässt sich durch eine **Produktionsmöglichkeitskurve** innerhalb eines Koordinatensystems beschreiben.



Erklärung:

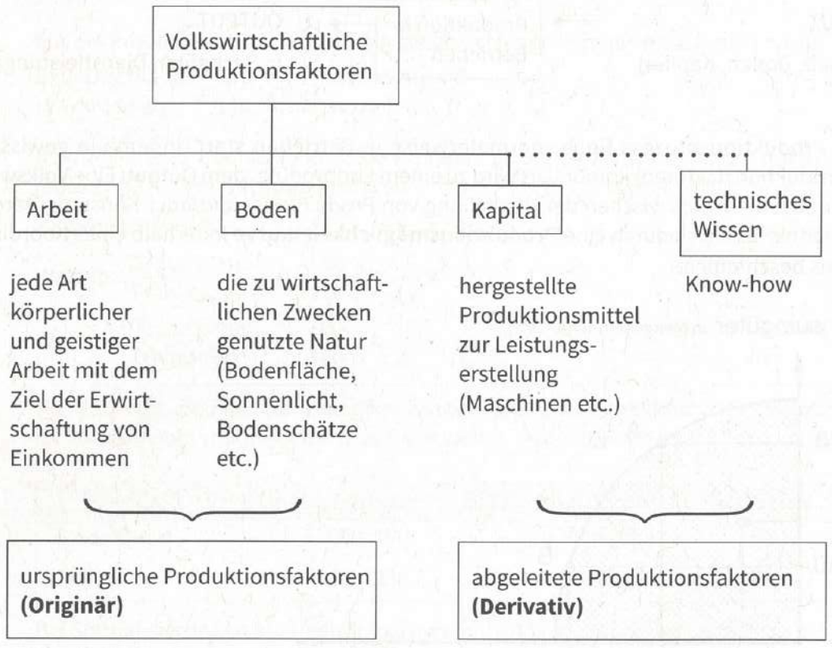
Im Punkt C herrscht Unterbeschäftigung, d. h. Arbeitslosigkeit. Im Punkt A werden 30 ME mehr Konsumgüter hergestellt als im Punkt B, d. h., diese Volkswirtschaft ist mehr konsumorientiert (es wird wenig gespart und wenig investiert). Im Punkt B werden 25 ME mehr Produktionsgüter produziert als im Punkt A. Daraus folgt, dass diese Volkswirtschaft mehr spart und investiert und somit auf Wachstum bedacht ist.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.6.1 Die Produktionsfaktoren

Definition: Alles das, was im Produktionsprozess eingesetzt wird, um Güter zu produzieren, wird als **Produktionsfaktor** bezeichnet.

In der Volkswirtschaftslehre unterscheidet man folgende Arten von Produktionsfaktoren:



Die volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren unterteilen sich in drei Hauptsektoren; der vierte Sektor (techn. Wissen) wird in der Literatur nur in wenigen Lehrbüchern berücksichtigt, weil dieser zumeist der **Arbeit** zugerechnet wird. **Kapital** wird als abgeleiteter Produktionsfaktor bezeichnet, da dieser erst aus der **Kombination** der ersten beiden Faktoren **Arbeit** und **Boden** entsteht.

Im Folgenden werden die drei Produktionsfaktoren **Arbeit**, **Boden** und **Kapital** näher dargestellt.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.6.2 Der Produktionsfaktor Arbeit

A) Arten der Arbeit:

	vorwiegend körperlich	vorwiegend geistig
schöpferisch:	z. B. Bildhauer	z. B. Komponist
leitend:	z. B. Meister	z. B. Schuldirektor
ausführend:	z. B. Maurerlehrling	z. B. technischer Zeichner

Es gibt bei diesem Unterscheidungsmerkmal wie auch in der Realität keine Formen der „reinen" körperlichen oder der „reinen" geistigen Arbeit.

Bei der ausführenden Arbeit wird noch folgendermaßen differenziert:
- ungelernte Arbeit, z. B. Ferienarbeiter
- angelernte Arbeit, z. B. Hilfsarbeiter
- gelernte Arbeit, z. B. Mechatroniker als Geselle

B) Arten der Arbeitslosigkeit

Subjektiv (d. h. in der Person des Arbeitnehmers begründet)
- persönlich verschuldet, z. B. durch Unehrlichkeit oder Vernachlässigung der Weiterbildung
- persönlich unverschuldet, z. B. durch Unfall

Objektiv (d. h. Mangel an Arbeitsgelegenheit)
- **friktionell:**
  kurzfristiger Zeitraum der Arbeitsplatzsuche zwischen Aufgabe der alten Tätigkeit und Aufnahme einer neuen Beschäftigung („Sucharbeitslosigkeit")
- **saisonal:**
  jahreszeitlich bedingte Arbeitslosigkeit
  (z. B. stagnierendes Baugewerbe im Winter)
- **konjunkturell:**
  bedingt durch die schlechte Lage der Gesamtwirtschaft im Konjunkturtief
- **strukturell:**
  a) **sektoral:** d. h., ganze Berufszweige verlieren ihre Arbeitsplätze (z. B. bei Krisen im Bergbau)
  b) **regional:** d. h., ganze Regionen sind von Arbeitslosigkeit betroffen (z. B. ehemalige Zonenrandgebiete)
  c) **technologisch:** bedingt durch verstärkte Rationalisierung und erhöhten Einsatz von Maschinen in bestimmten Wirtschaftszweigen (z. B. vollautomatische Textilmaschinen ersetzen mehrere Näherinnen)

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

C) Kennzahlen der Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit:

Erwerbsquote (%)

$$= \frac{\text{Anzahl der Erwerbstätigen}}{\text{gesamte Wohnbevölkerung einer Volkswirtschaft}} \cdot 100$$

Arbeitslosenquote (%)

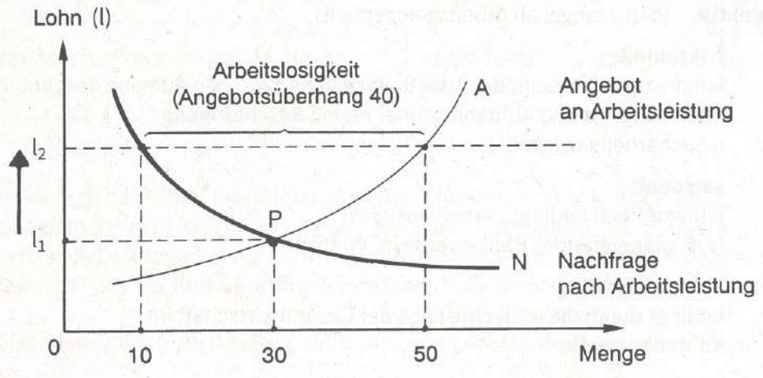
$$= \frac{\text{Anzahl der Arbeitslosen}}{\text{Zahl der unselbstständigen Erwerbstätigen}} \cdot 100$$

Die Erwerbsquote hängt u. a. von der Bevölkerungszahl und dem Altersaufbau einer Gesellschaft ab. Die Arbeitslosenquote gibt neben anderen Kennzahlen auch an, inwieweit eine Volkswirtschaft „gesund" ist, d. h., ob sie noch in der Phase des steigenden Wohlstands ist oder ob sie sich schon in einem Konjunkturtief befindet.

Arbeitslose sind alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen, die ohne Arbeit sind.

Bei einer Arbeitslosenquote von < 1 % spricht man von Überbeschäftigung, d. h., die Zahl der offenen Stellen übersteigt die Anzahl der Arbeitssuchenden. Vollbeschäftigung herrscht bei einer Arbeitslosenquote zwischen 1 % und 4 % und Unterbeschäftigung nennt man den Zustand, in dem die Arbeitslosenquote > 4 % ist, d. h., hier gibt es mehr Arbeitslose als offene Stellen.

Angebot und Nachfrage nach Arbeitsleistung hängen auch direkt mit dem geltenden Lohnsatz (l) zusammen:



Erklärung:

Die Nachfragekurve hat in diesem Koordinatensystem eine negative Steigung, da bei einem hohen Lohnsatz nur wenige Unternehmer Arbeitsplätze anbieten und bei einem geringen Lohnsatz viele offene Stellen existieren. Die Angebotskurve verläuft mit positiver Steigung, da bei einem niedrigen Lohnsatz nur wenige arbeiten wollen, bei einem hohen jedoch sehr viele. Die beiden Kurven schneiden sich im Punkt P; hier liegt der Durchschnittslohn (l_1) im Gleichgewicht. Steigt nun der Lohnsatz (l_2), so erhöht sich das Arbeitsangebot, während gleichzeitig die Nachfrage nach Arbeitsleistung sinkt; es entsteht also **Arbeitslosigkeit**.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.6.3 Der Produktionsfaktor Boden

Die Eigenschaften des Produktionsfaktors Boden sind:

- er ist nicht vermehrbar
- er ist absolut knapp
- man kann ihn nicht transportieren
- er ist mobilisierbar durch Eigentumsübertragung

Seine Nutzungsmöglichkeiten beschränken sich auf die Aspekte:

A) Anbauboden

Hierbei ist der Boden zumeist dauerhaft nutzbar, da er sich selbst regeneriert, bzw. durch Schädlingsbekämpfung und Düngemittel dabei unterstützt wird (z. B. Gemüseanbau, Wald- und Weideflächen).

B) Abbauboden

Der Boden verringert sich bis zur endgültigen Ausbeutung, d. h., er ist nur einmalig nutzbar. Problem hierbei ist also die „Endlichkeit" der natürlichen Ressourcen (z. B. Bergbau: Kohle, Salz, Erz, Uran).

C) Standortboden

Hier unterscheidet man zwischen gebundenem (z. B. bei Landwirtschaft) und freiem Standort bei Industrien. Der Standortboden ist die räumliche Grundlage und Voraussetzung für die Produktion von Gütern.

Bei freier Standortwahl sind folgende Standortfaktoren zu beachten:

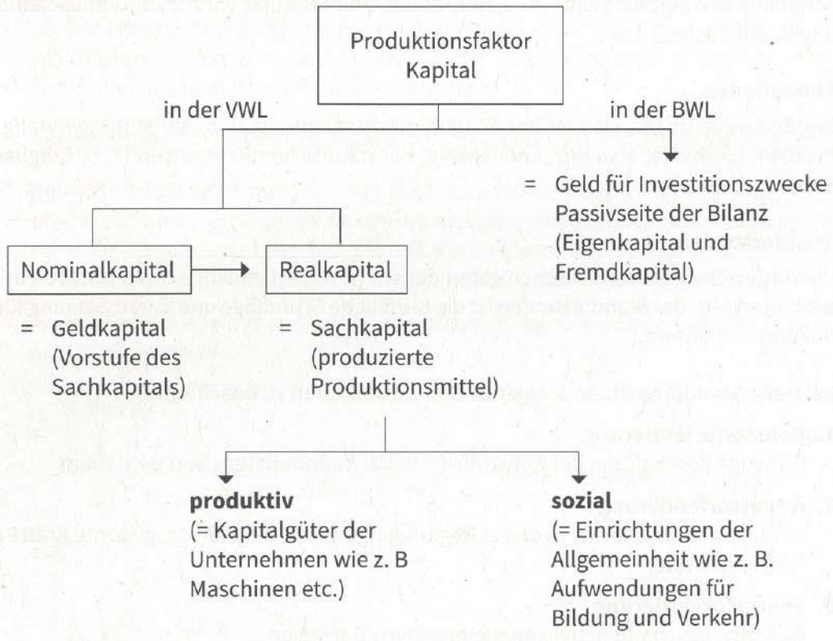
1. **Rohstofforientierung**
   Günstige Beschaffung der Rohstoffe (z. B. bei materialintensiven Betrieben)
2. **Arbeitsorientierung**
   Genügend Arbeitskräfte in dieser Region (ungelernte, angelernte, gelernte Kräfte und Führungskräfte)
3. **Energieorientierung**
   Günstige Beschaffung bei energieintensiven Betrieben
4. **Verkehrsorientierung**
   Gute Transportmöglichkeiten, d. h. gute Infrastruktur (z. B. Bahnanschluss)
5. **Abgabeorientierung**
   - nicht zu hohe Abgaben an den Staat an diesem Standort
   - mögliche finanzielle Förderung durch den Staat in unterentwickelten Gebieten und Regionen
6. **Absatzorientierung**
   Geringe Transportkosten und genügend Abnehmer in der Nähe des Standortes
7. **Umweltorientierung**
   Berücksichtigung der Umweltauflagen
   (z. B. keine Lärmbelästigung in Wohngebieten)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

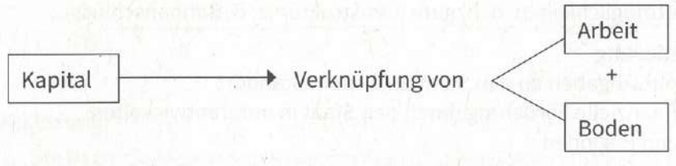
Der Produktionsfaktor Boden ist stark durch umweltschädliche Stoffe und Verfahren gefährdet, sodass teilweise das natürliche Gleichgewicht der Umwelt durch zunehmende Industrialisierung umzukippen droht (z. B. Regenwaldvernichtung durch Tropenholzimporte, Klimaerwärmung durch CO_2-Emissionen, Verschmutzung von Flüssen und Meeren durch Einleiten von Schadstoffen etc.). In fast allen Fällen ist dadurch auch die Gesundheit oder zumindest die Lebensqualität betroffen (Trinkwasserbelastung durch Nitrate usw.).

1.6.4 Der Produktionsfaktor Kapital

Kapital ist ein weitläufiger Begriff, der in den Wirtschaftswissenschaften genauestens in die Bereiche BWL und VWL unterteilt wird, da er hier jeweils verschiedene Bedeutungen hat und unterschiedliche Zusammenhänge darstellt.



Aus volkswirtschaftlicher Sicht:

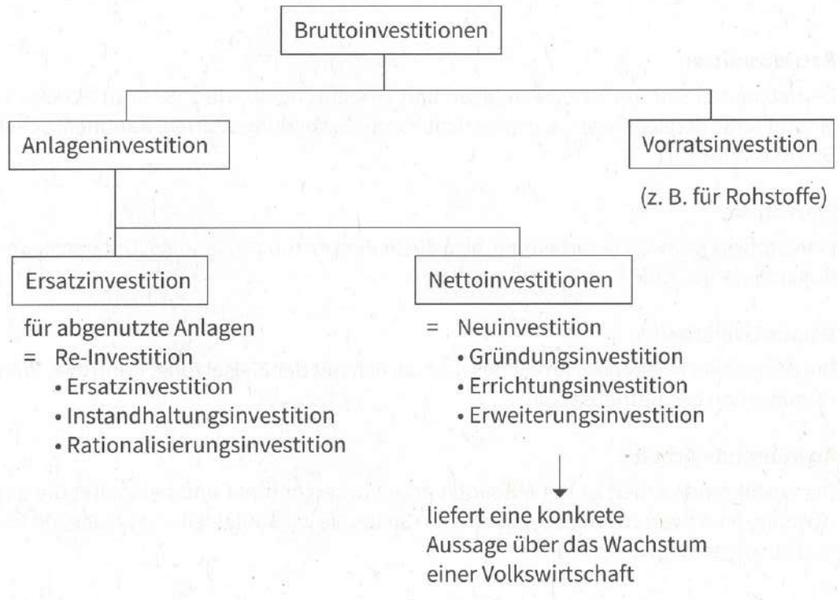


Kapital kann nur gebildet werden, indem man spart, d. h. Konsumverzicht leistet.

Wird aus dem verfügbaren Einkommen der Haushalte und Unternehmen das gesparte Geld nur gesammelt, also dem Wirtschaftskreislauf entzogen, so findet keine Kapitalbildung im eigentlichen Sinne statt.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Definition: **Investition** ist die Verwendung von Geldmitteln zur Beschaffung von Vermögenswerten; also Geldkapital wird in Sachkapital umgewandelt, um eine Leistungs- und Nutzensteigerung in Zukunft zu erzielen.



©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.6.5 Die betriebswirtschaftlichen Produktionsfaktoren

Die betriebswirtschaftlichen Produktionsfaktoren spalten sich auf in

- Betriebsmittel
- Werkstoffe
- dispositive Arbeit und } Arbeitskräfte
- ausführende Arbeit

A) Betriebsmittel

Betriebsmittel sind technische Anlagen und Einrichtungen, wie z. B. Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Energieanlagen, Lagereinrichtungen, Ausbildungsstätten, Kantinen, Schutzgeräte, Betriebsstoffe etc.

B) Werkstoffe

Werkstoffe dienen der Verarbeitung, also direkt der Leistungserstellung. Unterschieden werden Rohstoffe, Hilfsstoffe, Fertigteile und Waren.

C) Dispositive Arbeit

Die dispositive (= leitende) Arbeit beschäftigt sich mit der Zielsetzung, Kontrolle, Planung und Organisation des Betriebsablaufs.

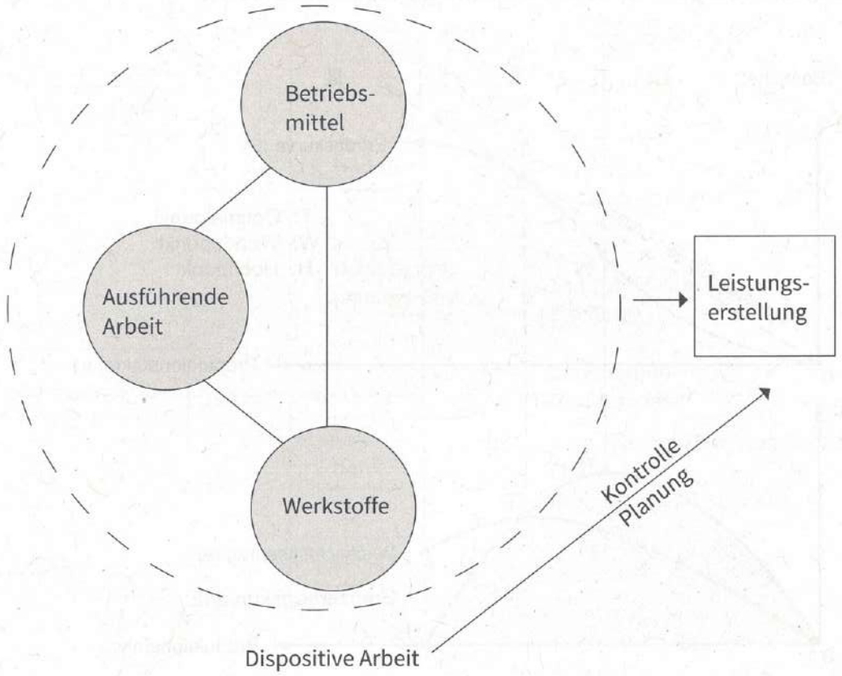
D) Ausführende Arbeit

Die ausführende Arbeit ist der leitenden Arbeit untergeordnet und beinhaltet die direkte Verrichtung der Anweisungen der vorgesetzten Stelle. Sie wird aufgeteilt in vorwiegend körperliche und vorwiegend geistige Arbeit.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.6.6 Die Kombination der Produktionsfaktoren

Wie in der Volkswirtschaftslehre, so müssen auch hier die Produktionsfaktoren miteinander verbunden und kombiniert werden, um das Sachziel des Betriebes, nämlich die Gütererstellung, zu gewährleisten.



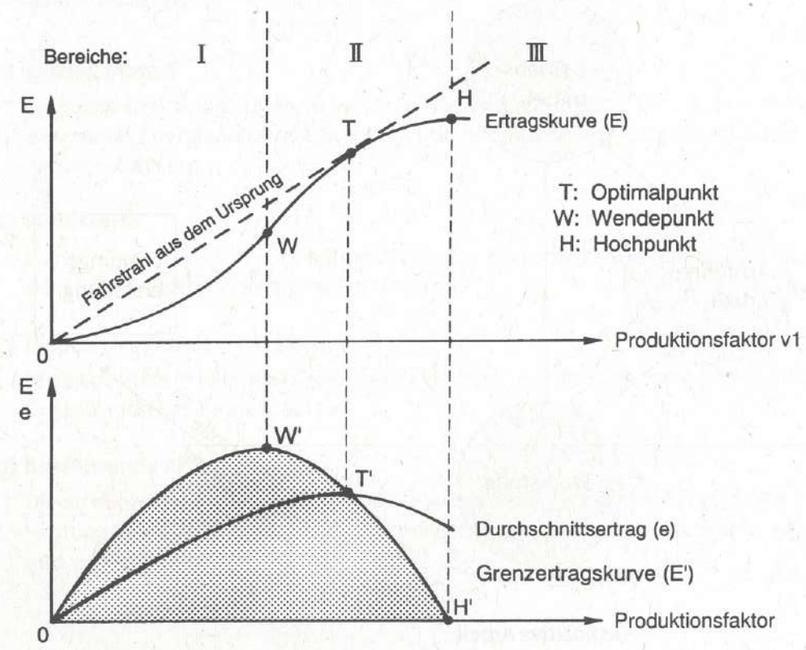
Erklärung: **Betrieb** ist die technische Seite der Unternehmung, also der Ort der Kombination der Produktionsfaktoren.

Die dispositive Arbeit wägt ab, in welchem Einsatzverhältnis die betriebswirtschaftlichen Produktionsfaktoren miteinander kombiniert werden, um einen größtmöglichen Ertrag zu erzielen.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.7 Die Ertragskurve

Ertragsgesetz: Bei Festhalten der Menge eines Produktionsfaktors und Veränderung der Einsatzmenge aller anderen Faktoren nimmt der Ertrag erst überproportional (I), dann unterproportional (II) zu, ab einem bestimmten Punkt (Hochpunkt) sinkt der Ertrag (III); = Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs! (Gilt nur bei substitutionaler Produktionsfunktion)



Definition: Der **Grenzertrag** ist der zusätzliche Ertrag, wenn vom variierten Produktionsfaktor v1 eine Einheit mehr eingesetzt wird.

$$\text{Durchschnittsertrag (e)} = \frac{\text{Ertrag}}{\text{Einsatzmenge des Faktors v1}}$$

Erklärung:

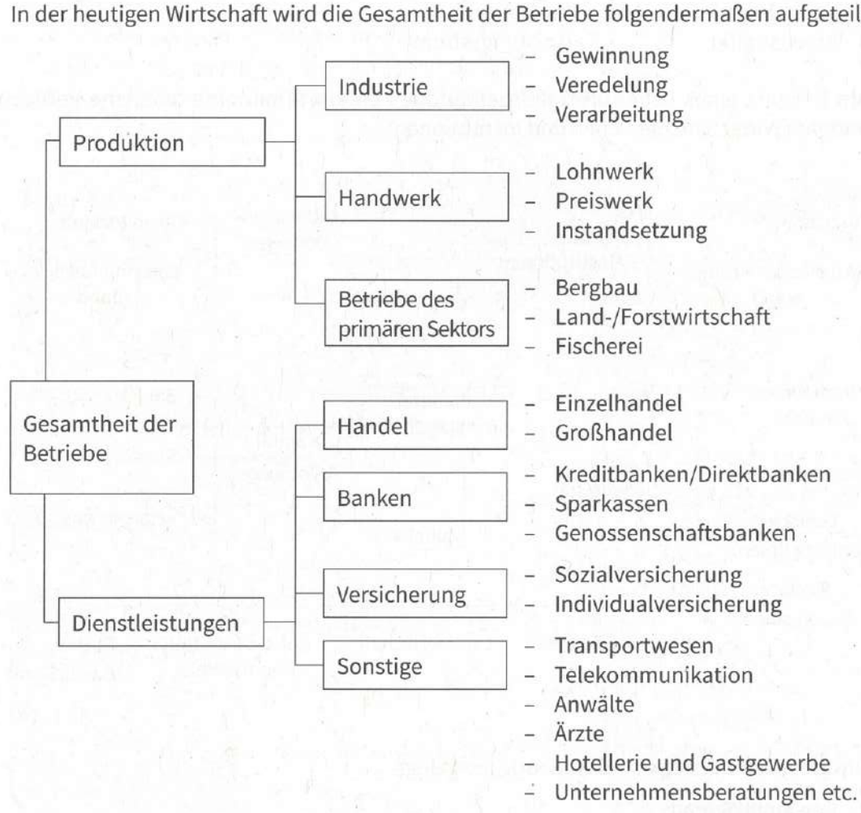
Das Unternehmen kann bei substitutionalen Produktionsfaktoren einen Faktor (v1) verändern und erreicht somit diese typische Ertragskurve. Der **Optimalpunkt** (T) des Einsatzverhältnisses liegt nun genau im Schnittpunkt von Grenzertrags- und Durchschnittsertragskurve. Grafisch ist dieser Punkt feststellbar, indem man einen Fahrstrahl vom Ursprung aus an die Ertragskurve legt und den Berührungspunkt einzeichnet. Sinnvolles Beispiel wäre hier der Einsatz von Dünger in der Landwirtschaft, der bei zu großer Menge eher schadet und den Ertrag mindert.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.8 Leistungsprozesse in Betrieben

1.8.1 Allgemeine Unterscheidung

In der heutigen Wirtschaft wird die Gesamtheit der Betriebe folgendermaßen aufgeteilt:



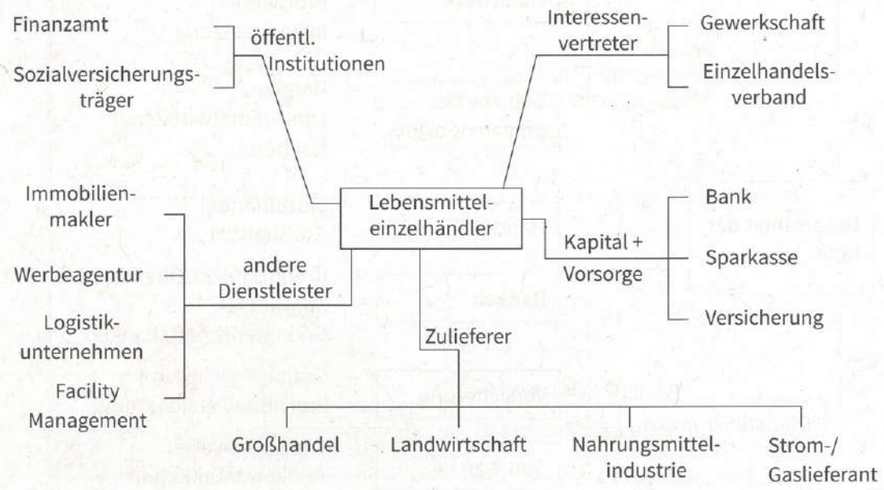


©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Aus der Sicht der Unternehmen unterscheidet man vier **Marktgruppen**, die auf das betriebliche Geschehen Einfluss nehmen:

1. Beschaffungsmarkt (Güterstrom)
2. Absatzmarkt (Güterstrom)
3. Kapitalmarkt (Geldstrom)
4. Arbeitsmarkt (Leistungsstrom)

Am Beispiel eines Lebensmitteleinzelhändlers erkennt man eine mögliche Verflechtung zu anderen Wirtschaftsbereichen und Institutionen:



Die **Ziele der Betriebe** sind eindeutig festgelegt:

1. Gewinnerzielung:
   a) Erwerbswirtschaftliches Prinzip; z. B. Gewinnmaximierung bei privaten Unternehmen
   b) Gemeinwirtschaftliches Prinzip; z. B. angemessener Gewinn und Kostendeckung bei öffentlichen Unternehmen
2. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auf Absatz-, Kapital- und Arbeitsmarkt
3. Streben nach Wirtschaftlichkeit durch Minimal- oder Maximalprinzip

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.8.2 Der Industriebetrieb

Der Industriebetrieb ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige, weil hier Sachgüter zum späteren Konsum oder Produktionsgüter produziert werden.

Seine Tätigkeiten umfassen:
- die Gewinnung von Rohstoffen und Energie
- die Veredelung der Rohstoffe zum Zwischenprodukt
- die Verarbeitung der Zwischenprodukte zum Endprodukt

Industriebetriebe können wie folgt differenziert werden:

Mögliche Einteilung	Industrie	Erklärung/Beispiele
Verarbeitungsstufe	– Grundstoffindustrie	Herstellung von Ausgangsstoffen
	– Investitionsgüterindustrie	Herstellung von Maschinen
	– Konsumgüterindustrie	Herstellung von Waren für den Endverbraucher
Rechtsform	– Einzelunternehmung	e. K., e. Kfm., e. Kfr.
	– Personengesellschaft	OHG, KG
	– Kapitalgesellschaft	GmbH, AG, Ltd., UG
	– Genossenschaft	eG, SCE (europ. Genossenschaft)
Betriebsgröße	– Großbetrieb	z. B. Autofabrik
	– Mittelbetrieb	z. B. Autozuliefererbetrieb
	– Kleinbetrieb	z. B. Armaturenwerk
vorherrschender Produktionsfaktor	– arbeitsintensive Betriebe	hoher Lohnkostenanteil, z. B. Uhrenfabrik
	– materialintensive Betriebe	hohe Rohstoffkosten, z. B. Papierfabrik
	– anlagenintensive Betriebe	hoher Kapitalanteil des Anlagevermögens, z. B. Werft, Raffinerie
	– energieintensive Betriebe	hohe Energiekosten, z. B. Aluminiumwerk
Kostenverhalten	– hoher Fixkostenanteil	z. B. Kraftwerk
	– niedriger Fixkostenanteil	z. B. Baubetrieb
vorherrschender Rohstoff	– Metall verarbeitende Industrie	z. B. Hüttenwerk
	– Papier verarbeitende Industrie	z. B. Druckerei

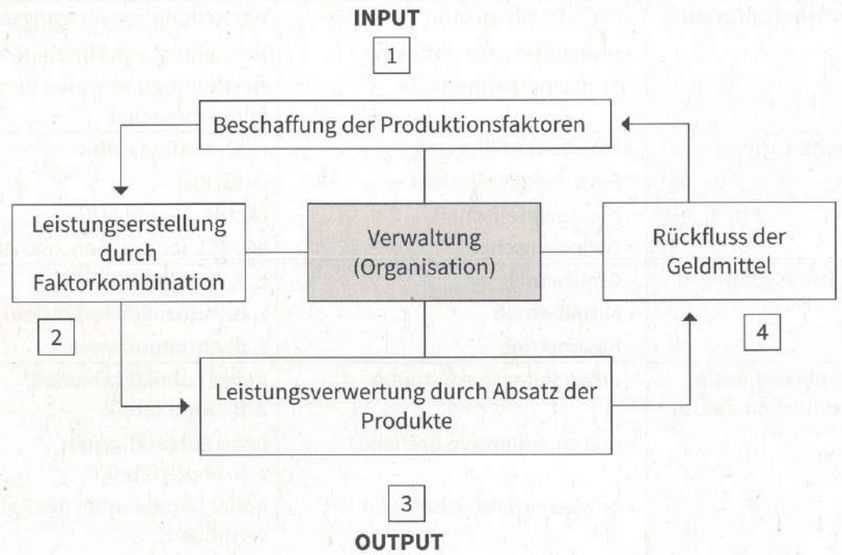
©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Die **Grundfunktionen** des Industriebetriebes lassen sich in einem betrieblichen Wertekreislauf darstellen!

Grundfunktionen des Industriebetriebes:

1. Beschaffung
2. Produktion (= Leistungserstellung)
3. Absatz (= Leistungsverwertung)
4. Finanzierung

Betrieblicher Wertekreislauf (= Umsatzprozess):



©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.8.3 Der Handel

Der Handel übernimmt in einer Wirtschaft die Funktion des Austauschers und Verteilers von Betriebsleistungen. Zumeist steht er in der Absatzkette zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher.

Erzeuger → (danach folgt) → Handel → (danach folgt) → Verbraucher

Seine Aufgaben sind:

1. Transport der Waren vom Erzeuger zum Verbraucher (= Raumüberbrückung)
2. Lagerhaltung der Waren (= Zeitüberbrückung)
3. Gestaltung des optimalen Sortiments, um einen erhöhten Absatz zu erreichen
4. Kreditgewährung an den Käufer
5. Beobachtung der Bedarfswandlungen des Kunden und Weiterleiten der Ergebnisse an den Erzeuger
6. Vervollständigen des Werbeeinsatzes des Erzeugers mithilfe eigener Werbung
7. Bedienung und Beratung des Kunden

Der Handel lässt sich nach der Abnehmergruppe und der Absatzmenge in die Sparten **Einzelhandel** und **Großhandel** aufteilen:

Einzelhandel (Unterscheidung nach:)		
Verkaufsorganisation	**Betriebsform**	**Sortiment**
– Fremdbedienungsgeschäft	– Filialgeschäft	– Gemischtwarengeschäft
– Selbstbedienungsgeschäft	– Versandhandel	– Fachgeschäft
– Supermarkt	– Online-Handel	– Warenhaus
– Discounter		– Kaufhaus
		– Einkaufszentrum

Großhandel (Unterscheidung nach:)	
Außengroßhandel	**Binnengroßhandel**
– Importgroßhandel	– Spezialgroßhandel
– Exportgroßhandel	– Sortimentsgroßhandel
	– Cash-and-Carry-Großhandel
	– Regalgroßhandel

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.8.4 Die Banken

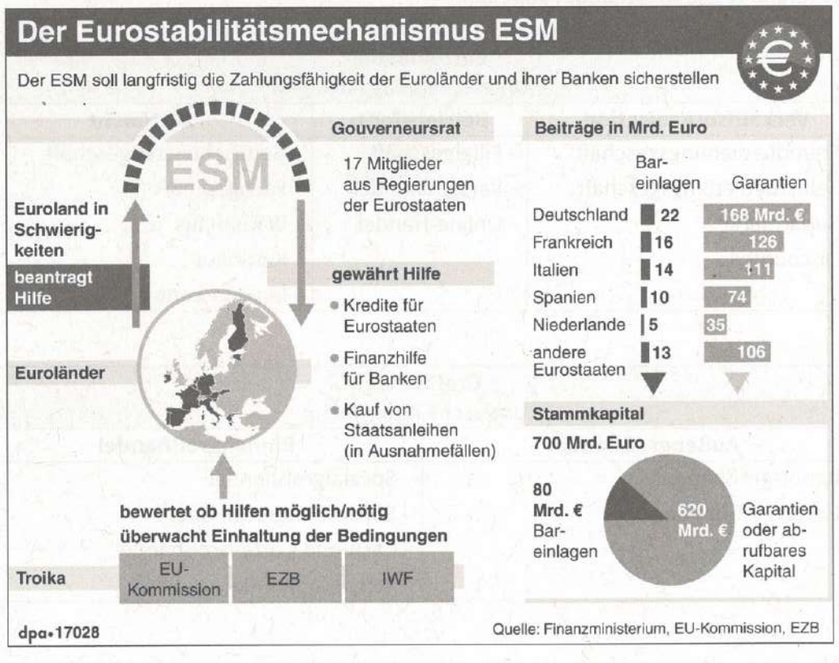
Die Banken sind ein wichtiger Bestandteil unseres Wirtschaftssystems, da sie den gesamten Geld- und Zahlungsverkehr aufrechterhalten, ohne den die Wirtschaft nicht funktionieren würde.

Ihre Aufgaben belaufen sich auf drei Hauptgebiete:

A) Zahlungsverkehr:
- Abwicklung der baren, halbbaren und bargeldlosen Zahlungen im nationalen und internationalen Verkehr
- Verkauf von Devisen

B) Kreditverkehr:
- Einlagengeschäft
  1. Sichteinlage (z. B. Girokonto)
  2. Termineinlage (z. B. Festgeld)
  3. Spareinlage (z. B. Sparkonto)
- Kreditgeschäft

C) Kapitalverkehr:
- Wertpapiergeschäft (Investment)
- Emissionen (Aktienausgabe)



©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.8.5 Die Versicherungen

Versicherungsgesellschaften decken gewerbsmäßig als kaufmännische Betriebe einen durch besondere Ereignisse aufgetretenen Schaden, indem sie die Belastungen auf eine Vielzahl von Personen verteilen.



A) Pflichten des Versicherungsnehmers:

1. Prämienpflicht:	Zahlung der vereinbarten Prämien
2. Schadenverhütungspflicht:	Beachtung der vorgeschriebenen Schadenverhütungsmaßnahmen
3. Rettungspflicht:	Versuch der Minderung des eingetretenen Schadens
4. Anzeigepflicht:	Meldung des Schadens an die Versicherung
5. Auskunftspflicht:	Auskunft geben gegenüber der Versicherung
6. Mitteilungspflicht:	Mitteilung über nachträgliche Gefahrenerhöhungen

B) Pflichten des Versicherers:

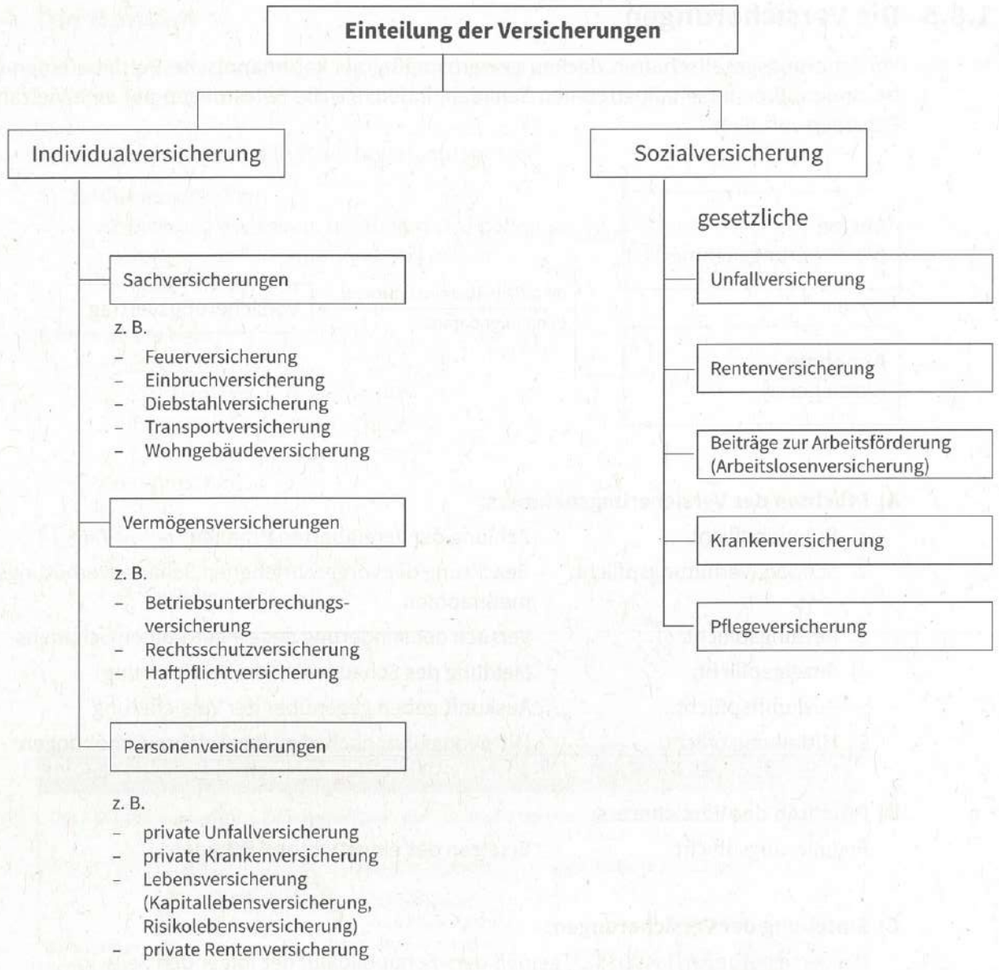
Regulierungspflicht:	Ersetzen des eingetretenen Schadens

C) Einteilung der Versicherungen:

Die Versicherungen lassen sich gemäß dem Schaubild auf der folgenden Seite in Individual- und Sozialversicherung unterteilen.

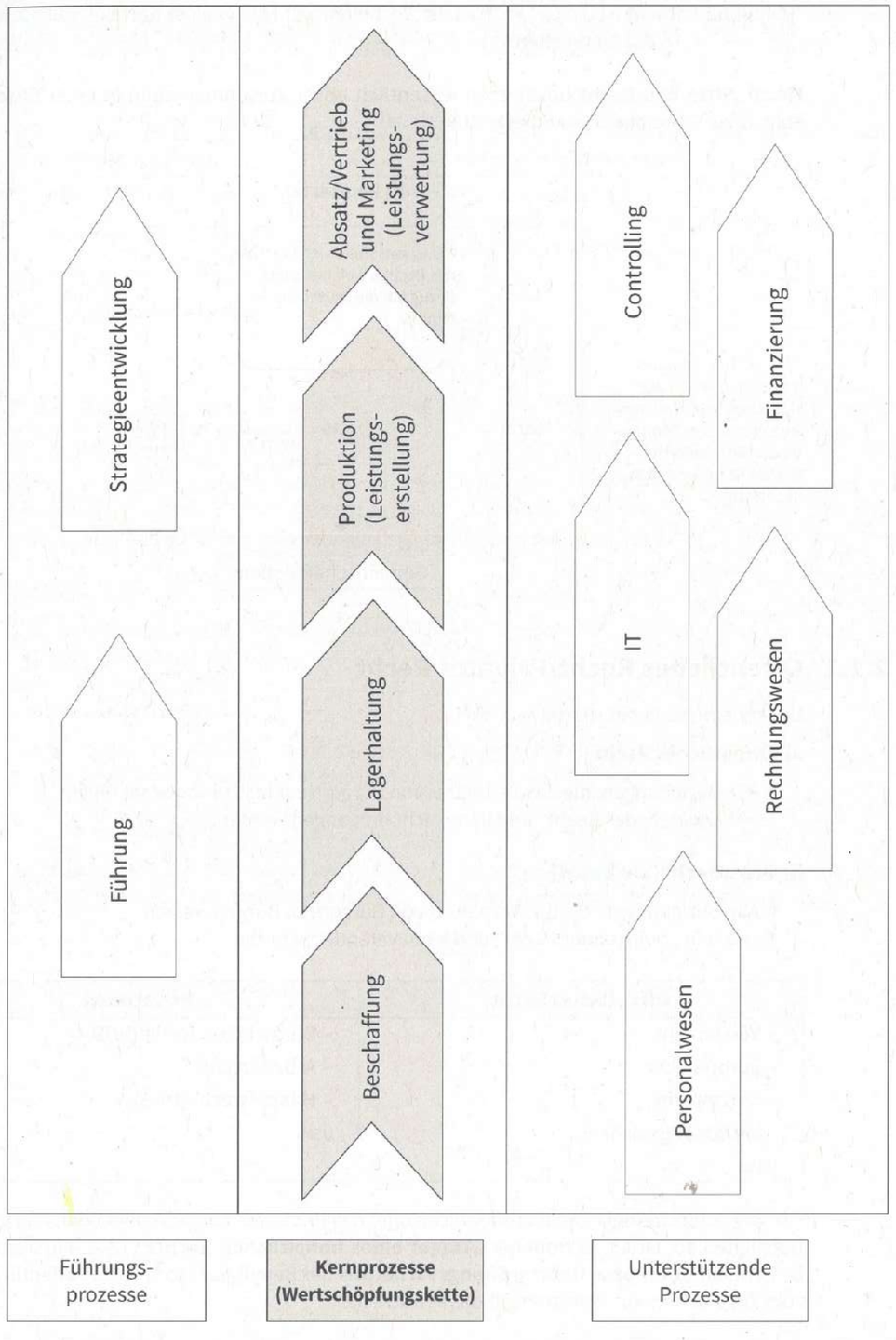
Letztere wird im Kapitel 3 ausführlich behandelt.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!



©u-form Verlag – Kopieren verboten!

1.8.6 Übersicht über die Prozesse im Industriebetrieb



©u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.1 Das Recht

Definition: **Recht** ist die Gesamtheit der Rechtsnormen, die in einer Rechtsgemeinschaft (z. B. Staat) gelten.

Moral, **Sitte** und **Recht** bestimmen wesentlich unser Zusammenleben in einer Gesellschaft. Folgendes Schaubild drückt dieses aus:



2.1.1 Öffentliches Recht/Privates Recht

Unser heutiges Recht spaltet sich auf in:

a) Öffentliches Recht

= Alle Beziehungen, die das Verhältnis von Bürgern zur Institution Staat regeln.
Es ist „zwingendes Recht" und kann nicht umgangen werden.

b) Privatrecht (Zivilrecht)

= Alle Beziehungen, die das Verhältnis von Bürgern zu Bürgern regeln.
Es ist kein „zwingendes Recht" und kann verändert werden.

Öffentliches Recht	Privatrecht
– Völkerrecht	– Bürgerliches Recht (BGB)
– Europarecht	– Arbeitsrecht
– Staatsrecht	– Handelsrecht (HGB)
– Verfassungsrecht	usw.
usw.	

Ob bei Rechtsstreitigkeiten das öffentliche oder das Privatrecht angewendet wird, hängt von den Beteiligten ab. Ist ein Betroffener **„Träger eines hoheitlichen Rechts"** (z. B. Finanzamt) oder besteht ein **Über- bzw. Unterordnungsverhältnis** der Beteiligten, so wird das öffentliche Recht zum Zuge kommen, ansonsten gilt das Privatrecht.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.1.2 Die Rechtsquellen

Damit Gerichte (Zivilgericht, Verwaltungsgericht, Arbeitsgericht, Sozialgericht, Finanzgericht) überhaupt Recht sprechen können, benötigen sie gewisse Rechtsquellen.

Rechtsquellen	
Geschriebenes Recht	**Ungeschriebenes Recht**
1. Grundgesetz (Verfassung) 2. Gesetze im formellen Sinne 3. Rechtsverordnungen 4. Autonome Satzungen	Gewohnheitsrecht (entsteht durch ständige praktische Übung und allgemeine Rechtsüberzeugung)

Erklärungen:

Verfassung

Die Institution, durch die aus einem politischen Gemeinwesen soziales Handeln hervorgeht, organisiert und gesichert wird (z. B. Grundrechte, Menschenrechte, Grundpflichten, Organisation der Staatsorgane und Beziehungen zwischen den Staatsorganen).

Gesetze

Normen, die von einem Staatsorgan unter Mitwirkung der Volksvertretung (= Bundestag) erlassen werden.

Rechtsverordnungen

Normen, die ohne Mitwirkung der Volksvertretung aufgrund einer Ermächtigung durch ein Regierungsorgan (= Ministerium) erlassen werden.

Autonome Satzungen

Normen, die von bestimmten innerstaatlichen Verbänden mit Rechtsatzungsbefugnis erlassen werden (z. B. von der Ärztekammer oder von Religionsgemeinschaften).

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.2 Die Rechtssubjekte

Rechtssubjekte sind die Personen, denen das Recht Pflichten auferlegt und Rechte (Ansprüche) einräumt.

Unter Rechtsfähigkeit versteht man die Fähigkeit von Personen (Rechtssubjekten), Träger von Rechten und Pflichten zu sein.

Natürliche Personen	Juristische Personen	
Entstehung mit Vollendung der Geburt	**des privaten Rechts**	**des öffentlichen Rechts**
	Entstehung durch Eintragung in ein Register	Entstehung durch Gesetz oder Verwaltungsakt

2.2.1 Natürliche Personen

Jeder lebende Mensch ist eine natürliche Person (Rechtssubjekt), von der Geburt bis zum Tod (§ 1 BGB). **Jeder** Mensch ist rechtsfähig.

2.2.2 Juristische Personen

Juristische Personen sind „künstliche Personen", denen der Staat per Gesetz anerkannte rechtliche Selbstständigkeit verliehen hat. Sie sind damit rechtsfähig, d. h. Träger von Rechten und Pflichten. Juristische Personen sind Personenvereinigungen (von natürlichen Personen), Sachvermögen (z. B. Rundfunkanstalten) oder Vermögensmassen (z. B. Stiftungen).

Jede juristische Person kann – vertreten durch eine natürliche Person – klagen und verklagt werden.

Juristische Person des privaten Rechts:

- **rechtsfähige Vereine** (§§ 21 – 79 BGB):
  - nicht wirtschaftliche Vereine (z. B. Gesangverein)
  - wirtschaftliche Vereine in Form einer handelsrechtlichen Gesellschaft, z. B. AG, GmbH, Genossenschaft usw.
- **Stiftungen** (§§ 80 – 88 BGB) von Einzelpersonen und Vereinen (z. B. Volkswagenstiftung)

Juristische Person des öffentlichen Rechts:

- **Körperschaften** (§ 89 BGB) z. B. Bund, Länder, Gemeinden
- **Anstalten** (§ 89 BGB), z. B. Schulen, Bibliotheken, Rundfunkanstalten, Sparkassen
- **Stiftungen** (§ 89 BGB) des Staates oder von Kommunalverbänden, z. B. Deutsche Studienstiftung

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.2.3 Die Rechts- und Geschäftsfähigkeit

Rechtsfähigkeit bedeutet, Träger von Rechten und Pflichten zu sein

Jede natürliche Person ist rechtsfähig, die juristische Person dagegen nur im Zeitraum ihrer Existenz, also von der Eintragung ins Handelsregister bis zur Auflösung.

Geschäftsfähigkeit bedeutet, rechtsgeschäftliche Willenserklärungen abgeben und entgegennehmen zu können.

Geschäftsfähigkeit		
geschäftsunfähig	**beschränkt geschäftsfähig**	**unbeschränkt geschäftsfähig**
– Kinder bis zum 7. Lebensjahr – dauernd Geisteskranke	– Personen vom 7. bis zum 18. Lebensjahr – unter Betreuung stehende Personen, die für beschränkt geschäftsfähig erklärt werden	– Personen ab dem 18. Lebensjahr (sofern nicht geschäftsunfähig oder beschränkt geschäftsfähig)
Folge		
Rechtsgeschäfte sind nichtig	Rechtsgeschäfte sind schwebend unwirksam* bis zur Einwilligung (vorher) oder Genehmigung (nachher) des gesetzlichen Vertreters	Rechtsgeschäfte voll gültig

* Rechtsgeschäfte der beschränkt Geschäftsfähigen sind auch ohne Einwilligung oder Genehmigung voll gültig, sofern:

a) sie ihnen nur rechtliche Vorteile bringen
b) sie im Rahmen des Taschengelds abgeschlossen werden („Taschengeldparagraf")
c) sie im Rahmen eines Arbeitsvertrages abgeschlossen werden

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.3 Die Rechtsobjekte

2.3.1 Sachen, Tiere und Rechte

Rechtsobjekte			
Sachen		**Tiere**	**Rechte**
körperliche Gegenstände			Berechtigung, von einem anderen etwas verlangen zu können
unbewegliche Sachen: Grundstücke und Gebäude (Immobilien)	bewegliche Sachen: Rohstoffe, Möbel etc.		

A) Sachen

Sachen sind nur körperliche Gegenstände (Rechtsobjekt), BGB § 90. Sie können fest, flüssig oder gasförmig sein. Flüssigkeiten oder Gase gelten jedoch nur dann als Sache, wenn sie in einem entsprechenden Behälter sind, z. B. ist das Propangas in der Camping-Flasche eine Sache, nicht dagegen die freie Luft.

B) Tiere

Tiere sind keine Sachen. Sie werden durch besondere Gesetze geschützt, z. B. das Tierschutzgesetz. Auf Tiere sind die für Sachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, so weit nicht etwas anderes bestimmt ist (BGB § 90 a).

C) Rechte

Rechte sind unkörperlich (Rechtsobjekt), z. B. Forderungen, Patente, Lizenzen, Bezugsrechte, Pfandrechte.

Rechtsbegriffe:

1. **Rechtssubjekte** sind Personen im rechtlichen Sinne
2. **Rechtsobjekte** sind Gegenstände des Rechtsverkehrs (Sachen und Rechte)
3. **Rechtsgeschäfte** regeln Rechtsbeziehungen zwischen Rechtssubjekten und Rechtsobjekten; aus ihnen folgen gewollte Rechtswirkungen
4. **Eigentum** ist die rechtliche Herrschaft über eine Sache
5. **Besitz** ist die tatsächliche Herrschaft über eine Sache

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.3.2 Eigentum und Besitz

Herrschaft oder Verfügbarkeit über eine Sache oder ein Recht	
Eigentum (§ 903 BGB)	**Besitz** (§ 854 I BGB)
Rechtliche Herrschaft einer Person über Sachen und Rechte	Tatsächliche Herrschaft einer Person über Sachen und Rechte

Eigentum

Der Eigentümer kann über die Sache oder das Recht verfügen wie er will, sofern dadurch nicht andere gesetzliche Bestimmungen oder die Rechte anderer Personen verletzt werden.

Besitz

Der Besitzer darf über die Sache oder das Recht grundsätzlich nur im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Eigentümer verfügen.

Beispiel: Person A leiht sich ein der Person B gehörendes Fahrrad.
Fazit: Person A ist nun Besitzer, Person B aber weiterhin der Eigentümer des Fahrrads!

Bei Diebstahl ist der Dieb bzw. Nutzer des Diebesgutes nur Besitzer, nicht Eigentümer der gestohlenen Sache.

Eigentumsübertragung:

Soll das Eigentum an einer Sache übertragen werden, so spricht man von Übereignung.

Übereignung	
an beweglichen Sachen	**an unbeweglichen Sachen**
geschieht im Normalfall durch Einigung und Übergabe zwischen Veräußerer und Erwerber	geschieht normalerweise durch Auflassung und Eintragung im Grundbuch

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.4 Die Rechtsgeschäfte

Geschäfte, aus denen sich bestimmte Rechtsfolgen ergeben, bezeichnet man als **Rechtsgeschäfte**. Sie entstehen vorwiegend aus der Abgabe von Willenserklärungen.

2.4.1 Grundsatz und Zustandekommen von Verträgen

In unserer heutigen Gesellschaft ist es jedem freigestellt, seine Beziehungen zu Mitmenschen durch **Verträge** zu verändern.

Grundsatz der Vertragsfreiheit:

- freie Entscheidung, ob ein Vertrag geschlossen werden soll
- freie Entscheidung über den Inhalt der Verträge
- grundsätzlich keine Formvorschrift (Ausnahmen vorhanden)

aber: Verträge dürfen nicht gegen geltende Gesetze bzw. die guten Sitten verstoßen.

Definition: Die **Willenserklärung** ist eine rechtlich wirksame Erklärung einer geschäftsfähigen Person, wodurch bewusst eine Rechtsfolge herbeigeführt werden soll (z. B. Angebot, Kündigung, Rücktritt vom Vertrag usw.).

Willenserklärungen können abgegeben werden durch:

- bloßes Handeln (z. B. Handzeichen bei Versteigerungen)
- ausdrückliche Äußerung (mündlich oder schriftlich)
- Schweigen (z. B. keine Reaktion auf die Lieferung von unbestellter Ware bei langjährigen Geschäftspartnern)

Verträge entstehen durch die inhaltliche Übereinstimmung von zwei abgegebenen Willenserklärungen.



Die **Bindung an den Antrag** erlischt bei:

- Ablehnung gegenüber dem Antragenden
- Verspäteter Annahme, da der Antrag unter verkehrsüblichen Bedingungen sofort angenommen werden muss

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Rechtsgeschäfte können ein- oder mehrseitig sein, wobei sie trotzdem ihre Gültigkeit nicht verlieren.

einseitig	mehrseitig
Die Willenserklärung von nur einer Partei ist notwendig (z. B. Kündigung, Testament). Dabei wird unterschieden zwischen empfangsbedürftigen und nicht empfangsbedürftigen Willenserklärungen.	Die Willenserklärungen aller Beteiligten sind notwendig mit entsprechender inhaltlicher Übereinstimmung.

Bei **zwei- oder mehrseitigen** Rechtsgeschäften unterscheidet man das Verpflichtungs- und das Erfüllungsgeschäft:

a) Verpflichtungsgeschäft
Abschluss des Vertrages, in dem für die Vertragspartner gewisse Pflichten genannt sind.

b) Erfüllungsgeschäft
Die Vertragsbedingungen müssen erfüllt werden (z. B. Lieferung der Ware).

Wichtige Rechtsgeschäfte (Vertragsarten)	
Kaufvertrag	Entgeltliche Übereignung von Sachen oder Rechten (z. B. Kauf von Waren, Patenterwerb)
Tauschvertrag	Gegenseitige Übereignung von Rechtsobjekten
Werkvertrag	Herstellung eines Werkes gegen Geld (z. B. Bauwerke) oder Leistung an einer bereits bestehenden Sache (z. B. Autoreparatur)
Dienstleistungsvertrag	Ableistung von Diensten (auch Beratungsdienste)
Gesellschaftsvertrag	Regelung der Zusammenarbeit von Gesellschaftern in einer OHG oder GmbH
Leihvertrag	Unentgeltliche Überlassung von Sachen gegen spätere Rückgabe derselben Gegenstände
Darlehensvertrag	Entgeltliche oder unentgeltliche Überlassung von vertretbaren Sachen zum Verbrauch gegen spätere Rückgabe gleichartiger Dinge (z. B. Geldkredit)
Mietvertrag	Überlassung von Sachen zum Gebrauch gegen Geld
Pachtvertrag	Überlassung von Sachen zum Gebrauch mit Fruchtgenuss gegen Geld (z. B. Vertrag zur Nutzung einer Obstplantage)

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Obwohl grundsätzlich keine **Formvorschriften** beim Abschluss von Verträgen gelten, so gibt es auch hier Ausnahmen:

Formvorschriften		
Schriftform	**öffentliche Beglaubigung**	**notarielle Beurkundung**
eigenhändige Unterschrift oder qualifizierte elektronische Signatur (z. B. Verbraucherdarlehensverträge, Vollmachten, elektronische Patientenakten) Hinweis: Für einige Rechtsgeschäfte, die bisher noch der Schriftformerfordernis unterliegen, soll zukünftig die sog. Textform ausreichen (vgl. Bürokratieentlastungsgesetz IV). Zum Vertragsschluss reichen dann eine E-Mail, eine SMS oder eine Messenger-Nachricht aus. (Stand 11/24)	eigenhändige Unterschrift wird von einem Notar beglaubigt (z. B. Antrag zur Eintragung ins Vereinsregister)	strengste Form, Unterschriften der Vertragsparteien und Vertragsinhalt/Wille der Vertragsparteien werden vom Notar bestätigt Reihenfolge: 1. Niederschrift beim Notar 2. Vorlesen des Vertrages 3. Genehmigung durch die Anwesenden 4. Unterschrift der Anwesenden und des Notars (z. B. beim Grundstücksverkauf und beim Schenkungsversprechen)

2.4.2 Nichtigkeit und Anfechtbarkeit

Einige Rechtsgeschäfte sind unter Umständen **nichtig** oder **anfechtbar**.

nichtig	anfechtbar
Verträge sind sofort ungültig	Verträge sind bis zur Anfechtung voll wirksam, werden danach aber ungültig

Nichtig sind Rechtsgeschäfte, die folgende Aspekte aufweisen:

1. Geschäfte mit Geschäftsunfähigen oder beschränkt Geschäftsfähigen ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters
2. Gesetzliche Formvorschriften wurden nicht erfüllt
3. Verstoß gegen die guten Sitten (d. h. Ausnutzen einer Notlage, Leichtsinn oder Unerfahrenheit eines Vertragspartners)
4. Verstoß gegen geltendes Recht (z. B. Waffenhandel)
5. Scherzgeschäfte
6. Scheingeschäfte
7. Ausrichtung auf unmögliche Leistungen
8. Geschäftsabschlüsse im Zustand der Bewusstlosigkeit oder vorübergehender Störung der Geistestätigkeit

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Anfechtbar sind Rechtsgeschäfte mit folgenden Aspekten:

1. Geschäftsabschlüsse mit rechtlich erheblichem Irrtum
   - Irrtum bei der Übermittlung
   - Irrtum in der Erklärung
   - Irrtum in der Person
2. Geschäftsabschlüsse mit arglistiger Täuschung eines Vertragspartners
3. Geschäftsabschlüsse unter widerrechtlicher Drohung

DITA-Regel: Drohung, **I**rrtum, **T**äuschung ⇨ **A**nfechtbar

2.4.3 Der Kaufvertrag

Ein Kaufvertrag kann bei inhaltlicher Übereinstimmung durch vier verschiedene Möglichkeiten entstehen:

Antrag:		**Annahme:**
1. Bestellung	+	Lieferung
2. Bestellung	+	Bestellungsannahme
3. Angebot	+	Bestellung
4. Lieferung unbestellter Ware	+	Nutzung oder Zahlung *
= Kaufvertrag		

* Stillschweigen gilt als Annahme, wenn der Empfänger der unbestellt zugesandten Ware ein Kaufmann ist, mit dem bereits eine Geschäftsverbindung besteht.

Nach Art und Beschaffenheit der Ware, nach Liefer- und Zahlungsbedingungen und nach der rechtlichen Stellung der Vertragspartner unterscheidet man verschiedene **Sonderformen des Kaufvertrags** (s. Übersicht auf der nächsten Seite).

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Sonderformen des Kaufvertrags		
Unterscheidung	**Kaufvertrag**	**Erklärung**
nach Art und Beschaffenheit der Ware	– Kauf auf Probe	Probekauf einer ganzen Menge mit Rückgaberecht
	– Kauf nach Probe	Kauf nach Muster
	– Kauf zur Probe	Kauf einer kleinen Menge zum Probieren; eine größere Menge wird in Aussicht gestellt
	– Spezifikationskauf	Bestimmungskauf; eine gekaufte Menge wird innerhalb einer Frist genauer bestimmt
	– Ramschkauf (= Kauf en bloc, Tel-Quel-Kauf, Kauf in Bausch und Bogen)	Kauf von Waren im Block zu einem Pauschalpreis ohne Qualitätszusicherung
	– Faq-Kauf (faq – **f**air **a**verage **q**uality)	Kauf guter Durchschnittsqualität
	– Stückkauf	Kauf von Sonderwaren
	– Gattungskauf	Kauf von Serienwaren
	– Zweckkauf	Kauf einer Ware zu einem bestimmten Zweck (z. B. Hochzeitskleid)
	– Deckungskauf	Kauf gleicher Ware bei einem anderen Lieferanten zur Überbrückung eines Lieferungsverzuges des Erstlieferanten
nach Liefer- und Zahlungsbedingungen	– Kommissionskauf	Rückgaberecht für unverkäufliche Ware
	– Kauf auf Abruf	gekaufte Ware wird später in Teilmengen geliefert
	– Fixkauf	Kauf mit festem Liefertermin, Vertragszusatzklausel „fix", „fest"
	– Ratenkauf	Kauf mit Zahlung in Teilbeträgen
	– Terminkauf	Kauf mit Lieferung innerhalb einer vereinbarten Frist
nach der rechtlichen Stellung der Vertragspartner	– bürgerlicher Kauf	Kauf unter Privatleuten nach BGB
	– einseitiger Handelskauf	Privatmann – Kaufmann nach HGB/BGB
	– zweiseitiger Handelskauf	Kaufmann – Kaufmann nach HGB

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Durch den Abschluss eines Kaufvertrags gehen Verkäufer (Veräußerer) und Käufer (Erwerber) unterschiedliche Pflichten ein.

Die Vertragspartner verpflichten sich, den Vertrag zu erfüllen.

Pflichten aus dem Kaufvertrag	
Verkäufer	**Käufer**
– mangelfreie Lieferung – rechtzeitige Lieferung – Eigentumsübertragung – Annahme des Kaufpreises	– Annahme der Ware – Prüfung der Ware – rechtzeitige Bezahlung

Werden diese Pflichten nicht erfüllt, so spricht man von einer **Störung des Kaufvertrags.**

Kaufvertragsstörungen	
Seitens des Verkäufers (schuldet die Ware)	**Seitens des Käufers** (schuldet das Geld)
A. Schlechtleistung (mangelhafte Lieferung) § 434 BGB Sachmangel § 435 BGB Rechtsmangel	**C. Nicht-Rechtzeitig-Zahlung (Zahlungsverzug)** § 286 BGB Schuldnerverzug
B. Nicht-Rechtzeitig-Lieferung Ausbleiben der Leistung, Verspätung der Leistung	**D. Gläubigerverzug** § 293 ff BGB Annahmeverzug

A) Schlechtleistung (mangelhafte Lieferung)

Unterschiedliche Mängelarten:

- **Sachmängel:** Mängel in der subjektiven oder objektiven Beschaffenheit (z. B. hinsichtlich Qualität, Funktionalität, Eignung, Haltbarkeit, Sicherheit), fehlerhafte Ware, Falschlieferung, Zuweniglieferung, unsachgemäße Montage oder mangelhafte Montageanleitung, fehlerhafte Installierbarkeit/Kompatibilität oder fehlende Aktualisierungen bei digitalen Produkten
- **Rechtsmängel:** z. B. Verkäufer ist nicht Eigentümer oder Sache ist mit Pfandrechten belastet

Pflichten des Käufers:

- Prüfen der Ware
- Pflicht zur Mängelanzeige
- dem Verkäufer die mangelhafte Sache am Ort der Erfüllung zur Verfügung stellen

Rechte des Käufers:

- Vorrangig: **Nacherfüllung**; d. h. Käufer hat Wahlrecht zwischen Nachbesserung oder Neulieferung (Nacherfüllung ist unabhängig vom Verschulden!) bzw.
- Schadensersatz neben der Leistung, sofern Verschulden seitens des Verkäufers vorliegt

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

- Nachrangig, nach angemessener Nachfristsetzung: Rücktritt vom Vertrag (nicht bei unerheblicher Pflichtverletzung, BGB § 323 Abs. 5), Minderung des Kaufpreises, Schadensersatz statt Leistung oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen

  Die Nachfristsetzung ist entbehrlich, sofern

  - der Verkäufer die Nacherfüllung **verweigert**
  - zwei Nacherfüllungsversuche **fehlgeschlagen** sind
  - die Nacherfüllung für den Verkäufer **unzumutbar** ist

Verjährungsfrist bei Mängeln:

– bei beweglichen Sachen:	2 Jahre
– arglistig verschwiegene Mängel:	3 Jahre
– Bauwerksmängel:	5 Jahre
– Im Grundbuch eingetragenes Recht:	30 Jahre

Besonderheiten:

Bei Mängeln, die innerhalb von 12 Monaten angezeigt werden, wird unterstellt, dass der Mangel bereits bei der Übergabe bestand. Lehnt der Verkäufer die Behebung des vom Verbraucher angezeigten Mangels ab, so muss der Verkäufer nachweisen, dass der Käufer die Ware beschädigt hat (Beweislastumkehr). Nach 12 Monaten liegt die Beweislast beim Käufer.

B) Nicht-Rechtzeitig-Lieferung

Voraussetzungen:

- Fälligkeit der Lieferung/Leistung
- Verschulden (vorsätzlich/fahrlässig)
- Angemessene Nachfristsetzung (nicht erforderlich bei Fixkauf, Zweckkauf, Verkäufer verweigert die Lieferung)

Rechte des Käufers:

- **Lieferung verlangen und eventuell Schadensersatz** („Verzögerungsschaden")
- **Schadensersatz statt Leistung** verlangen („Nichterfüllungsschaden") und/oder **Rücktritt vom Vertrag**

Gesetzliche Grundlagen:

- § 286 BGB
- § 281 BGB
- § 323 BGB

Schadenersatzberechnung:

– abstrakt:	z. B. Verlust eines Kunden
– konkret:	z. B. Vornahme eines Deckungskaufes mit hohem Preis
– Vertragsstrafe:	z. B. 200 EUR je Tag Verzögerung nach vorheriger Vereinbarung im Vertrag (= Konventionalstrafe)

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Besonderheiten:

Der Ablauf der Nachfrist führt nicht automatisch zum Erlöschen des Erfüllungsanspruchs des Verkäufers. Dieser verschwindet erst, wenn der Käufer statt Leistung Schadensersatz oder Rücktritt vom Vertrag fordert. Der Käufer hat **nach Ablauf der Nachfrist also die Entscheidungsfreiheit**.

C) Nicht-Rechtzeitig-Zahlung (Zahlungsverzug)

= der Käufer erfüllt seine Zahlungspflicht nicht

Voraussetzungen:

- Fälligkeit der Geldschuld (Zahlungstermin oder 30 Tage nach Erhalt und Fälligkeit einer Rechnung)
- Zugang einer Rechnung (bzw. Zahlungsaufstellung oder Empfang der Gegenleistung)
- Verschulden des Käufers
- Mahnung bzw. angemessene Nachfristsetzung (nicht erforderlich, wenn Schuldner die Zahlung verweigert bzw. wenn Zahlungstermin kalendermäßig bestimmt = Fixkauf)

Rechte des Verkäufers:

- Zahlung verlangen und ggf. Schadensersatz
- Rücktritt vom Vertrag

Schadensersatz:

- z. B. Erstattung höherer Bankzinsen
- Anwaltskosten
- Verzugszinsen (Grundsatz: Basiszinssatz* + 5 % bzw. beim zweiseitigen Handelskauf: Basiszinssatz + 9 %)

* Der Basiszinssatz wird halbjährlich neu von der Deutschen Bundesbank festgelegt; den aktuellen Wert erfahren Sie unter **www.basiszinssatz.info.** Zum Zeitpunkt der Drucklegung betrug er 1,27 % (Stand: 01/2026).

D) Gläubigerverzug:

= Nichtannahme ordnungsgemäß gelieferter Ware, d. h. Lieferung zur rechten Zeit, am rechten Ort, in der richtigen Güte und Menge.

Rechte des Verkäufers:

- Rücktritt vom Vertrag und anderweitiger Verkauf
- Lagerung der Ware auf Kosten des Käufers 1 und Klage auf Abnahme
- Selbsthilfeverkauf an Käufer 2
  - öffentliche Versteigerung
  - Verkauf zum Markt- und Börsenpreis durch Makler

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Pflichten des Verkäufers bei Selbsthilfeverkauf:

1. Nachricht an Käufer mit
   - Fristsetzung
   - Mitteilung des Selbsthilfeverkaufs
   - Mitteilung über Androhung der Versteigerung

   } nicht bei Notverkauf, d. h. verderblicher Ware
   - Mitteilung des Ergebnisses, Zeit und Ort der Versteigerung
2. Herausgabe eines eventuellen Mehrerlöses an Käufer 1

Pflichten des Käufers 1:

1. Übernahme der Kosten des Selbsthilfeverkaufs
2. Übernahme eines eventuellen Mindererlöses

2.4.4 Der Eigentumsvorbehalt

Eigentumsvorbehalt:

„Die Ware bleibt bis zur vollständigen Bezahlung unser Eigentum." Durch den Eigentumsvorbehalt bleibt der Verkäufer Eigentümer der gelieferten Ware, der Käufer wird Besitzer.

Arten des Eigentumsvorbehalts:

1. gewöhnlicher: Erwerber wird Besitzer; Verkäufer bleibt bis zur vollständigen Bezahlung Eigentümer
2. verlängerter: Abtretung der aus dem Weiterverkauf entstandenen Forderungen an den Lieferer
3. erweiterter: Das Vorbehaltsrecht des Lieferanten bezieht sich auf alle seine Lieferungen an den Käufer

Der Eigentumsvorbehalt erlischt jedoch:

- bei Veräußerung der Ware an einen gutgläubigen Dritten
- wenn die Ware verarbeitet, verbraucht oder zerstört wird
- wenn die Ware mit einem Grundstück fest verbunden wird

Folgende Rechte entstehen dem Verkäufer aus dem Eigentumsvorbehalt:

- Rücktritt vom Vertrag bei Zahlungsverzug
- Aussonderung bei Insolvenz des Käufers
- Drittwiderspruchsklage gegen den pfändenden Gläubiger

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.4.5 Die Verjährung von Forderungen

Dieses ist die Möglichkeit, eine Leistungsverpflichtung nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu verweigern, wobei die Forderung jedoch weiterhin bestehen bleibt. Der Schuldner braucht dann nicht mehr zu zahlen; er hat das Recht der **Einrede der Verjährung** (BGB § 194).

Die Verjährungsfristen (§ 194 ff. BGB, § 475 ff. BGB)		
3 Jahre (§ 195 BGB)	**10 Jahre (§ 196 BGB)**	**30 Jahre (§ 197 BGB)**
= regelmäßige Verjährungsfrist - Sonderregelungen im Gewährleistungsrecht - Beginn: Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstand und der Gläubiger Kenntnis hat	- Rechte an Grundstücken - Ansprüche auf Gegenleistung (Zahlung bei Grundstücken) - Beginn: bei Entstehung des Anspruchs	- familien- und erbrechtliche Ansprüche - rechtskräftig festgestellte Ansprüche (Urteile) - vollstreckbare Ansprüche aus Insolvenzen - Beginn: i. d. R. bei Entstehung des Anspruchs
Dies betrifft die meisten Ansprüche!		

Verlängerung der Verjährungsfristen	
Neubeginn	**Hemmung**
durch: - Schuldanerkenntnis (d.h. Anmeldung der Forderung zur Insolvenz, Teil- oder Zinszahlung des Schuldners, schriftliche Stundungsbitte)	durch: - Klage - Zustellung eines Mahnbescheids - Güteantrag - Insolvenz des Schuldners - Stillstand der Rechtspflege (z. B. Krieg/höhere Gewalt)
Frist beginnt von der Unterbrechung an neu zu laufen (§ 212 BGB)	Hemmung endet 6 Monate nach einer Entscheidung bzw. Beendigung des eingeleiteten Verfahrens (vgl. auch § 230 Abs. 1 AO)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.4.6 Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBs)

In der Praxis werden bei Vertragsabschlüssen zumeist nicht mehr alle Vertragsbedingungen ausgehandelt. Oft sind diese vorformuliert auf dem Vertragsformular abgedruckt und werden somit als Bestandteil des Rechtsgeschäfts zugrunde gelegt. Man bezeichnet sie als Allgemeine Geschäftsbedingungen. Sie sind ein Instrument einer bestimmten Wirtschaftssparte, um die Vertragsfreiheit auf alle abzuschließenden Rechtsgeschäfte auszudehnen. Jedoch haben individuelle Absprachen Vorrang vor den AGB. Zum Schutz des Verbrauchers wurden gesetzliche Regelungen erlassen, die dem Verkäufer besondere kundenunfreundliche Bedingungen („das Kleingedruckte") verbieten (§§ 305 ff. BGB).

Diese gesetzlichen Regelungen zur „Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch Allgemeine Geschäftsbedingungen (§§ 305 ff. BGB)" betreffen z. B.:

- Verbot der kurzfristigen Preiserhöhung innerhalb von 4 Monaten
- Vorrang der persönlichen Absprachen vor den AGB
- Verbot des Entzugs aller Gewährleistungsansprüche einschließlich etwaiger Nachbesserungs- und Ersatzlieferungsansprüche
- Ausschluss von Rücktrittsrechten

§ 305 Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen in den Vertrag

(1) Allgemeine Geschäftsbedingungen sind alle für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierten Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei (Verwender) der anderen Vertragspartei bei Abschluss eines Vertrags stellt.

...

(2) Allgemeine Geschäftsbedingungen werden nur dann Bestandteil eines Vertrags, wenn der Verwender bei Vertragsschluss

1. die andere Vertragspartei ausdrücklich oder, wenn ein ausdrücklicher Hinweis wegen der Art des Vertragsschlusses nur unter unverhältnismäßigen Schwierigkeiten möglich ist, durch deutlich sichtbaren Aushang am Ort des Vertragsschlusses auf sie hinweist und
2. der anderen Vertragspartei die Möglichkeit verschafft, in zumutbarer Weise, die auch eine für den Verwender erkennbare körperliche Behinderung der anderen Vertragspartei angemessen berücksichtigt, von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen,

und wenn die andere Vertragspartei mit ihrer Geltung einverstanden ist.

BGB – Auszug

Nach Generalklausel (§ 307, Abs. 1 BGB) dürfen die AGB nicht gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstoßen. Zudem dürfen sie keine Klauseln enthalten, die die andere Vertragspartei unangemessen benachteiligen.

Sind die AGB ganz oder teilweise unwirksam (da sie z. B. fehlerhaft sind), so bleibt der Restvertrag wirksam. An die Stelle der fehlerhaften Bestandteile der AGB treten die gesetzlichen Regelungen.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.5 Kaufmannseigenschaft, Firma, Handelsregister

2.5.1 Die Kaufmannseigenschaft

Erwerbswirtschaftliche Unternehmungen sind Gewerbebetriebe, die die **Kaufmannseigenschaft** nach dem HGB besitzen. Wer ein ins Handelsregister eingetragenes Unternehmen führt, ist „Kaufmann" oder „Kauffrau". Die Kaufmannseigenschaft bewirkt Rechtssicherheit und Kreditwürdigkeit und wird durch das HGB geregelt. Auch kleine Unternehmungen, z. B. Einmannbetriebe, die keinen nach Art und Umfang kaufmännisch eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordern, können freiwillig ins Handelsregister eingetragen werden.

§ 1 HGB:
(1) Kaufmann im Sinne des Gesetzbuchs ist, wer ein Handelsgewerbe betreibt.

(2) Handelsgewerbe ist jeder Gewerbebetrieb, es sei denn, dass das Unternehmen nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert.

Grafisch lässt sich dies folgendermaßen verdeutlichen:

Gewerbe = auf Dauer angelegte und auf Gewinnerzielung ausgerichtete selbstständige Tätigkeit			
Gewerbetreibender	**Kleingewerbetreibender**	**Land- und Forstwirtschaft**	**Handelsgesellschaften**
= Istkaufmann	**= Kannkaufmann**		**= Formkaufmann**
– Kaufmann kraft Betätigung ohne Rücksicht auf die Eintragung i. S. d. § 1 HGB	– Kein Kaufmann – Im Falle der Eintragung in das Handelsregister Kaufmann i. S. d. § 2 HGB	– Im Regelfall kein Kaufmann – Im Falle der Eintragung in das Handelsregister Kaufmann i. S. d. § 3 HGB	– Ohne Rücksicht auf den Gegenstand des Unternehmens – Kaufmann i. S. d. § 6 HGB

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

A) Kaufmann im Sinne des § 1 HGB (Istkaufmann):

Kaufmann ist, wer ein Handelsgewerbe betreibt.

- Handelsgewerbe ist jedes gewerbliche Unternehmen, das nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Art und Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb (kaufmännische Organisation) erfordert.
- Die kaufmännische Einrichtung nach Art und Umfang hängt z. B. ab vom Umsatz, Zahl der Beschäftigten, Kapital, Organisation etc. Freie Berufe, wie z. B. Ärzte, sind keine Kaufleute, da sie kein Gewerbe betreiben.

B) Kaufmann kraft Eintragung (Kannkaufmann):

Ist ein betriebliches Unternehmen nicht schon nach § 1 HGB ein Handelsgewerbe, gilt es als Handelsgewerbe, wenn die Firma des Unternehmers ins Handelsregister eingetragen ist. Das bedeutet, dass Kleingewerbetreibende die Möglichkeit haben, sich unabhängig von der Betriebsgröße eintragen zu lassen. Für den Kaufmann gilt dann das HGB, für den Nichtkaufmann das BGB.

C) Kaufmann kraft Rechtsform (Formkaufmann):

Die Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, KgaA, UG), eingetragene Genossenschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sind Kaufleute kraft Rechtsform (Formkaufleute gemäß § 6 HGB), ohne Rücksicht darauf, ob sie ein Handelsgewerbe betreiben oder einen kaufmännisch organisierten Geschäftsbetrieb erfordern. Die Rechtsform wird durch die Eintragung im Handels- bzw. Genossenschaftsregister begründet. Dabei ist die juristische Person der Kapitalgesellschaft, also die Gesellschaft selbst, der Kaufmann.

Kaufleute und Nichtkaufleute unterscheiden sich u. a. in den folgenden Punkten:

Unterscheidungsmerkmal	Kaufmann	Nichtkaufmann
Unternehmensname (= Firma)	hat eine Firma, die übertragbar ist (§ 17 HGB)	darf keine Firma, sondern nur seinen bürgerlichen Namen führen
Prokura	darf Prokura erteilen (§ 48 HGB)	darf keine Prokura, aber einem anderen Vollmacht erteilen (§ 167 BGB)
Bürgschaft	mündlich bekundete Bürgschaften sind gültig (§ 350 HGB)	darf sich nur schriftlich verbürgen (Formzwang, § 766 BGB)
Buchführungspflicht	verpflichtet, Bücher zu führen (Inventar, Bilanz, Handelsbücher, § 238 HGB)	vereinfachte Aufzeichnungen, zur Ermittlung des Steuergewinns (§ 4 EstG)
Rügepflicht	muss bei der Mängelanzeige strenge Fristen beachten (§ 377 HGB)	Verjährung der Mängelansprüche gem. § 438 BGB (allgemeine Frist: 2 Jahre). Fristen zur Mängelanzeige sind gesetzlich unterschiedlich geregelt: § 307 und § 309 BGB (Allgemeine Geschäftbedingungen)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.5.2 Die Firma

Firma ist der Name, unter dem der Kaufmann seine Geschäfte betreibt, unterschreibt, klagen oder verklagt werden kann, zu Ansehen gelangt und bekannt wird.

Die Wahl der Firmenart hängt im Wesentlichen von der Rechtsform der Unternehmung ab.

Man unterscheidet vier **Firmenarten:**

Personenfirma:	z. B. Meier & Berg, Fritz Müller
Sachfirma:	z. B. Federnwerk AG
Fantasiefirma:	z. B. Drache AG, Gemüsehandlung Frisch und Fruchtig
Mischfirma:	z. B. Müller Brauerei AG (= Kombination aus Sach- und Personenfirma)

Gesellschaften und Einzelhandelskaufleute haben die freie Wahl eines Geschäftsnamens. Allerdings muss die Rechtsform (z. B. GmbH) aus dem Namen klar hervorgehen.

Im Handelsgesetzbuch (HGB) sind u. a. auch die **Firmengrundsätze** geregelt. Dieses sind im Einzelnen:

Firmenwahrheit/-klarheit:	mögliches Erkennen der Rechtsform und des Inhabers; keine unrichtigen Angaben im Firmennamen
Firmenausschließlichkeit:	genauere Unterscheidung von anderen Firmen am Ort
Firmenbeständigkeit:	bei Vererbung oder Veräußerung der Firma zur Erhaltung des ursprünglichen Handelsgeschäftes
Firmenöffentlichkeit:	Pflicht der Handelsregistereintragung für Kaufleute

2.5.3 Das Handelsregister

Das **Handelsregister** ist ein öffentliches Verzeichnis von Kaufleuten eines Amtsgerichtsbezirks und wird von den jeweiligen Amtsgerichten geführt. Es ist für jeden zugänglich, gibt Informationen und damit Rechtssicherheit. Das Handelsregister (HR) genießt öffentlichen Glauben.

Das Handelsregister **gliedert** sich in:

- **Abteilung A** für Einzelunternehmungen/Personengesellschaften
- **Abteilung B** für Kapitalgesellschaften

Die Anmeldung zur Eintragung in das Handelsregister ist in elektronischer und öffentlich beglaubigter Form einzureichen und muss von einem Notar durchgeführt werden.

Eintragungen und Änderungen werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Die **Eintragungswirkungen** sind:

- **rechtsbekundend** (= deklaratorisch):
  d. h., die Rechtswirkung existierte schon vor der Eintragung
  (z. B. bei der Prokuraerteilung)
- **rechtserzeugend** (= konstitutiv):
  d. h., die Rechtswirksamkeit tritt erst mit der Eintragung ein
  (z. B. bei der Eintragung einer GmbH, AG oder bei der Eintragung eines kleinen Unternehmens).

Die **Eintragungen** beziehen sich auf:

- Name des Geschäftsinhabers bzw. der Gesellschafter
- Niederlassungsort
- Art des Geschäfts
- Prokuraerteilung/Widerruf der Prokura
- Insolvenz
- Datum der Eintragung und Unterschrift

2.6 Die Unternehmensformen

2.6.1 Die Unternehmensgründung

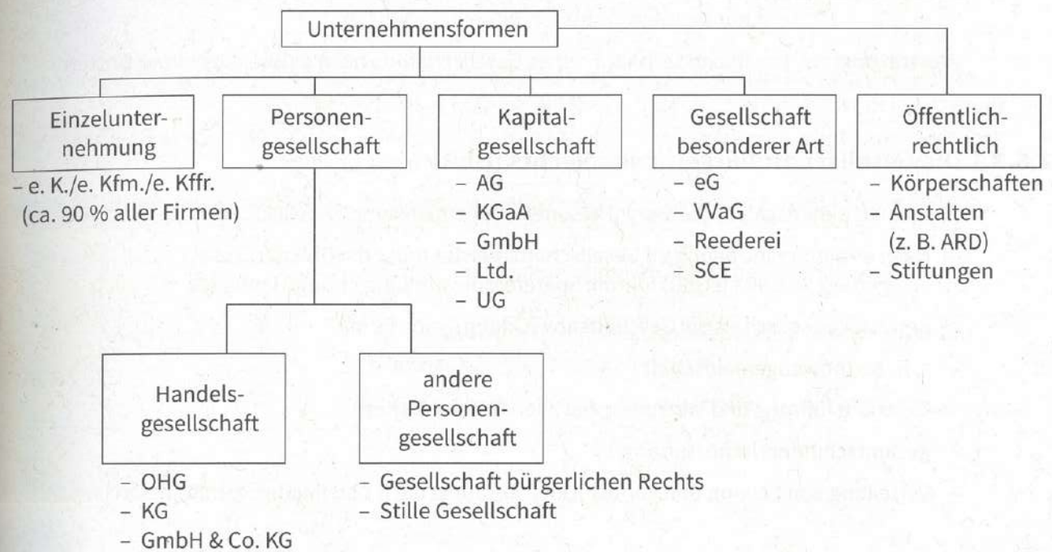
Bei einer eventuellen **Unternehmensgründung** sind vorher sowohl wirtschaftliche (Geschäftsidee, Absatzchancen, Kapitalbedarf, Standortwahl) als auch rechtliche (evtl. Beschränkung der Gewerbefreiheit) Überlegungen anzustellen. **Angemeldet** werden muss ein Unternehmen bei folgenden Institutionen:

- Amtsgericht (für Eintragung ins Handelsregister)
- Gewerbeamt (für gewerbepolizeiliche Aufsicht)
- Finanzamt (innerhalb von zwei Wochen; für Abgabenordnung)
- Kammer (zwecks Interessenvertretung; z. B. IHK oder Handwerkskammer)
- Berufsgenossenschaft (für Unfallversicherungsschutz der Belegschaft)
- Krankenkasse (bei Beschäftigung von Arbeitnehmern)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.6.2 Allgemeine Unternehmensformen

Bereits bestehende Unternehmen lassen sich in der Marktwirtschaft in vier Hauptgruppen einteilen:



Ihre Unterscheidungsmerkmale sind allgemein:

- Aufbringung des Kapitals (Teilhaberzahl)
- Frage der Haftung
- Gewinnverteilung
- Kreditmöglichkeit

Speziell aber lassen sich die Personen- und Kapitalgesellschaften folgendermaßen differenzieren:

Personengesellschaften	Kapitalgesellschaften
– Kapital wird von mehreren Personen aufgebracht	– juristische Personen
– Verteilung der Haftung und des Risikos	– im Vordergrund: aufgebrachtes Kapital
– im Vordergrund steht neben der Haftung die persönliche Mitarbeit der Inhaber	– entstehen durch HR-Eintragung
	– für Schulden der Gesellschaft haftet nicht das persönliche Vermögen (Ausnahme: Komplementär der KGaA)
	– sie werden vertreten durch ihre Organe (Vorstand/Aufsichtsrat)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.6.3 Spezielle Unternehmensformen

Erklärungen:

Geschäftsführung: Rechtsverhältnis nach innen (Innenverhältnis bedeutet Rechtsverhältnis nur der Gesellschafter untereinander)

Vertretung: Rechtsverhältnis eines Gesellschafters nach außen gegenüber Dritten

2.6.3.1 Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

loser Zusammenschluss mehrerer Personen zur gemeinsamen Abwicklung eines Geschäfts

- Nach erfolgter Eintragung im Gesellschaftsregister muss die GbR den Zusatz „eingetragene GbR" (eGbR) führen. Spätere Umwandlung in GmbH möglich.
- Ende der Gesellschaft bei Geschäftsabwicklung/keine Firma
- z. B. Arztpraxengemeinschaft
- Geschäftsführung und Vertretung bei allen Gesellschaftern
- gesamtschuldnerische Haftung
- Verteilung von Gewinn und Verlust (GuV) vorrangig nach Beteiligungsverhältnissen

2.6.3.2 Die Stille Gesellschaft

Beteiligung eines Kapitalgebers an einem Handelsgewerbe ohne Erkenntlichkeit gegenüber Dritten

- keine Eintragung ins Handelsregister
- Gewinnbeteiligung des Stillen Gesellschafters/meist keine Verlustbeteiligung
- im Insolvenzfall: Stiller Gesellschafter = Gläubiger
- Tod des Stillen Gesellschafters: keine Auflösung der Gesellschaft
- kein Recht auf Geschäftsführung, Vertretung oder Widerspruch bei außergewöhnlichen Geschäften
- geregelt im HGB §§ 230 ff.

2.6.3.3 Die Einzelunternehmung

Unternehmer ist selbstständig; Absicht: auf Dauer Gewinnerzielung

- Firmenname = Personen-, Sach-, Fantasie- oder Mischfirma mit Rechtsformzusatz e. K.
- Vorteile:
  1. Der Unternehmer kann allein über den Gewinn verfügen.
  2. Er kann rasch und allein Entscheidungen treffen.
- Nachteile:
  1. Der Unternehmer trägt allein das Risiko.
  2. Er haftet mit dem gesamtem Vermögen (auch privat).
  3. Begrenzte Möglichkeiten zur Kapitalbeschaffung.
- geregelt im HGB §§ 1 – 104

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.6.3.4 Die Offene Handelsgesellschaft (OHG)

vertraglich vereinbarte Gesellschaft von zwei oder mehreren Personen zum Betrieb eines Handelsgewerbes unter einer gemeinschaftlichen Firma (HGB §§ 105 – 160)

Gründung:	Anmeldung und Eintragung im HR (Gesellschaft beginnt mit Geschäftsaufnahme bei Grundhandelsgewerbe, sonst bei Eintragung)
Firma:	Personen-, Sach-, Fantasie- oder Mischfirma mit Rechtsformzusatz OHG
Kapitalaufbringung:	jeder Gesellschafter leistet seine Einlage gemäß Gesellschaftsvertrag Geschäftsvermögen = gemeinschaftliches Vermögen (= Vermögen zur gesamten Hand)
Haftung:	Haftung der Gesellschafter ist **unbeschränkt**, **unmittelbar** und **solidarisch** (= gesamtschuldnerisch) bei Eintritt haftet der neue Gesellschafter auch für bestehende Verbindlichkeiten (bei Austritt: 5 Jahre)
Pflichten:	– Leisten der vereinbarten Einlage – persönliche Arbeitsleistung – Wettbewerbsverbot – Ein Verlust wird vom Kapitalanteil eines Gesellschafters abgeschrieben
Rechte:	– Geschäftsführung und Vertretung (vertraglich im Innenverhältnis änderbar) – Gewinnverteilung nach den im Gesellschaftsvertrag vereinbarten Beiträgen und Einlagen – Kündigung bis 6 Monate vor Geschäftsjahresabschluss
Auflösung:	bei Liquidation, Zeitablauf (Friktion), Gesellschaftsbeschluss, Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft
Bedeutung:	– kreditwürdiger als Einzelunternehmung durch Risikostreuung – strenge Haftungsbestimmungen – sinnvoll für schöpferische Unternehmer mit begrenztem Kapital

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.6.3.5 Die Kommanditgesellschaft (KG)

Personengesellschaft mit Voll- und Teilhafter; im Vordergrund steht die kapitalmäßige Beteiligung (HGB §§ 161 – 177)

Entstehung:	wie OHG
Firma:	Personen-, Sach-, Fantasie- oder Mischfirma mit Zusatz KG
Gesellschafter:	Vollhafter = Komplementär Teilhafter = Kommanditist
Pflichten:	1. Vollhafter: wie OHG 2. Teilhafter: – Kapitaleinlagepflicht – Verlustbeteiligung nach vereinbartem Anteil – Haftung nur bis zur Höhe der Haftungssumme
Rechte:	1. Vollhafter: wie OHG 2. Teilhafter: – Kontrollrecht; Informationsrecht – kein Recht auf Geschäftsführung/Vertretung – Widerspruchsrecht bei außergewöhnlichen Geschäften – Gewinnverteilung nach den im Gesellschaftsvertrag vereinbarten Beiträgen und Einlagen – Kündigungsrecht wie OHG
Auflösung:	wie OHG
Bedeutung:	– geeignet für Familiengesellschaften – kaum Beschränkung des Vollhafters in der Unternehmensleitung – bessere Kapitalbasis des Unternehmens als z. B. OHG, da die Einlage des Kommanditisten nur bei Gewinn gutgeschrieben werden muss (im Gegensatz zum Bankkredit)

2.6.3.6 Die GmbH & Co. KG

Kommanditgesellschaft, bei der Vollhafter die GmbH und Teilhafter meist gleichzeitig die Gesellschafter der GmbH sind.

Auch für Freiberufler ist es neuerdings möglich, eine GmbH & Co. KG zu gründen (§ 107 HGB)

Entstehungsgrund:

- steuerliche Gründe, weil früher die GmbH doppelt besteuert wurde (Körperschaftsteuer und Einkommensteuer)
- Haftungsbeschränkung: eine GmbH haftet nur bis zur Höhe des Geschäftsvermögens
- keine Haftung der Gesellschaft mit ihrem Privatvermögen

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.6.3.7 Die Aktiengesellschaft (AG)

Kapitalgesellschaft (nach Eintragung ins HR juristische Person), d. h. Körperschaft des privaten Rechts mit eigener Persönlichkeit, deren Grundkapital in **Aktien** zerlegt und von Aktionären aufgebracht worden ist.

Unterscheidung	Aktienart	Erklärung
1. nach der Übertragbarkeit	– Inhaberaktie	– häufigste Form, Übertragung durch einfache Übergabe
	– Namensaktie	– Übertragung nur durch Indossament, da Aktie auf bestimmte Person ausgestellt ist
	– vinkulierte Namensaktie	– Weitergabe nur mit Zustimmung des Unternehmens
2. nach den Rechten aus dem Besitz	– Stammaktie	– Mitwirkung auf der Hauptversammlung (HV) der AG
	– Vorzugsaktie	– ohne Stimmrecht in der HV, aber häufig höhere Dividendenzahlung
3. nach dem Ausgabetermin	– Alte Aktie	– Ausgabe vor einer Grundkapitalerhöhung; Recht auf Kauf Junger Aktien
	– Junge Aktie	– Ausgabe anlässlich einer Grundkapitalerhöhung

Gründung:

- mindestens 1 Person
- Grundkapital = 50.000 EUR
- Satzung (= notariell beurkundeter Gesellschaftsvertrag)
- Eintragung ins Handelsregister

Zusammensetzung des Eigenkapitals:

Grundkapital (= gezeichnetes Kapital)
+ Kapitalrücklagen (= Aufgeld durch Aktienausgabe über Nennwert)
+ Gewinnrücklagen (= nicht ausgeschüttete Gewinne)
+/– Gewinn-/Verlustvortrag (= Restbetrag aus dem Vorjahr)
+/– Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (= unverteiltes Ergebnis des Geschäftsjahres)

Organe:

1. **Vorstand** ⇨ Leitung:

   Geschäftsführung und Vertretung der Arbeitgeber; Einberufung der Hauptversammlung; Erstellung des Jahresabschlusses; Beantragung des Insolvenzverfahrens; Berichterstattung an den Aufsichtsrat (AR), meist Gesamtvertretungsbefugnis; Bestellung durch den Aufsichtsrat; Vergütung: Gehalt und Tantieme

2. **Aufsichtsrat** ⇨ Überwachung:

   Bestellung des Vorstands; Prüfen des Jahresabschlusses; Einberufung einer „außerordentlichen" Hauptversammlung; Wahl für 4 Jahre; Vergütung: Tantieme

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

3. Hauptversammlung ⇨ Beschlüsse:

mindestens einmal jährlich; Versammlung der Aktionäre; Stimmrecht nach Aktiennennbeträgen; Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns und Satzungsänderungen; Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats; Satzungsänderungen bei mindestens 75-prozentiger Zustimmung des vertretenen Kapitals; Vergütung: Dividende

Auflösung:

- Zeitablauf
- Beschluss der Hauptversammlung (3/4 Mehrheit)
- Eröffnung des Insolvenzverfahrens
- Liquidation
- Löschung im Handelsregister wegen Vermögenslosigkeit

Gewinnverwendung:

Jahresüberschuss
./. Ausgleich eines eventuellen Verlustvortrags
./. Einstellung in die gesetzliche Rücklage
(5 % des Jahresüberschusses, bis 10 % des Grundkapitals erreicht sind)
./. Einstellung in satzungsmäßige Rücklage
= Bilanzgewinn
./. Einstellung in Gewinnrücklage
./. Dividendenausschüttung
= Gewinnvortrag

Bedeutung:

geeignete Unternehmensform für die Verwirklichung großer wirtschaftlicher Aufgaben, da gute Kapitalbeschaffungsmöglichkeit

Dividendenpapiere	**festverzinsliche Wertpapiere**
→ Aktien, Investmentzertifikate	→ Obligationen (= Schuldverschreibungen), Anleihen, Pfandbriefe
– Erwerber = Miteigentümer – Mitbestimmungsrecht – Gewinnbeteiligung – kein Ertragsrecht – Haftung im Insolvenzfall mit dem gesamten Anteil	– Erwerber nicht Miteigentümer – kein Mitbestimmungsrecht – keine Gewinnbeteiligung – Ertragsrecht (Zinsen) – Erwerber erhält im Insolvenzfall die Insolvenzdividende

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.6.3.8 Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Handelsgesellschaft (Kapitalgesellschaft), deren Stammkapital in Stammeinlagen (= Geschäftsanteile) zerlegt ist (GmbHG §§ 1 ff.)

Gründung:	– mindestens 1 Gründer (auch Ein-Mann-Gesellschaft möglich) – Mindeststammkapital = 25.000 EUR; Stammeinlage eines Gesellschafters mindestens 1 EUR – Eintragung ins Handelsregister – Erstellung eines Gesellschaftsvertrages
Firma:	Personen-, Sach-, Fantasie- oder Mischfirma mit Rechtsformzusatz GmbH
Organe:	**Geschäftsführer:** Bestellung durch Gesellschafterversammlung; ähnliche Rechte und Pflichten wie AG-Vorstand **Aufsichtsrat:** Vorschrift nur bei mehr als 500 Arbeitnehmern (sonst Betriebsratsaufgaben) **Gesellschafterversammlung:** wie Hauptversammlung der AG
Pflichten der Gesellschafter:	– Einlagepflicht – Haftpflicht bis zur Höhe der Einlage – Nachschusspflicht (falls vereinbart)
Rechte der Gesellschafter:	– Gewinnanteil im Verhältnis der Geschäftsanteile – Mitverwaltungsrecht
Bedeutung:	– geeignet dafür, dass Gesellschafter auf längere Zeit an einem Unternehmen beteiligt sind, ohne persönliche Haftung – geringerer Kapitalbedarf als AG

Die Rechtsform **„Limited" (Ltd.)** ist eine der GmbH gleichgestellte Unternehmensform einer Kapitalgesellschaft mit Sitz in England. Aufgrund des geringen Kapitaleinsatzes (mindestens 1 £) und der vergleichsweise geringen Gründungskosten kommt sie vor allem Existenzgründern entgegen. Allerdings genießt die Ltd. wegen dieser niedrigen Einlagen keine hohe Reputation bei Banken. Die Limited benötigt nach englischem Recht drei Organe:

- Director (vergleichbar dem Geschäftsführer einer GmbH)
- Gesellschafterversammlung (kann u. U. aus 1 Person bestehen)
- Secretary (erfüllt nur formale gesetzliche Verpflichtungen)

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.6.3.9 Die Unternehmergesellschaft (UG) – haftungsbeschränkt

„Mini-GmbH" oder „Ein-Euro-GmbH"; existenzgründerfreundliche Variante der herkömmlichen GmbH und deutsche Alternative zur „Limited"

Die Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) kann mit einem Mindestkapital von 1 EUR gegründet werden. Sacheinlagen sind hierbei unzulässig. Die notarielle Beurkundung ist kostengünstig und erfolgt über ein sogenanntes Musterprotokoll. Ein Viertel des erwirtschafteten Jahresüberschusses der UG muss in Rücklagen eingestellt werden.

2.6.3.10 Die Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)

Mischform zwischen AG und KG mit mindestens 5 Gründern

Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit mit mindestens einem persönlich haftenden Gesellschafter und den übrigen Kommanditaktionären (Beteiligung am Grundkapital ohne persönliche Haftung); Vollhafter sind Geschäftsführer der KGaA und unabsetzbarer Vorstand, der nicht vom Aufsichtsrat bestellt wird.

2.6.3.11 Der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG)

privates Versicherungsunternehmen, bei dem die Versicherungsnehmer zugleich Mitglieder der Unternehmung sind (Organe wie Genossenschaft)

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

2.6.3.12 Die eingetragene Genossenschaft (eG)

wirtschaftlicher Verein mit nicht geschlossener Mitgliederzahl mit dem Ziel, den Erwerb der Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern (GenG §§ 1 ff.)

Grundgedanke:	Ausgleich zwischen wirtschaftlich Schwachen und Wettbewerbsvorteilen der Großen (erste Gründer: Raiffeisen 1847 und Schultze-Delitzsch 1849)
Arten:	Einkaufs-, Produktiv-, Absatz-, Kredit-, Konsum-, Baugenossenschaft
Gründung:	– mindestens 3 Mitglieder, auch für weiteren Bestand – Mindesteinlage eines Mitglieds < Mitgliedseinzahlungsbetrag < Geschäftsanteil des Mitglieds (= der in der Satzung festgelegte Höchsteinzahlungsbetrag; die Mindesteinlage beträgt mindestens 10 % des Geschäftsanteils) – Eintragung ins Genossenschaftsregister
Firma:	Personen-, Sach-, Fantasie- oder Mischfirma mit Rechtsformzusatz eG
Organe:	**1. Vorstand:** bei Genossenschaften mit bis zu 20 Genossen ⇨ 1 Genosse bei Genossenschaften mit mehr als 20 Genossen ⇨ mindestens 2 Genossen Aufgaben: Gesamtbefugnis, Leitung und Vertretung der Genossenschaft **2. Aufsichtsrat:** nur zwingend bei Genossenschaften mit mehr als 20 Genossen ⇨ mindestens 3 Genossen Aufgaben: Überwachung der Geschäftsführung (wenn kein Aufsichtsrat eingesetzt wird, übernimmt die Generalversammlung diese Aufgabe) **3. Generalversammlung:** Versammlung der Genossen Aufgaben: Wahl des Vorstands und des Aufsichtsrats; Abstimmung nach Köpfen, nicht nach Geschäftsanteilen; oberstes Entscheidungsorgan einer Genossenschaft
Haftung:	nur durch Vermögen der Genossenschaft (teilweise Nachschusspflicht); Prüfen der Genossenschaft alle 2 Jahre durch Prüfungsverband

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

3.1 Aufgaben menschlicher Arbeit im Betrieb

Jeder Betrieb ist in irgendeiner Form auf menschliche Arbeit angewiesen, auch wenn in Zukunft die Rationalisierung immer weiter voranschreiten wird. Für den Menschen ist das Unternehmen gleichzeitig Existenzgrundlage (durch das bezogene Einkommen), Lebensraum (durch geistige und körperliche Persönlichkeitsentfaltung) und Instrument zur Bedarfsdeckung (durch die Produktion von Konsumgütern).

Im Betrieb wird **Arbeit** allgemein unterteilt in:

- leitende Arbeit
- ausführende Arbeit
- schöpferische Arbeit

3.1.1 Die leitende Arbeit

Neben dem Unternehmer werden hierunter auch leitende Angestellte (z. B. Betriebsleiter, Ingenieure und Abteilungsleiter) zusammengefasst.

Ihre Aufgaben sind im Wesentlichen folgende Leitungsfunktionen:

Zielsetzung → Planung → Organisation → Kontrolle

Die **unternehmerische Führung** spielt auch eine wichtige Rolle bei den Leitungsfunktionen der leitenden Arbeit. Man unterscheidet drei **Führungsstile** der Mitarbeiterführung:

1. **Autoritärer Stil:**
   Betont starke Alleinführung des Unternehmens durch den Unternehmer.

2. **Kooperativer Stil:**
   In Entscheidungsfragen werden Mitarbeiter zu Rate gezogen. Es herrscht eine Zusammenarbeit zwischen leitender und ausführender Arbeit.

3. **Laissez-faire-Stil:**
   Der zu führende Mitarbeiter trifft eigene Entscheidungen, während der Unternehmer nur den Rahmen absteckt.

Die Führungsstile beschreiben die persönliche Art der Mitarbeiterführung, während die Führungsmethoden (= Management-Systeme) das Gesamtkonzept der Unternehmensführung bilden.

a) **Management by Exception:**
   Führung nach dem Ausnahmeprinzip (gewöhnlich anfallende Entscheidungen trifft der Mitarbeiter, außergewöhnliche Entscheidungsprozesse werden mit dem Vorgesetzten besprochen)

b) **Management by Delegation:**
   Führung durch Delegation von Verantwortung (Mitarbeiter entscheiden innerhalb ihres Aufgabenbereiches selbstständig)

c) **Management by Objectives:**
   Führung durch Zielvereinbarungen (von der Unternehmensleitung angewiesene Ziele werden vom Vorgesetzten und Mitarbeiter gemeinsam auf den eigenen Aufgabenbereich übertragen und festgesetzt)

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

3.1.2 Die ausführende Arbeit

Bei der ausführenden Arbeit kommt es darauf an, den Anweisungen des jeweiligen Vorgesetzten korrekt zu folgen. Welche Arbeit dies ist, hängt vom jeweiligen Einsatzgebiet ab:

- kaufmännischer Bereich: Angestellte, Auszubildende, Praktikanten, duale Studenten
- technischer Bereich: Angestellte, Facharbeiter, Meister, Arbeiter, Auszubildende, Hilfsarbeiter, Praktikanten, duale Studenten
- sonstige: Raumpfleger, Pförtner, Nachtwächter

Um die Arbeit gut ausführen zu können, sollten die **Arbeitsbedingungen** für jeden Einzelnen optimal gestaltet sein. Erst dann ist eine zufriedenstellende Arbeitsleistung zu erwarten. Die **Bestimmungsfaktoren für die Arbeitsbedingungen** sind:

- Arbeitsorganisation
- Arbeitsgestaltung
- Verhältnis von Vorgesetzten zu Mitarbeitern
- Betriebsklima
- Arbeitsplatzgestaltung
- Aufstiegsmöglichkeiten
- Arbeitszeit

Die Aufgaben der Arbeit im Betrieb bestehen allgemein darin, den betrieblichen Leistungsprozess anzukurbeln und zu steuern. Die **Arbeitsleistung** hängt dabei von vier Aspekten ab:

Leistungsfähigkeit (körperlich/geistig)	Leistungs-bereitschaft	fachliche / persönliche Eignung	individuelle Beanspruchung

Dabei treten Entscheidungsprozesse auf, die teilweise einen hohen, teilweise einen niedrigen Stellenwert für den ökonomischen Fortbestand des Unternehmens haben.

Die allgemeinen **Grundlagen dieser betrieblichen Entscheidungsprozesse** sind:

- Zielsetzung und Planung
- Steuerung und Kontrolle
- Bewertung und Beurteilung
- Information und Kommunikation
- Motivation

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

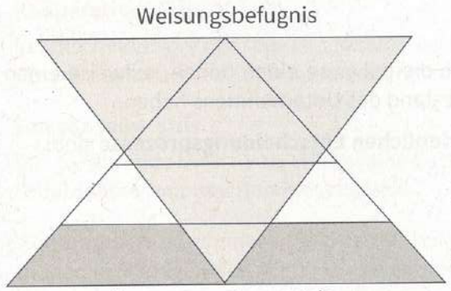
3.2 Personal und Organisation

3.2.1 Personalstrukturen

Das Personalwesen eines Unternehmens ist zuständig für die Beschaffung, Verwaltung und Betreuung des Personals. Allgemein kümmert sich diese Abteilung um die Personalorganisation, speziell aber lassen sich Teilaufgaben ausfindig machen:

- Ermittlung des Personalbedarfs
- Personalbeschaffung (Werbung, Auswahl, Einstellung)
- Personaleinsatz (Arbeitszeitregelung, Urlaubsregelung)
- Personalentlassung
- Personalverwaltung (Personalakte, Personalstatistik)
- Personalführung
- Personalentwicklung (Weiterbildung, Beurteilung)
- Personalbetreuung
- Arbeitsbewertung/Entlohnung

Zur rationelleren Bearbeitung werden die im Unternehmen Beschäftigten von der Personalabteilung nach bestimmten Gesichtspunkten aufgegliedert und strukturiert.

Einteilungsmerkmale	Beispiele
1. nach der arbeitsrechtlichen Stellung	– tarifliche Angestellte – Beamte – außertarifliche Angestellte – freie Mitarbeiter – Auszubildende
2. nach dem Rang der Mitarbeiter	– leitende Arbeitskräfte – ausführende Arbeitskräfte  Managementpyramide (Anzahl der Mitarbeiter)
3. nach der Arbeitszeit	– Vollzeitpersonal – Teilzeitpersonal
4. nach der Fristigkeit des Arbeitsvertrages	– Stammpersonal – Zeitpersonal (z. B. Leiharbeiter)
5. nach der Ausbildung	– ungelernte Arbeitskräfte – angelernte Arbeitskräfte – gelernte Arbeitskräfte (Fachkräfte) – hoch qualifizierte Arbeitskräfte (Experten)

Weitere Personalstrukturmerkmale könnten sein: nach dem Alter, nach dem Geschlecht, nach der Nationalität, nach dem Familienstand und nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

3.2.2 Vollmachten

Damit die Geschäftsführung nicht alle wichtigen Aufgaben selbst erledigen muss, delegiert (d. h. überträgt) sie diese oft an Mitarbeiter durch entsprechende **Vollmachten** (Handlungsvollmacht und Prokura).

A) Handlungsvollmacht

Formen:

- Einzelvollmacht
  (= Spezialvollmacht), z. B. einmaliger Kauf von Briefmarken
- Arthandlungsvollmacht
  (= Befugnis zur dauernden Vornahme einer genauen Gattung von Geschäften)
- Generalhandlungsvollmacht
  (= Befugnis, alle Rechtsgeschäfte des Betriebes durchzuführen)
- Generalvollmacht
  (= Bevollmächtiger hat gleiche Rechte wie Inhaber)

Erlaubnis:

Zur Durchführung aller Rechtshandlungen, die ein Betrieb gewöhnlich mit sich bringt (zeichnet mit i. V. / i. A. bei Einzelvollmacht; wird nicht ins Handelsregister eingetragen; handelt im Namen des Inhabers; kann Untervollmachten erteilen)

Verbot:

- Grundstücksbelastung/Grundstücksverkauf
- Prozessführung für den Betrieb
- Darlehensaufnahme
- Eingehen von Wechselverbindlichkeiten
- Übertragung der gleichen Vollmacht
- alle Punkte wie unter Verbot bei Prokura (s. nächste Seite)

B) Prokura

Formen:

- Einzelprokura (= Alleinvertretungsbefugnis)
- Gesamtprokura (mehrere Personen haben nur gemeinsam Vertretungsbefugnis)
- Filialprokura (Beschränkung auf Geschäftsfilialen)

Erlaubnis:

Zur Durchführung aller gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäfte des Betriebes (zeichnet mit ppa. / pp.; wird persönlich und ausdrücklich vom Inhaber ernannt; Eintragung in das Handelsregister; im Außenverhältnis unbeschränkbar)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Verbot:

- Unterschreiben der Bilanz
- Prokura erteilen bzw. entziehen
- Auflösung der Unternehmung
- Aufnahme neuer Gesellschafter
- Grundstücksverkauf (nur mit Genehmigung)
- Änderungen bzw. Anmeldungen im Handelsregister
- Eid leisten für den Inhaber
- Unterschreiben der Steuererklärung

Merke:

Die Vollmachten sind sofort bei Ernennung gültig im Innenverhältnis und bei Dritten, die davon wussten; sie sind für außenstehende Dritte erst bei Eintragung in das Handelsregister (bei Prokura) oder bei Bekanntgabe gültig. Die Vollmachten erlöschen bei Widerruf und Ausscheiden aus dem Unternehmen (auch bei Unternehmensauflösung).

3.2.3 Organisationsformen

Um ihre Aufgaben effizient und effektiv zu erfüllen, wählen Unternehmen eine bestimmte Organisationsform (Aufbauorganisation), die sich im Laufe der Zeit nach aktuellen Gegebenheiten (z. B. Erschließung neuer Märkte, starkes Wachstum, Erwerb eines anderen Unternehmens) auch ändern kann. Bei größeren Unternehmen kümmert sich die Abteilung „Organisationsentwicklung" um solche Organisationsanpassungen. Man unterscheidet vier Arten von Organisationssystemen:

Einliniensystem	Mitarbeitende erhalten nur von einem Vorgesetzten Anweisungen **Beispiel:** Abteilung 1 mit verschiedenen Stellen, daneben Abteilung 2 etc.
Mehrlinien-/ Funktionensystem	Funktionen des Unternehmens werden in Zuständigkeiten aufgeteilt **Beispiel:** Beschaffung, Produktion und Absatz greifen teilweise auf dieselben Stellen zu (z.B. Lager)
Stabliniensystem	Häufig vorkommende Weiterentwicklung der o.g. Systeme unter Einschluss von „Stäben" (Beratungsteams), die keine weiteren disziplinarischen Leitungsfunktionen haben
Matrixorganisation	Hierbei wirken mehrere Funktionsbereiche zusammen **Beispiel:** Die Abteilungen „Finanzen & Controlling für Produkt 1", „Finanzen & Controlling für Produkt 2" etc.

Weitere Organisationsformen, die zunehmend in der IT-Branche vorkommen, sind die Projektorganisation und agile Organisationen. Beim Arbeiten in Projekten sind alle wesentlichen Unternehmensfunktionen temporär einem oder mehreren Projekten zugeordnet. Die Projektleitenden agieren hierbei als „Vorgesetzte auf Zeit" (Beispiel: Arbeitsgemeinschaften zum Bau von Großprojekten wie Tunneln). Agile Organisationen unterliegen einem stetigen Wandel und organisieren ihre Zusammenarbeit in zeitlich befristeten Teams, Circles, Gilden oder Wertschöpfungsnetzwerken.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

3.3 Das Arbeitsrecht

Das Arbeitsverhältnis begründet die rechtliche und soziale Bindung von Arbeitnehmern (ArN) und Arbeitgebern (ArG) unter den Gesichtspunkten:

- Arbeitsvertrag/Berufsausbildungsvertrag ⇨ Individualarbeitsrecht
- Betriebsvereinbarung
- Arbeitsgesetzgebung
- Tarifverträge

} Kollektivarbeitsrecht

3.3.1 Arbeitsvertrag/Berufsausbildungsvertrag

Der Arbeits- bzw. Berufsausbildungsvertrag wird zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit dem Grundsatz der Vertragsfreiheit abgeschlossen und zählt zum Individualarbeitsrecht.

A) Arbeitsvertrag

Mit dem Abschluss des (digitalen) Arbeitsvertrages* stehen dem Arbeitnehmer folgende Rechte und Pflichten zu:

Rechte des Arbeitnehmers	Pflichten des Arbeitnehmers
– Recht auf Beschäftigung – Recht auf Vergütung – Recht auf Fürsorge (z. B. keine Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz) – Recht auf Urlaub – Recht auf Zeugnisausstellung – Möglichkeit zur Erfassung der Arbeitszeit	– Arbeitspflicht – Treuepflicht (auch Zumutbarkeit von Überstunden) – Pflicht zur Verschwiegenheit und Unbestechlichkeit – Pflicht zur Einhaltung des gesetzlichen Wettbewerbsverbots (= Konkurrenzverbot) – Pflicht zur Einhaltung des vertraglichen Wettbewerbsverbots (= Konkurrenzklausel)
= Pflichten des Arbeitgebers	**= Rechte des Arbeitgebers**

Konkurrenzverbot:	ArN darf nebenher keine Tätigkeit ausüben ohne Einwilligung des ArGs
Konkurrenzklausel:	ArN darf bis längstens 2 Jahre nach Ausscheiden aus dem Unternehmen keine Konkurrenztätigkeit ausüben

*Für Arbeitsverträge besteht grundsätzlich **Formfreiheit**, d. h. sie können elektronisch signiert, handschriftlich, mündlich oder stillschweigend geschlossen werden. Das Nachweisgesetz verlangte bisher allerdings eine Niederschrift der wesentlichen Vertragsbedingungen in Papierform. Mit Inkrafttreten des Bürokratieentlastungsgesetzes IV (BEG IV) und Änderung des Nachweisgesetzes soll zukünftig auch der komplett digitale Vertragsabschluss möglich werden. (Stand 11/2024)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Im Arbeitsvertrag sollten insbesondere folgende Aspekte geregelt werden:

- Beginn und Dauer des Arbeitsverhältnisses
- Kündigungsfristen
- Dauer der Probezeit (bei Auszubildenden maximal 4 Monate)
- genaue Tätigkeitsbezeichnung
- Art der Entlohnung/Extrabezüge
- Sozialleistungen des Arbeitgebers
- Arbeits- und Pausenzeiten
- Dauer des Jahresurlaubs
- erlaubte Nebentätigkeit und Konkurrenzverbote

B) Berufsausbildungsvertrag

Dieser Vertrag wird zwischen dem Ausbildenden und dem Auszubildenden (oder dessen gesetzlichem Vertreter) abgeschlossen. Eine rein digitale Form des Vertrags ist bisher noch ausgeschlossen. Die Rechtsgrundlage hierfür bildet das **Berufsbildungsgesetz** (BBiG). Dessen inhaltliche Bestimmungen sind im Wesentlichen:

- Zuständigkeit für die Berufsausbildung
- Berufsausbildungsvertrag (Rechte und Pflichten)
- Berechtigung zum Einstellen und Ausbilden
- Prüfungen (Zwischen- und Abschlussprüfung)
- Ausbildungsordnung (= Regelung der Ausbildung in den einzelnen Ausbildungsberufen: Prüfungsanforderungen; Ausbildungsrahmenplan; Ausbildungsberufsbild)

Pflichten des Auszubildenden	Pflichten des Ausbildenden
– Lernpflicht – Dienstleistungspflicht – Gehorsamspflicht – Sorgfaltspflicht – Berufsschulpflicht – Führen des schriftlichen Ausbildungsnachweises – Schweigepflicht über Betriebsgeheimnisse	– Ausbildungspflicht – Bereitstellung der Ausbildungsmittel – Freistellung zur Berufsschule – Übertragung nur ausbildungsbezogener Tätigkeiten – Anmeldung zur Zwischen- und Abschlussprüfung bzw. Abschlussprüfung Teil 1 und 2 – Zahlung einer Vergütung – Zeugnisausstellung (einfach/qualifiziert)
= Rechte des Ausbildenden	**= Rechte des Auszubildenden**

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

3.3.2 Die Betriebsvereinbarung

Die Betriebsvereinbarung ist ein Abschluss über betriebsinterne Regelungen zwischen dem Betriebsrat und dem Arbeitgeber eines Unternehmens. Hierin werden Betriebs- und Dienstordnungen festgesetzt, die den Tarifvertragsabschlüssen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden nicht entgegenstehen dürfen, sondern diese ergänzen, erläutern und dem eigenen Betrieb anpassen sollen.

Z. B. werden Vereinbarungen getroffen über die genaue Arbeitszeitregelung, Rauchverbot, Unfallmeldungen, Maßnahmen zur Unfallverhütung, Zeit und Ort der Lohnzahlung, Aufstellung eines Urlaubsplans etc.

3.3.3 Die Arbeitsgesetzgebung

Der Staat hat für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zahlreiche Gesetze erlassen (z. B. Arbeitszeitgesetz, Bundesurlaubsgesetz, Tarifvertragsgesetz, SGB IX (Rechte Schwerbehinderter), Kündigungsschutzgesetz, Berufsbildungsgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Mutterschutzgesetz, Arbeitsgerichtsgesetz, Arbeitsschutzgesetz etc.). Näher erläutert werden das Kündigungsschutzgesetz, das Jugendarbeitsschutzgesetz und die Arbeitsgerichtsbarkeit.

A) Kündigungsschutzgesetz

Der Anspruch auf allgemeinen Kündigungsschutz gilt erst ab einer Betriebsgröße von mehr als 10 Beschäftigten. Voraussetzung ist eine mindestens 6-monatige Betriebszugehörigkeit.

Kündigungsschutzvorschriften		
normale Kündigungsfrist	**verlängerte Kündigungsfrist**	**Sonderfälle**
4 Wochen zum 15. eines Monats oder zum Monatsende	– einseitige Fristverlängerung für ArG bei Beschäftigungszeiten von mehr als 5 Jahren – werdende Mütter bis 4 Monate nach Entbindung (Mutterschutzgesetz § 17) – Betriebsratsmitglieder/ Jugendvertreter während und bis 1 Jahr nach Dienstausführung unkündbar	– fristlos (z. B. bei Auszubildenden in der Probezeit, bei Diebstahl etc.) – Eltern während der Elternzeit unkündbar – Schwerbehinderte ohne Zustimmung des Integrationsamtes unkündbar – Massenentlassungen (Pflicht der Meldung an Arbeitsamt) – Freiwillig Wehrdienstleistende ab dem Zeitpunkt des Einberufungsbescheids bis zur Beendigung des Dienstes nicht ordentlich kündbar

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

B) Jugendarbeitsschutzgesetz

Das JArbSchG schützt Kinder und Jugendliche vor allzu schwerer und ungeeigneter Arbeit.

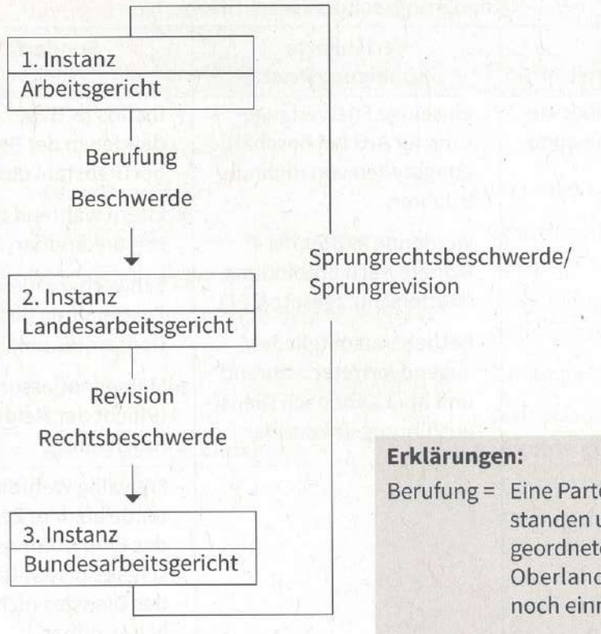
Es bestimmt z. B.:

- Grundsatz des 8-Stunden-Tages und der 40-Stunden-Woche (Ausnahmen möglich)
- Jugendlicher ist, wer das 15. Lebensjahr vollendet hat, aber noch nicht 18 Jahre alt ist.
- Jugendliche Berufsschulpflichtige dürfen einmal in der Woche nach einem Berufsschultag mit mehr als fünf Unterrichtsstunden à mindestens 45 Minuten nicht mehr beschäftigt werden. Volljährige Auszubildende können nach jedem Berufsschultag im Betrieb beschäftigt werden.
- Der Erholungsurlaub ist nach dem Lebensalter gestaffelt (mindestens 30 / 27 / 25 Tage in verschiedenen Altersklassen, vgl. § 19, JArbSchG)
- Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren (Ausnahmen nur für kurzzeitige leichte und für Kinder geeignete Arbeiten möglich)

C) Arbeitsgerichtsbarkeit

Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus dem Arbeitsverhältnis, bei Streitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien aus dem Tarifvertrag und bei betriebsverfassungsrechtlichen Streitigkeiten werden die Arbeitsgerichte eingeschaltet.

Folgende Darstellung zeigt den Weg durch die Gerichte bei eventuellen Beschwerden:



Erklärungen:

Berufung = Eine Partei ist mit dem Urteil nicht einverstanden und „beschwert" sich beim übergeordneten Gericht (z. B. Landgericht oder Oberlandesgericht), wo der Tatbestand noch einmal untersucht wird.

Revision = Eine Partei ist mit dem Urteil des Landes- oder Oberlandesgerichts nicht einverstanden und „beschwert" sich beim übergeordneten Bundesgericht.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

3.3.4 Tarifverträge

Ein Tarifvertrag ist ein Abschluss zwischen den Sozialpartnern, die durch bestimmte Vereinigungen vertreten werden. Der Abschluss erfolgt ohne staatliche Eingriffe, d. h., es herrscht **Tarifautonomie**. Die Vereinigungen der Arbeitnehmer sind die **Gewerkschaften**, die der Arbeitgeber die **Arbeitgeberverbände** mit dem BDA als Dachorganisation.

A) Inhalt

Abmachungen über Löhne, Gehälter und andere arbeitsrechtliche Regelungen /Mindestbedingungen, die zugunsten der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber verändert werden können.

B) Rechtsgrundlage

Grundgesetz Art. 9 (Vereinigungsfreiheit)

C) Tarifvertragsarten

Manteltarifvertrag	Lohntarifvertrag
regelt: - Arbeitszeit - Arbeitsschutz - Urlaubsgeld - Erfolgsbeteiligungen	regelt: - Löhne und Gehälter durch Angabe von Ecklöhnen - Lohnfortzahlung - Akkordlohn - Lohngruppen, Zulagen, Zuschläge

Während der Laufzeit eines Tarifvertrages besteht für alle Beteiligten **Friedenspflicht**, d. h., es dürfen keine Arbeitskampfmaßnahmen durchgeführt werden.

D) Geltungsbereich eines Vertrages

zeitlich:

meist 1 Jahr

räumlich:

Bundestarifvertrag/Landestarifvertrag/Regionaltarifvertrag

persönlich:

grundsätzlich nur für organisierte ArN und ArG; durch **Allgemeinverbindlichkeitserklärung** des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird der Tarifvertrag für alle in dieser Branche Beschäftigten allgemein verbindlich.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

E) Zustandekommen eines Vertrages

1. Eröffnung einer neuen Tarifrunde durch Tarifkommission der Gewerkschaft oder des Arbeitgeberverbandes mit einem Kündigungsschreiben
2. Forderungsschreiben der Gewerkschaft
3. Angebot durch Tarifkommission der Arbeitgeber
4. Verhandlungen und Einigung
5. **Ergebnis: neuer Tarifvertrag**

oder:

6. keine Einigung: Schlichtungsversuch durch Unparteiischen
7. keine Einigung: Urabstimmung über Kampfmaßnahme
8. Arbeitskampf: Streik (bei Zustimmung von mindestens 75 % der Gewerkschaftsmitglieder) oder Aussperrung
9. neue Verhandlungen
10. **Ergebnis: neuer Tarifvertrag**

F) Arbeitskampfmaßnahmen

Aussperrung

Ausschließung der Arbeitnehmer von der Arbeit, d. h., der Arbeitgeber schließt den Betrieb, dadurch ruhen die Arbeitsverhältnisse (der Arbeitgeber hat keine Pflicht zur Lohnfortzahlung)

Streik

Arbeitsniederlegung von mehreren Arbeitnehmern zur Durchsetzung tarifpolitischer Ziele

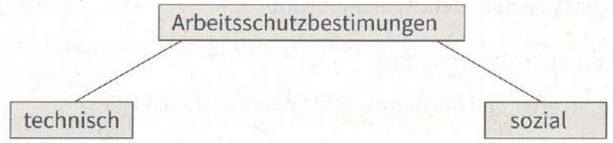
Arten:

- Teilstreik
- Proteststreik/Warnstreik (kurze Arbeitsunterbrechung zur Demonstration der Streikbereitschaft
- Sitzstreik (Arbeitnehmer bleiben am Arbeitsplatz)
- Sympathiestreik (Kampfmaßnahmen anderer, nicht betroffener Wirtschaftsbranchen)
- Generalstreik
- Punktstreik (zielt nur auf die wichtigsten Betriebe)
- wilder Streik (von der Gewerkschaft nicht gebilligt, d. h. ohne ordentlichen Streikbeschluss)
  a) keine Zahlung von Streikgeldern durch die Gewerkschaft
  b) Möglichkeit der fristlosen Entlassung

Beamte besitzen **kein** Streikrecht.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

3.3.5 Arbeitsschutzbestimmungen



Der Staat sorgt durch Arbeitsschutzgesetze dafür, dass die menschliche Arbeitskraft am Arbeitsplatz technisch und sozial geschützt ist.

A) Technischer Arbeitsschutz

zuständige Stellen:

- Amt für Arbeitsschutz (Gewerbeaufsichtsbehörde)
- TÜV (Technischer Überwachungsverein)
- Berufsgenossenschaft
- Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)

Beispielbestimmungen:

- Unfallverhütungsvorschriften und Bestimmungen der Sicherheitstechnik bei Maschinen und Geräten
- Schutzmaßnahmen und gesundheitliche Kontrollen bei Verwendung von Arbeitsstoffen
- humane Arbeitsplätze, Mindestvorschriften über Belüftung, Lärmbelästigung u. a. m.
- Verbesserung der Arbeitssicherheit durch Anwesenheit von Betriebsärzten und Sicherheitsfachkräften

B) Sozialer Arbeitsschutz

Hierunter fallen jegliche Gesetze des Staates, die die soziale Seite der Arbeit betreffen:

- Arbeitszeitschutz
- Kündigungsschutz
- Mutterschutz
- Jugendarbeitsschutz
- Schwerbehindertenschutz

etc.

INFO:
Das Mutterschutzgesetz schützt die Gesundheit der Frau und ihres Kindes während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und während der Stillzeit. So gilt z. B. ein Beschäftigungsverbot sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung. Ebenso schreibt das Gesetz ein Verbot der Mehrarbeit, der Nacht- sowie der Sonn- und Feiertagsarbeit vor.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

3.4 Die soziale Sicherung der Arbeitnehmer

Alle sozialen Leistungen einer Gesellschaft zusammen ergeben das System der sozialen Sicherung, welches auch das **„soziale Netz“** genannt wird.

Die **Ziele** der sozialen Sicherung sind:

- Versorgung im Alter und bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit
- Hilfe im Krankheitsfall
- Unterstützung bei Kurzarbeit bzw. Arbeitslosigkeit
- Unterstützung bei Berufsunfällen und Berufskrankheiten

Die **Sozialversicherungen** sollen helfen, diese Ziele zu verwirklichen. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung durch bestimmte Organe (50 % Arbeitgeber, 50 % Arbeitnehmer).

Ihre Träger, Zweige und aktuellen Beitragssätze (in % vom Erwerbseinkommen):

Träger	Versicherungszweige	Vorläufige Beitragssätze 2026
Ortskrankenkassen/ Ersatzkassen	Krankenversicherung	14,6 %*, (Arbeitnehmer: 7,3 %, Arbeitgeber 7,3 %) * Hinzu kommt ein möglicher Zusatzbeitrag, der je Kasse variieren kann und paritätisch vom ArN und ArG zu tragen ist (zurzeit durchschnittlich 2,9 %).
	Pflegeversicherung	3,6 %, zahlbar je zur Hälfte von ArN** und ArG ** Kinderlose Arbeitnehmer ab 23 Jahre zahlen einen Aufschlag von 0,6 %. Andere Verteilung im Bundesland Sachsen.
Bundesagentur für Arbeit	Arbeitsförderung (ugs. „Arbeitslosen-versicherung“)	2,6 %, zahlbar je zur Hälfte von ArN und ArG
Deutsche Renten-versicherung	Rentenversicherung	18,6 %, zahlbar je zur Hälfte von ArN und ArG
Berufsgenossenschaft	Unfallversicherung	zahlbar vollständig von ArG

(Stand 01/2026)

Die Sozialversicherungsmittel werden sowohl durch staatliche Zuschüsse als auch durch die Beiträge der Versicherten und deren Arbeitgeber aufgebracht. Bei der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie den Beiträgen zur Arbeitsförderung gibt es **Beitragsbemessungsgrenzen** (= Grenzen der Beitragsberechnung). Die Beitragsbemessungsgrenzen sind die Obergrenzen an Bruttolohn bzw. -gehalt, bis zu denen Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt werden müssen.

Aktuelle Informationen zu den Sozialversicherungswerten findest du unter dem folgenden Link: **www.u-form.de/addons/SV-2026.pdf**

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Pflichtversichert sind

- in der **Kranken- und Pflegeversicherung:** alle Arbeiter und Angestellte bis zur Beitragsbemessungsgrenze
- in der **Arbeitsförderung und Rentenversicherung:** alle Beschäftigten außer Beamte (Pensionsanspruch)

Die Beitragsbemessungsgrenzen sowie die Beitragssätze zur gesetzlichen Sozialversicherung ändern sich jährlich. Informieren Sie sich regelmäßig darüber!

Leistungen der Sozialversicherung

Aufgeteilt in die fünf Versicherungszweige ergeben sich u. a. folgende Leistungen:

Arbeitsförderung	– Förderung der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung – Entgeltersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Übergangsgeld, Insolvenzgeld) – Kurzarbeitergeld – Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben – Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
Krankenversicherung	– Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit und Früherkennung von Krankheiten – Sachleistungen (Medikamente, Krankenhausbehandlung) – Dienstleistungen (ärztliche Behandlung) – Geldleistungen (Krankengeld, Mutterschaftsgeld)
Pflegeversicherung	– Übernahme von Kosten für ambulante und stationäre Pflegedienste – Zuschuss für Pflege durch Angehörige, Nachbarn oder Freunde
Unfallversicherung	– Vorsorge treffen für die Verhütung von Arbeitsunfällen – Geldleistung an die Geschädigten (z. B. Heilbehandlung, Invaliditätsrente, Berufshilfe, Rente an Hinterbliebene etc.)
Rentenversicherung	– gewährt Leistungen zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation – zahlt Renten an Versicherte bzw. Hinterbliebene in bestimmten Fällen (im Sozialgesetzbuch SGB festgehalten)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Man unterscheidet verschiedene **Arten von Renten**, die jedoch alle nach dem Prinzip der **dynamischen Rente** berechnet werden, d. h., die Rente wird an die Netto-Einkommensentwicklung angepasst. Im Falle einer negativen Netto-Einkommensentwicklung bleibt die Rente aber nach derzeitiger Gesetzeslage stabil.

1. Altersrente
2. Erwerbsminderungsrente
3. Hinterbliebenenrente (Witwen-/Waisenrente)

3.5 Mitwirkung und Mitbestimmung

Mitbestimmung ist die aktive Beteiligung der Arbeitnehmer an den betrieblichen Entscheidungen. Es gibt zwei Arten der betrieblichen Mitbestimmung:

Mitbestimmungsarten	
innerbetrieblich	**durch Kontrolle der Leitung**
durch den Beriebsrat in personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Unternehmens	Mitbestimmung und Mitentscheidung durch Sitze im Aufsichtsrat von Kapitalgesellschaften

Gesetze, die die Mitwirkung und Mitbestimmung betreffen, sind das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), das Mitbestimmungsgesetz und das Montanmitbestimmungsgesetz (im öffentlichen Dienst gilt noch das Personalvertretungsgesetz).

3.5.1 Der Betriebsrat

Bestimmungen den Betriebsrat betreffend sind:

- Wahl auf 4 Jahre
- wahlberechtigt sind alle Arbeitnehmer über 16 Jahre
- wählbar sind alle Wahlberechtigten über 18 Jahre, die mindestens 6 Monate dem Betrieb angehören
- Zusammensetzung:
  5 – 20 ArN: 1 Mitglied (Betriebsobmann)
  21 – 9.000 ArN: 3 – 35 Mitglieder
  über 9.000 ArN: 35 + . . . Mitglieder
  (je 3.000 ArN ⇨ + 2 Mitglieder)

Die wesentlichen **Aufgaben** des Betriebsrates können in vier Aspekten zusammengefasst werden:

- Überwachung der Einhaltung von Betriebsvereinbarungen, Tarifverträgen und Gesetzen
- Annahme, Beratung, Vertretung von Anregungen der ArN und Jugendvertretung
- Förderung schutzbedürftiger Gruppen
- Einberufung einer Betriebsversammlung und Erstattung eines Tätigkeitsberichtes

Seine **Kompetenzen** umfassen u. a.:

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Mitbestimmung	Mitwirkung	Beratung/Unterrichtung
Soziale Angelegenheiten z. B. – Fragen der Ordnung des Betriebs – Arbeitszeitregelungen – Auszahlung der Arbeitsentgelte – allgemeine Urlaubsgrundsätze – techn. Einrichtungen zur Leistungsüberwachung der Arbeitnehmer – Einsatz von Personalbögen – Schließen von Betriebsvereinbarungen	– Arbeitsschutz – Unfallverhütung – betrieblicher Umweltschutz – Personalplanung (personelle Maßnahmen und Maßnahmen der Berufsbildung u. a.)	– über wirtschaftliche Maßnahmen durch Beratung zwischen Unternehmer und Wirtschaftsausschuss (3 – 7 Mitglieder) mit anschließender Unterrichtung des Betriebsrates – u. a.

Von ihrer beruflichen Tätigkeit sind mindestens freizustellen

- in Betrieben mit in der Regel 200 bis 500 Arbeitnehmern:
  1 Betriebsratsmitglied
- aufsteigend bis 10 000 Arbeitnehmer:
  12 Betriebsratsmitglieder (vgl. § 38, BetrVG)

Speziell für die Jugendlichen unter den Arbeitnehmern sowie Auszubildende (unabhängig vom Alter), sieht das Betriebsverfassungsgesetz die Bildung einer **Jugend- und Auszubildendenvertretung** vor.

Die Charakteristik der Jugend- und Auszubildendenvertretung:

- Wahl auf 2 Jahre
- wahlberechtigt sind alle ArN unter 18 Jahre und alle Auszubildenden
- wählbar sind alle ArN unter 25 Jahre und alle Auszubildenden, sofern diese nicht Mitglied des Betriebsrats sind
- Zusammensetzung: 1 – 15 Mitglieder
- wird tätig durch den Betriebsrat bei jugend- und ausbildungsspezifischen Problemen

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

3.5.2 Der Aufsichtsrat

Aufsichtsräte gibt es nur bei Kapitalgesellschaften und Genossenschaften. Neben Vorstand und Hauptversammlung (oder Generalversammlung/Gesellschafterversammlung) bilden sie ein wichtiges Organ zum ordentlichen Fortbestand des Unternehmens. Die Aufgaben des Aufsichtsrates sind im Kapitel „Unternehmensformen", speziell bei der Aktiengesellschaft aufgeführt; ihre Zusammensetzung sieht folgendermaßen aus:

1. nach dem Aktiengesetz bzw. Drittbeteiligungsgesetz:

- für AG und KGaA mit weniger als 2 000 Beschäftigten
- für GmbH und eG mit 500 – 2 000 Beschäftigten
- Aufsichtsratzusammensetzung: 2/3 ArG und 1/3 ArN

2. nach dem Mitbestimmungsgesetz:

- für alle Kapitalgesellschaften und eG mit mehr als 2 000 Beschäftigten
- Aufsichtsratzusammensetzung: paritätisch
  1. 2 000 – 10 000 ArN: 12 Mitglieder (davon 6 Anteilseignervertreter)
  2. 10 001 – 20 000 ArN: 16 Mitglieder (davon 8 Anteilseignervertreter)
  3. über 20 000 ArN: 20 Mitglieder (davon 10 Anteilseignervertreter)
- Vertreter der Arbeitnehmer: 1 leitender Angestellter, mehrere Arbeiter und Angestellte, Gewerkschaftler
- Abstimmungen erfolgen mehrheitlich, bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende Doppelstimmrecht

3. nach dem Montanmitbestimmungsgesetz:

- für Unternehmen der Montanindustrie (= Bergbau, Hüttenwerke), die eine AG, GmbH oder bergrechtliche Gewerkschaft mit mehr als 1 000 Arbeitnehmern darstellen
- Aufsichtsratzusammensetzung: 11 Mitglieder (davon 1 Neutraler)
- Wahl durch Hauptversammlung bzw. Gesellschafterversammlung
- Mitglied des Vorstands: 1 Arbeitsdirektor (Bestellung vom Aufsichtsrat) für soziale Probleme

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.1 Markt und Marktformen

Definition: Unter **Markt** versteht man den Ort des Zusammentreffens von Angebot und Nachfrage (z. B. Wochenmarkt, Börse, Immobilienmarkt etc.).

Auf jedem Markt kommt es zu einer **Preisbildung** für die angebotenen und nachgefragten Güter und Dienstleistungen. Dabei sind es meist die Unternehmen auf der Angebots- und die Haushalte auf der Nachfrageseite.

Man unterscheidet nun verschiedene:

- Marktarten
- Markttypen
- Marktformen

Marktarten	
Faktormärkte	**Gütermärkte**
entsprechend den 3 Produktionsfaktoren: - Arbeitsmarkt - Bodenmarkt (= Immobilienmarkt) - Kapitalmarkt (= Kredit- und Geldmarkt)	für Konsum- und Investitionsgüter

Markttypen	
vollkommener Markt	**unvollkommener Markt**
= Modell, welches nicht der Realität entspricht	= wirklichkeitsnaher Markttyp

a) Notwendige Bedingungen des vollkommenen Marktes:

- Homogenität der Güter, d. h., die Güter müssen gleichartig sein
- jegliches Fehlen von Präferenzen:
  1. räumlicher Art (z. B. Standortvorteile einiger Anbieter)
  2. personeller Art (z. B. Beziehungen)
  3. zeitlicher Art (z. B. verschiedene Lieferzeiten und Geschäftszeiten)
- vollständige Markttransparenz für Anbieter/Nachfrager
- keine Zeitverzögerungen, also unendlich große Reaktionsgeschwindigkeiten der Anbieter und Nachfrager

b) Notwendige Bedingungen des unvollkommenen Marktes:

eine oder mehrere der oben genannten Bedingungen sind nicht vorhanden

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Marktformen sind gewisse Strukturen der Angebotsseite und Nachfrageseite, die die Anzahl der Marktteilnehmer betreffen.

Grundlegende Marktformen		
Monopol	**Oligopol**	**Polypol**
ein Marktteilnehmer gegenüber wenigen oder vielen Marktteilnehmern	wenige Marktteilnehmer gegenüber wenigen oder vielen Marktteilnehmern	viele Marktteilnehmer gegenüber vielen Marktteilnehmern (= vollständige Konkurrenz)

Beim **Monopol** ist das anbietende Unternehmen Alleinanbieter und somit konkurrenzlos. Es kann fast willkürlich die Verkaufspreise seiner Güter festsetzen (= Preisfixierer), sodass der Nachfrager nur durch eine Veränderung der Kaufmenge (= Mengenanpasser) den Preisschwankungen entgegenwirken kann.

Das **Oligopol** hat einen starken Konkurrenzkampf um die Marktanteile der wenigen Anbieter zur Folge. In der Preis- und Absatzpolitik sind die Unternehmen sehr voneinander abhängig, weil der Marktschwache sich in der Preisgestaltung dem Marktführer anpassen muss, um nicht sofort vom Markt verdrängt zu werden.

Vollständige Konkurrenz oder **Polypol** bedeutet, dass eine Preispolitik der Anbieter im eigentlichen Sinne nicht mehr möglich ist, da der Preis vom Markt vorgegeben wird. Das Unternehmen ist somit Preisnehmer und Mengenanpasser, d. h., es kann sich Marktanteile allein durch eine Erhöhung der Absatzmenge verschaffen.

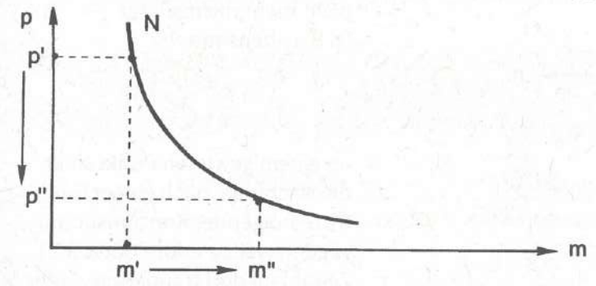
Folgende Darstellung zeigt die Kombinationsmöglichkeiten der Marktformen:

Nachfrager / Anbieter	einer	wenige	viele
einer	bilaterales Monopol (z. B. Bundesdruckerei)	beschränktes Angebotsmonopol (z. B. Spezialgerät für Kliniken)	Angebotsmonopol (z. B. OPEC)
wenige	beschränktes Nachfragemonopol (z. B. Rüstungsgüter)	bilaterales Oligopol (z. B. Flugzeugindustrie)	Angebotsoligopol (z. B. Mikrochip-Hersteller)
viele	Nachfragemonopol (z. B. Bundeswehr kauft Vorräte)	Nachfrageoligopol (z. B. Milchwirtschaft)	Polypol (z. B. Aktienkauf an der Börse)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.2 Die Nachfrageseite

Die normale Nachfragekurve der Haushalte verläuft degressiv (fallend). Sinkt der Preis eines Gutes von p' auf p", so steigt die nachgefragte Menge von m' auf m".

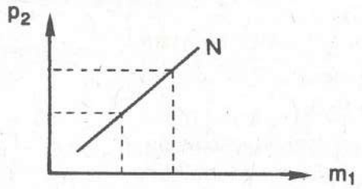


Die Nachfrage ist abhängig:

- vom Preis des Gutes (p_1)
- vom Preis anderer Güter (p_i)
- von der Konsumsumme (C) des betreffenden Haushalts
- von der Bedürfnisstruktur des Haushalts

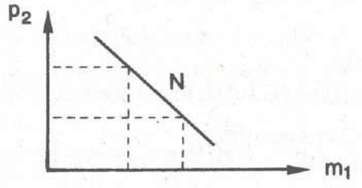
Nachfragekurve bei Spezialfällen:

a) Substitutionsgüter:



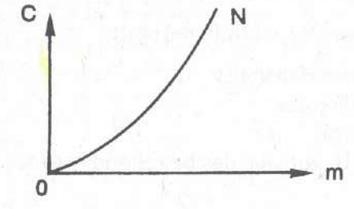
⇨ Steigt der Preis eines Gutes (p_2), so wird mehr von einem anderen Gut gekauft (m_1) (z. B. Butter – Margarine)

b) Komplementärgüter:



⇨ Steigt der Preis eines Gutes (p_2), so sinkt gleichzeitig auch der Konsum eines anderen Gutes, dargestellt durch die fallende Menge m_1 (z. B. Skier – Skistöcke)

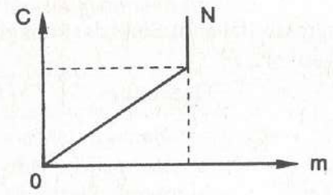
c) Nichtsättigungsgüter:



⇨ Normalfall, wie oben gezeigt, d. h., steigt die Konsumsumme (C) in Geldeinheiten des Haushalts, so steigt auch die Nachfrage nach diesen Gütern

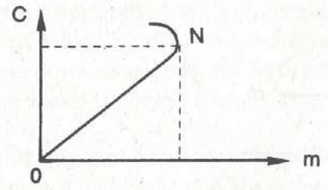
© u-form Verlag – Kopieren verboten!

d) Sättigungsgüter:



⇨ Ab einem gewissen Punkt wird trotz steigender Konsumsumme nicht mehr nachgefragt (z. B. Lebensmittel)

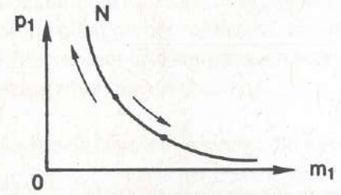
e) Inferiore Güter:



⇨ Ab einem gewissen Punkt sinkt die Nachfrage nach einem Gut trotz steigender Konsumsumme wieder, weil inferiore Güter im Zeitablauf durch superiore Güter ersetzt werden (z. B. Billigregal durch Designermöbel)

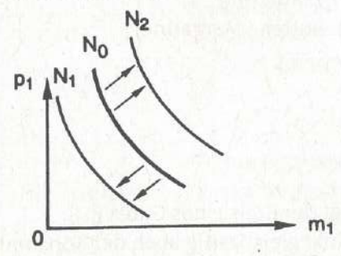
Veränderung der Nachfragekurve:

1. Bewegung entlang der Kurve



Ändert sich der Preis des Gutes, so findet eine Bewegung entlang der Nachfragekurve nach oben oder unten statt

2. Verschiebung der Kurve:



N_1 = Nachfragesenkung
N_2 = Nachfrageerhöhung

a) Eine Nachfrageerhöhung (Rechtsverschiebung) von N_0 auf N_2 findet statt:

- bei einer Steigerung der Konsumsumme (C) des Haushalts
- bei einer Preissenkung des Komplementärgutes
- bei einer Preissteigerung des Substitutionsgutes
- bei einem Anstieg der Anzahl von Nachfragern
- bei einer Änderung der Bedarfsstruktur zu Gunsten des Gutes (= Modewandel)

b) Eine Nachfragesenkung (Linksverschiebung) von N_0 auf N_1 findet statt:

- bei einer Senkung der Konsumsumme (C) des Haushalts
- bei einer Preissteigerung des Komplementärgutes
- bei einer Preissenkung des Substitutionsgutes
- bei einer Änderung der Bedarfsstruktur zu Ungunsten des betreffenden Gutes (= Modewandel)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.3 Elastizitäten

In einer Volkswirtschaft ist die Nachfragekurve nicht starr, sondern sie verändert sich für alle Güter stärker oder schwächer aufgrund von Aktionen und Reaktionen der Wirtschaftssubjekte. Zur Messung oder Berechnung der Veränderungen verwendet man die Elastizität.

Definition: Die **Elastizität** (EL) ist die Maßgröße für die Abhängigkeit zwischen wirtschaftlichen Größen. Sie setzt die relative Änderung einer Größe ins Verhältnis zu der sie verursachenden relativen Änderung einer anderen Größe.

$$\text{Also: Elastizität} = \frac{\text{prozentuale Änderung der beeinflussten Größe}}{\text{prozentuale Änderung der beeinflussenden Größe}}$$

Beispiele:

- Wie wirkt sich eine Preiserhöhung von 20 % für Bücher auf deren Absatzmenge aus?
- Wie wirkt sich eine Einkommensverbesserung von 10 % für die Haushalte auf deren Nachfragemenge an Kleidung aus?

Es werden drei Arten von Elastizitäten der Nachfrage unterschieden:

1. die Preiselastizität: EL (N)
2. die Kreuzpreiselastizität: EL (K)
3. die Einkommenselastizität: EL (Y)

1. Preiselastizität:

$$\text{EL (N)} = \frac{\text{prozentuale Mengenänderung des Gutes}}{\text{prozentuale Preisänderung des Gutes}}$$

⇨ Also das Verhältnis der relativen Änderung der mengenmäßigen Nachfrage nach einem Gut und der sie bewirkenden relativen Änderung des Preises dieses Gutes.

2. Kreuzpreiselastizität:

$$\text{EL (K)} = \frac{\text{prozentuale Mengenänderung des ersten Gutes}}{\text{prozentuale Preisänderung des zweiten Gutes}}$$

⇨ Also das Verhältnis zwischen der relativen Veränderung der mengenmäßigen Nachfrage nach einem Gut und der sie bewirkenden relativen Änderung des Preises eines anderen Gutes.

3. Einkommenselastizität:

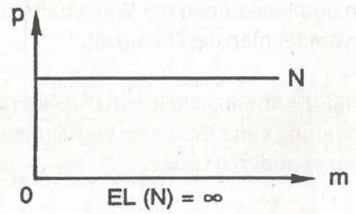
$$\text{EL (Y)} = \frac{\text{prozentuale Mengenänderung des Gutes}}{\text{prozentuale Einkommensänderung}}$$

⇨ Also das Verhältnis zwischen der relativen Veränderung der mengenmäßigen Nachfrage nach einem Gut und der sie bewirkenden relativen Änderung des Einkommens.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

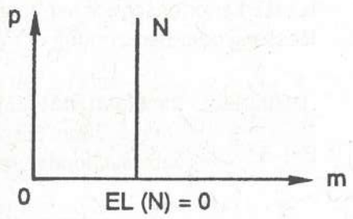
Anwendungsfälle:

a)



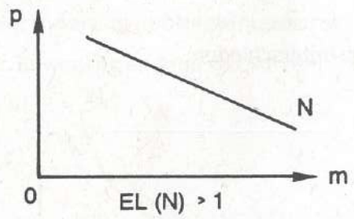
Die Nachfrage ist vollkommen elastisch.

b)

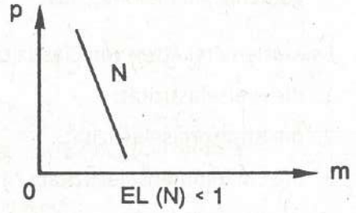


Die Nachfrage ist vollkommen unelastisch, da Preisänderungen absolut keine Wirkung auf die Absatzmenge zeigen.

c)



d)



Rechenbeispiel:

Die Preise für Zeitschriften steigen von 2,00 EUR auf 2,50 EUR; gleichzeitig steigt die Nachfrage von 1 000 auf 1 100 Stück. Wie hoch ist die Preiselastizität?

Rechenweg:

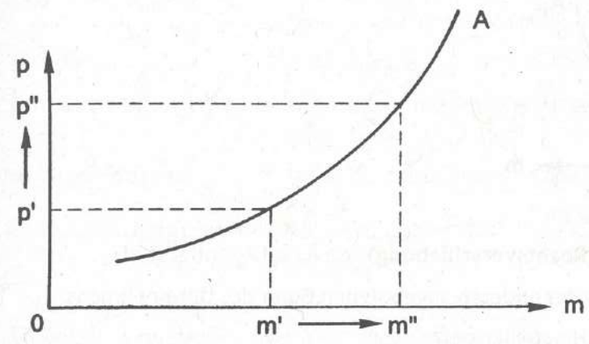
Nachfrageerhöhung von 1 000 auf 1 100 Stück ⇨ 10 %
Preissteigerung von 2,00 EUR auf 2,50 EUR ⇨ 25 %

$$EL\,(N) = \frac{10\,\%}{25\,\%} = 0{,}4$$

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.4 Die Angebotsseite

Die Angebotskurve der Unternehmen verläuft progressiv (steigend), d. h., steigt der Preis des Gutes von p' auf p", so wird mehr von diesem Gut angeboten (von m' auf m"), da mehr Gewinne erwartet werden.



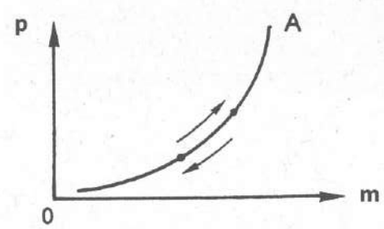
Das Angebot wird bestimmt durch:

- den Preis des angebotenen Gutes
- die Preise der übrigen Güter
- die Preiserwartungen und die Gewinnerwartungen
- die Kosten der Herstellung des Gutes
- das aktuelle Know-How der Fertigung

Merke: Der Anbieter wird sich auf die Herstellung des Gutes spezialisieren, welches den größten Stückgewinn gewährleistet.

Veränderung der Angebotskurve:

1. Bewegung entlang der Kurve:

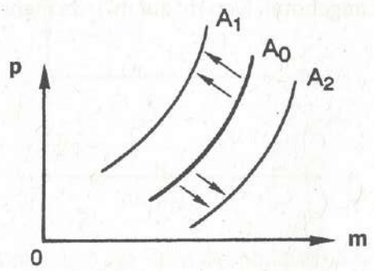


Ändert sich der Preis des Gutes, so findet eine Bewegung entlang der Angebotskurve nach oben oder unten statt.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

2. Verschiebung der Kurve:

A_1 = Angebotssenkung
A_2 = Angebotserhöhung



a) Eine Angebotserhöhung **(Rechtsverschiebung)** von A_0 auf A_2 findet statt:
- bei einer Preissenkung der anderen angebotenen Güter des Unternehmens
- bei einer Senkung der Herstellkosten (= Preissenkung der Produktionsfaktoren)
- bei einer Verbesserung des technischen Wissens
- bei Hinzutreten von zusätzlichen Anbietern
- bei Anstieg der Gewinnerwartung für das Gut

b) Eine Angebotssenkung **(Linksverschiebung)** von A_0 auf A_1 findet statt:
- bei einer Preissteigerung der anderen angebotenen Güter des Unternehmens
- bei einer Steigerung der Herstellkosten
- bei einer Verschlechterung des Know-Hows
- bei Ausscheiden von Anbietern vom Markt
- bei Sinken der Gewinnerwartung für das betreffende Gut

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.5 Kosten und Erlöse beim Wirtschaften

Um den Zusammenhang zwischen Kosten und Erlösen eindeutig darstellen zu können, folgen Definitionen einiger Fachbegriffe:

A) Kosten = wertmäßiger Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen zur Produktion

B) Erlös = wertmäßiges Ergebnis der Produktion

C) Kapazität = Leistungsvermögen einer Unternehmung innerhalb einer Wirtschaftsperiode

D) Beschäftigung = tatsächlich ausgenutzte Kapazität

E) Beschäftigungsgrad = Auslastungsgrad (%) = $\frac{\text{Beschäftigung} \cdot 100}{\text{optimale Kapazität}}$

Dabei gilt: Gesamtkosten = Fixe Kosten + Variable Kosten

Fixe Kosten → Kf → unabhängig von der Produktionsmenge (z. B. Miete)

Variable Kosten → Kv → abhängig von der Produktionsmenge (z. B. Rohstoffkosten)

Fixe Kosten und **variable Kosten** unterscheiden sich auch in der Fristigkeit, d. h., langfristig werden fixe Kosten zu variablen Kosten, da langfristig alle Kosten an die Beschäftigung angepasst werden können (z. B. ist die Miete langfristig ebenfalls variabel).

Stückkosten (k) = Durchschnittskosten = $\frac{\text{Gesamtkosten (K)}}{\text{Ausbringungsmenge (m)}}$

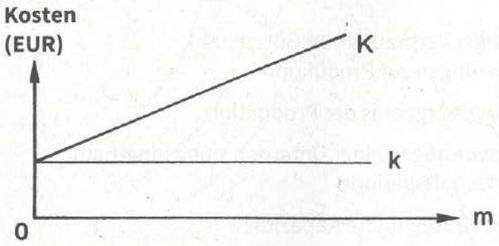
Exkurs:

Um Kosten zu sparen, gehen manche Unternehmen dazu über, sich zusammenzuschließen **(fusionieren)**. Die Marktmacht der Großen steigt dadurch ständig, der Wettbewerb leidet jedoch oft darunter. Fusionen bringen häufig Synergieeffekte, durch die Stellen gespart, also abgebaut werden können. Ein Teil der Personalkosten wird somit gesenkt. Allerdings muss die Kartellbehörde einer Fusion zustimmen.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

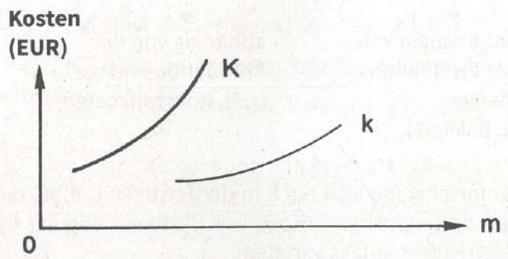
4.5.1 Die Formen des Kostenverhaltens

1. Kosten verändern sich im selben Maße wie die Ausbringungsmenge:



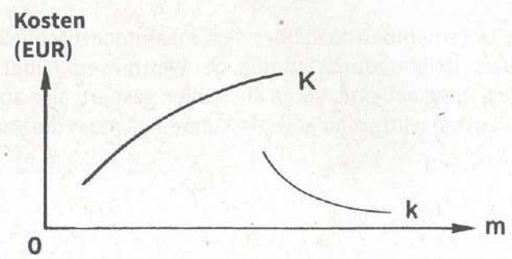
Gesamtkosten: proportional
Stückkosten: konstant

2. Kosten verändern sich in stärkerem Maße als die Ausbringungsmenge:



Gesamtkosten: überproportional
Stückkosten: progressiv

3. Kosten verändern sich in geringerem Maße als die Ausbringungsmenge:



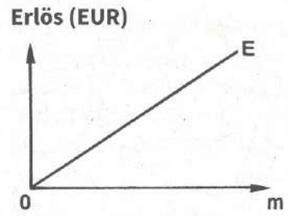
Gesamtkosten: unterproportional
Stückkosten: degressiv

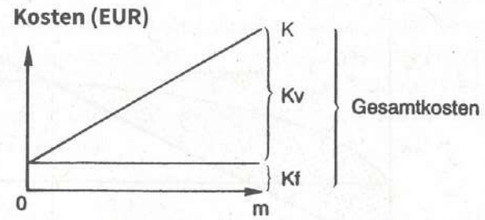
©u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.5.2 Kostenkurven

1. Linear:

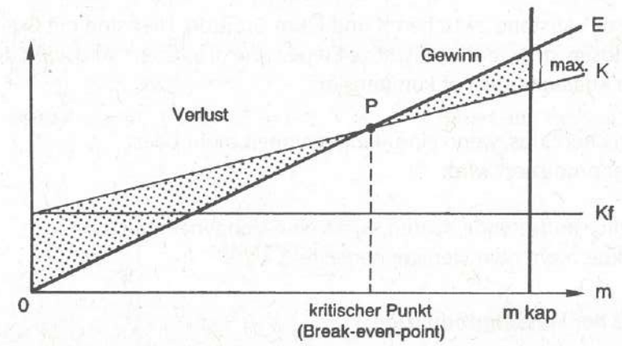
Die Erlöskurve und die Gesamtkostenkurve verlaufen linear:





Nun zeichnet man beide Kurven in ein Koordinatensystem und kann so den positiven oder negativen Gewinn bei verschiedenen Fertigungsstückzahlen bis zur Kapazitätsgrenze (m kap) ablesen.

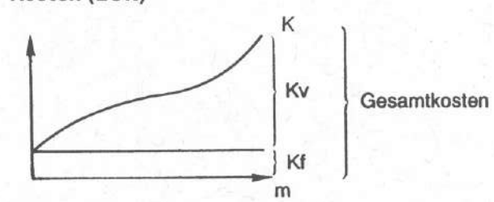
Kosten, Erlös (EUR)



Punkt P ist der kritische Punkt, d. h., „Break-even-Point". Ab hier übersteigen die Erlöse die Gesamtkosten, sodass ein Gewinn entsteht.

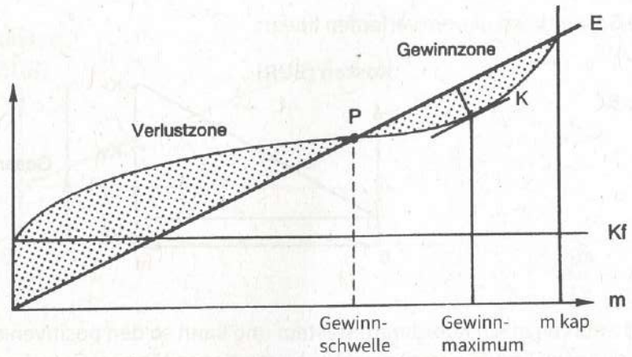
2. Gekrümmt:

Kosten (EUR)



Verläuft die Erlöskurve weiterhin linear und die Gesamtkostenkurve s-förmig, so erhält man dieses abgebildete Diagramm.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!



Gewinnmaximum = Größter Abstand zwischen K und E (Grenzkosten = Grenzerlöse)

Im **Gewinnmaximum** ist der Abstand zwischen K und E am Größten. Hier sind die Grenzkosten genau gleich den Grenzerlösen, d. h., jede zusätzliche Einheit, die produziert wird, wird durch den zusätzlichen Gewinn vom Kostenbetrag her kompensiert.

Grenzerlös = Zusätzlicher Erlös, wenn eine Mengeneinheit mehr oder weniger produziert wird.

Grenzkosten = Zusätzlich auftretende Kosten, wenn eine Mengeneinheit des Produktes mehr oder weniger hergestellt wird.

Das Blüchersche Gesetz der Massenproduktion:

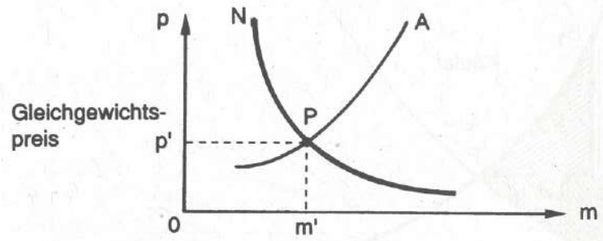
Die Gesamtkosten für eine bestimmte Ausbringungsmenge m, aber auch die Stückkosten (k) hängen von der produzierten Stückzahl ab. Mit wachsender Ausbringungsmenge sinken die anteiligen Stückkosten enorm ab, weil sich die fixen Kosten auf eine größere Stückzahl verteilen (= Fixkostendegression).

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.6 Preisbildung

4.6.1 Die Preisbildung auf dem vollkommenen Markt

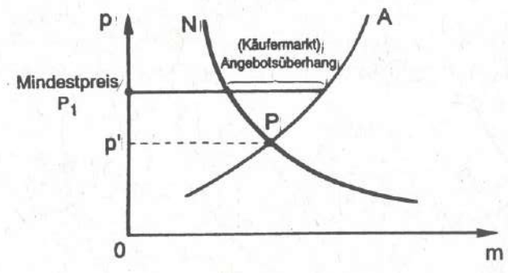
Auf dem Markt treffen Angebot und Nachfrage aufeinander, wobei sich zum Ausgleich der beiden Größen der „Preis" bildet. In diesem Punkt P wird zum herrschenden Preis p' das gesamte Angebot und die gesamte Nachfrage auf dem Markt ausgeglichen. Nachfrager, die weniger bezahlen wollen und Anbieter, die mehr Geld verlangen, kommen nicht zum Zuge. Die Entstehung des Gleichgewichtspreises wird im folgenden Diagramm dargestellt:



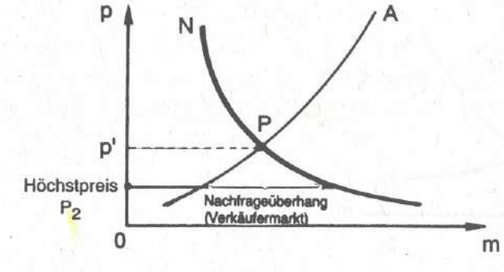
p' = Gleichgewichtspreis
m' = Gleichgewichtsmenge

Wird nun ein anderer Preis statt des **Gleichgewichtspreises** festgesetzt, so können zwei Situationen entstehen:

Käufermarkt, da sich durch den Angebotsüberhang der Käufer in der besseren Marktposition befindet.



Verkäufermarkt, da sich durch den Nachfrageüberhang der Verkäufer in der besseren Marktposition befindet.



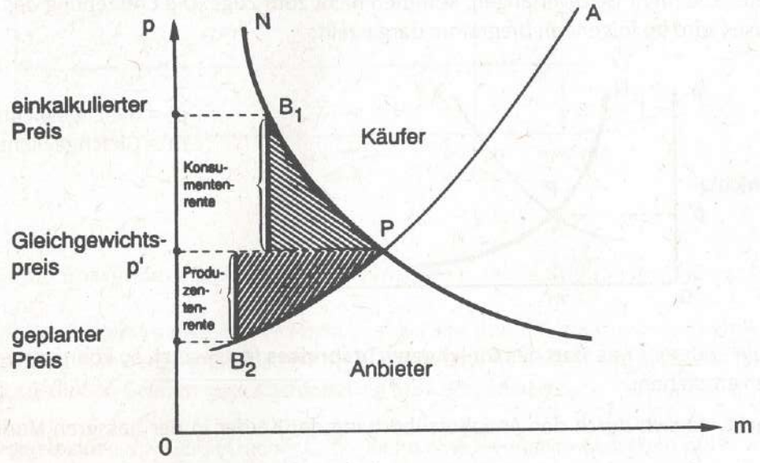
© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Definitionen:

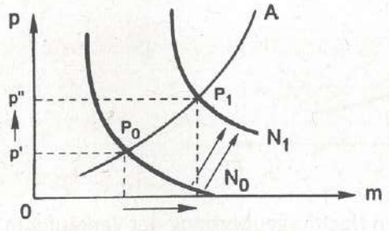
Konsumentenrente bezeichnet die Differenz zwischen gezahltem Preis (= Gleichgewichtspreis) und dem geplanten Preis, d. h. kalkuliertem Preis des Käufers.

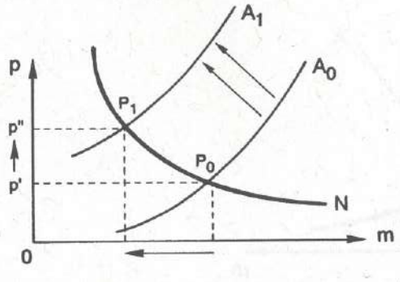
Produzentenrente ist die Differenz zwischen dem Gleichgewichtspreis (= realisierter Preis) und dem geplanten Preis des Anbieters.

Grafische Darstellung:



1. Preissteigerungen:

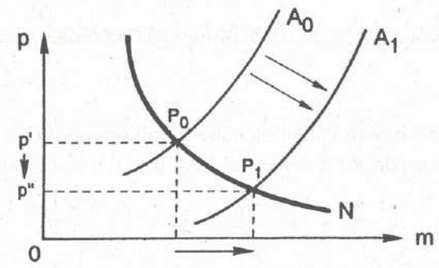


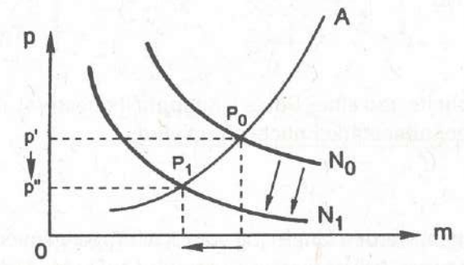


Steigt die Nachfrage von N_0 auf N_1 oder sinkt das Angebot von A_0 auf A_1, so entstehen neue Gleichgewichtspreise, die oberhalb des alten Gleichgewichtspreises liegen.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

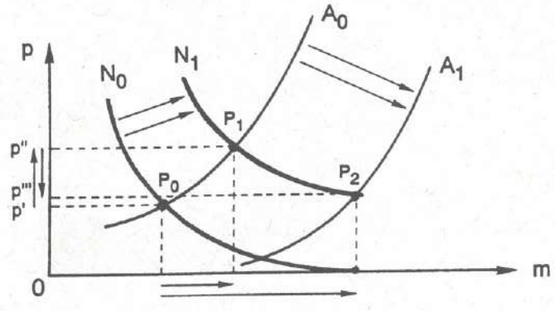
2. Preissenkungen:





Steigt das Angebot von A_0 auf A_1 oder sinkt die Nachfrage von N_0 auf N_1, so treten Preissenkungen auf, weil nun der neue Gleichgewichtspreis unterhalb des alten Gleichgewichtspreises liegt.

Diese Prozesse können auch miteinander verschachtelt werden, sodass die Wirkungen (Preissteigerung oder -senkung) sich manchmal gegeneinander aufheben:



In diesem Schaubild ist also zuerst der Preis von p' auf p'' gestiegen (durch die Nachfrageerhöhung), jedoch kurz danach auf p''' wieder gesunken (durch die Angebotserhöhung).

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.6.2 Marktpreisfunktionen

Der Marktpreis hat sowohl für den Anbieter als auch für den Nachfrager verschiedene Funktionen:

1. **Ausgleichsfunktion:**

   Der Marktpreis (Gleichgewichtspreis) schafft einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Der Markt distanziert dann die Anbieter, die zu teuer verkaufen, und die Nachfrager, die zu wenig bezahlen.

2. **Lenkungsfunktion:**

   Die Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) werden in die Wirtschaftsbereiche gelenkt, in denen die Nachfrage am höchsten ist.

3. **Signalfunktion:**

   Der Marktpreis signalisiert den Knappheitsgrad eines Gutes („Knappheitsmesser"), d. h., er ist Maßstab dafür, ob ein Gut weniger oder stärker nachgefragt wird.

4. **Ausschaltungsfunktion:**

   Anbieter, die überhöhte Preise verlangen, werden langfristig vom Nachfrager gemieden und damit vom Markt ausgeschaltet. Der teurere Anbieter eines Gutes wird auf lange Sicht bei vergleichbarem Service vom preisgünstigeren Anbieter verdrängt.

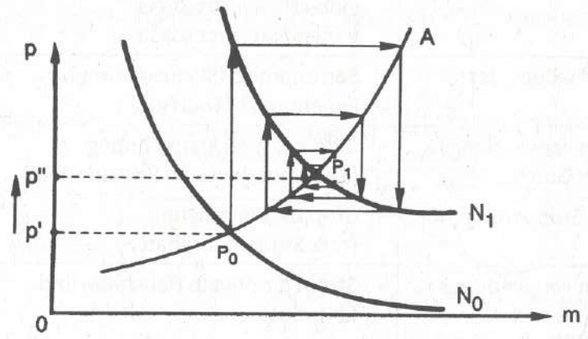
© u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.6.3 Die Preisbildung auf dem unvollkommenen Markt

1. Cobweb-Theorem („Spinnwebtheorem")

Fallgestaltung:

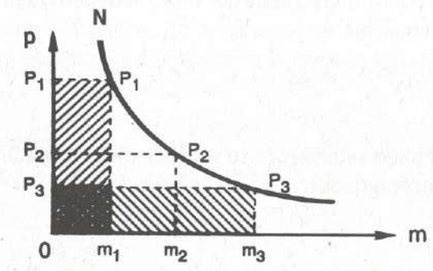
Die Anpassungsprozesse benötigen Zeit, d. h., das Angebot oder die Nachfrage reagiert verzögert.



Fazit:
Der Gleichgewichtspreis einer Nachfrageerhöhung kommt erst nach etlichen Schritten zustande.
(Preiserhöhung ⇨ Angebotserhöhung ⇨ Nachfrageerhöhung ⇨ Preiserhöhung ⇨ usw.)

2. Preisdifferenzierung

Auf dem unvollkommenen Markt kann ein Anbieter von verschiedenen Kundengruppen für ein Produkt unterschiedliche Preise verlangen, um seinen Erlös zu steigern. Der Anbieter nimmt dann eine Marktspaltung, d. h. eine Bildung von Teilmärkten, vor.



z. B. p_1/m_1: Ein hoher Preis mit geringer Absatzmenge (Luxusartikel)

z. B. p_3/m_3: Ein niedriger Preis mit hoher Absatzmenge (Massenartikel)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Man unterscheidet räumliche, zeitliche, persönliche, sachliche und verdeckte Preisdifferenzierung.

Arten	Kriterien	Beispiele
räumliche	räumliche Verteilung der Nachfrage	– Inland <–> Ausland (Dumpingpreise) – Zonenpreise (Benzin) – einheitlicher Ortspreis – Verkauf ab Frachtbasis
zeitliche	zeitliche Verteilung der Nachfrage	– Saisonpreise (Skiausrüstung) – Ferienpreise (Touristik)
persönliche	– nach dem Verwendungszweck des Gutes – nach der Gruppenzugehörigkeit	– differenzierte Arztrechnung (Kassenpatient und Privatpatient) – Gruppenermäßigung (z. B. Studentenrabatt)
sachliche	– nach dem Verwendungszweck des Gutes – nach der gekauften Menge – nach der Produktgestaltung (vgl. Produktdifferenzierung)	– Strom für private Haushalte und für Industrie – Staffelrabatte und Großabnehmertarife – Deutsche Bahn AG (1./2. Klasse) – Preise für Standard- und Luxusmodelle (Taschenbuch / gebundenes Buch)
verdeckte	Vortäuschen von Produktunterschieden	– andere Etikettierungen – andere Farbgestaltungen

Oft werden Produkt- und Preisdifferenzierungen untereinander verbunden. Von einer Preisdifferenzierung kann man solange sprechen, wie die Preisunterschiede der verschiedenen Qualitätsstufen größer sind als die jeweiligen Kostenunterschiede:

Erklärungen:

Preisbindung der 2. Hand:

Der Hersteller schreibt dem Händler die Endverbraucherpreise vor (Beispiel: verbindliche Preisempfehlung – gilt nur noch für Druckerzeugnisse).

Preisdiskriminierung:

Ortsnahe Verbraucher zahlen den gleichen Preis wie entfernte Konsumenten. Die Transportkosten werden trotzdem auf alle Verbraucher umgelegt (Beispiel: Verkauf von Zeitungen und Lese-Journalen).

Frachtbasis:

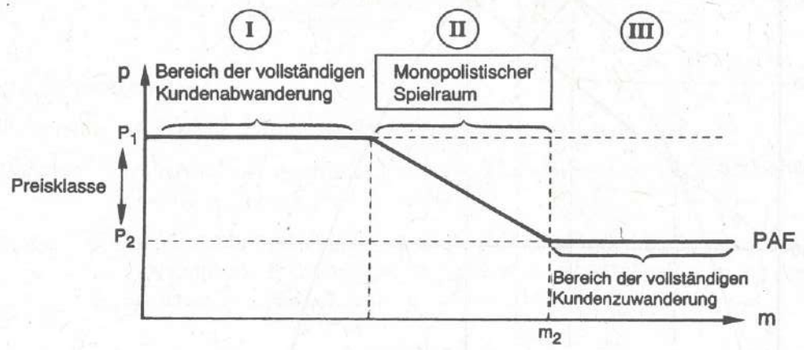
Fiktiver Versandort, von dem die Frachtkosten berechnet werden, egal von welchem Ort geliefert wird (Beispiel: Stahlindustrie – Frachtbasis Oberhausen und Siegen).

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

3. Monopolistischer Absatzbereich

Auch bei polypolistischer Nachfrage gibt es für den Anbieter oft einen gewissen Spielraum, in dem er sich einen monopolistischen Absatzbereich schaffen kann, d. h. eine gewisse Preisklasse, in der er sich als Monopolist verhalten kann, ohne dass ihm Nachfrage verloren geht.

Definition: Die **Preis-Absatz-Funktion** (PAF) ist sowohl die Nachfragekurve aus der Sicht des Anbieters als auch die Preiskurve des Angebots.



Die Entwicklung der Kosten wurde bei dieser Grafik außer Acht gelassen.

Bereich I:

Der Preis ist für die Nachfrager zu hoch, weshalb sie den Anbieter wechseln.

Bereich II:

Innerhalb dieses Bereichs kann der Anbieter seinen Verkaufspreis frei wählen, ohne dass ihm eine große Anzahl von Kunden verloren geht.

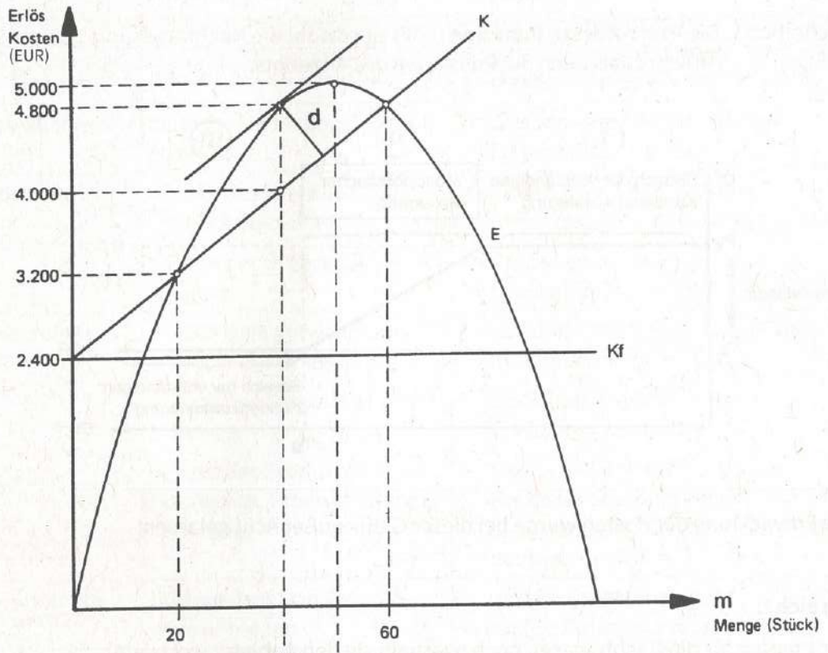
Bereich III:

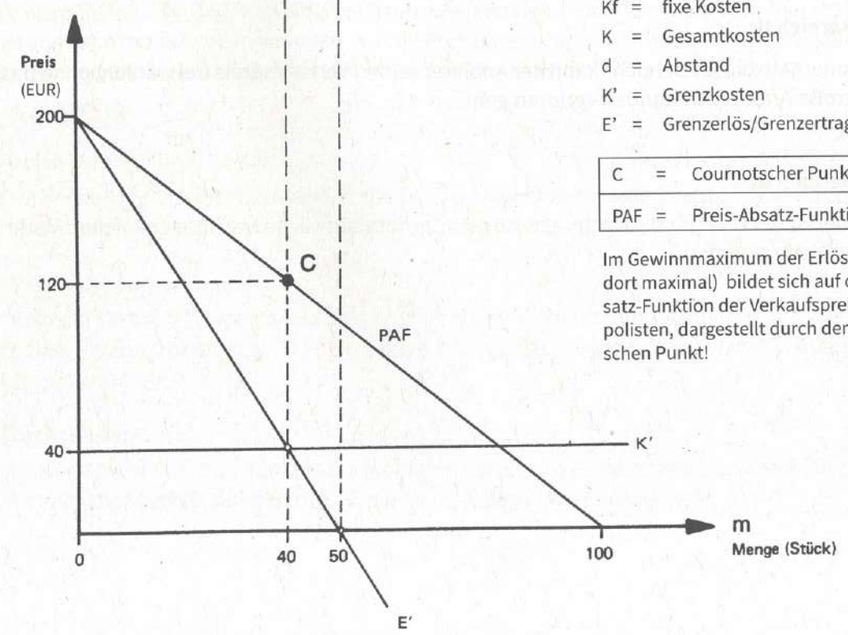
Hier ist der Preis für die Nachfrager so niedrig, dass sämtliche Nachfrager auf dem Markt zu diesem Anbieter strömen.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

4. Monopolpreisbildung

Um die Preisbildung eines Angebotsmonopolisten zu erklären, stellt man eine Gesamt- und Stückbetrachtung der Kosten- und Erlössituation dieses Anbieters in zwei zusammenhängenden Zeichnungen dar.





E = Erlös
Kf = fixe Kosten
K = Gesamtkosten
d = Abstand
K' = Grenzkosten
E' = Grenzerlös/Grenzertrag

C	= Cournotscher Punkt
PAF	= Preis-Absatz-Funktion

Im Gewinnmaximum der Erlöskurve (d ist dort maximal) bildet sich auf der Preis-Absatz-Funktion der Verkaufspreis des Monopolisten, dargestellt durch den Cournotschen Punkt!

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.6.4 Die staatliche Preisbildung

Staatliche Preispolitik		
Höchstpreispolitik	**Festpreispolitik**	**Mindestpreispolitik**
soll dem Schutz des Verbrauchers dienen	unter Gleichgewichtspreis: vgl. Höchstpreis über Gleichgewichtspreis: vgl. Mindestpreis	soll dem Schutz des Anbieters dienen

Höchstpreispolitik

Beispiel: Mieterschutz durch Mietpreisbindung bei Sozialwohnungen

Vorgang: Mieten werden nach staatlich vorgeschriebenen Kalkulationsschemata berechnet (nicht kostendeckend)

Folge: Angebotslücke; Verlangen einer „Sozialberechtigungsbescheinigung"; Staat rationiert; Entstehen von „Schwarzmärkten"; Fehlbelegung von Sozialwohnungen

Mindestpreispolitik

Beispiel: Landwirtschaft

Vorgang: Staat kauft diese Güter zum Interventionspreis durch EU-Behörden auf (zum Mindestpreis)

Folge: Überschussproduktion; Staat kauft auf; Einlagerung und Umformung der Ware auf Kosten der Allgemeinheit; Vernichtung oder Verkauf der Ware auf dem Weltmarkt zum niedrigeren Preis

dann: Flächenstilllegungsprämien; Abschlachtungsprämien; Entstehung von „Grauen Märkten"; Tendenz zum Großbetrieb

Andere staatliche Maßnahmen zur Beeinflussung des Marktgeschehens:

- Einfuhrzölle auf importierte Waren
- Förderung des Exports durch Steuervergünstigungen
- Transferzahlungen an Nachfrager und Anbieter (z. B. Kindergeld, Flächenstilllegungsprämien)
- Einfuhrverbote für bestimmte Warengruppen

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

4.7 Die Konzentration in der Wirtschaft

Unternehmen, die sich zusammenschließen, verfolgen damit meist die folgenden Hauptziele:

- Förderung gemeinsamer Interessen (z. B. gemeinsame Forschung und Entwicklung)
- Rationalisierung der Produktion
- Streben nach mehr Markteinfluss
- Kostensenkung

Arten von Unternehmenszusammenschlüssen		
nach der Produktionsstufe	**Bindung ohne Kapitalbeteiligung**	**Bindung durch Kapitalbeteiligung**
– horizontal – vertikal – diagonal	– Fachverband – Kartell – Syndikat	– Kapitalbeteiligung bis hin zur Übernahme (freundlich/feindlich) – Konzern – Fusion

Erklärungen:

1. **horizontal** = Zusammenschluss von Unternehmen gleicher Produktionsstufen (z. B. Stahlwerk I + Stahlwerk II)

   vertikal = Zusammenschluss von Unternehmen nachgelagerter Produktionsstufen (z. B. Stahlwerk + Hüttenwerk + Stahlhandel + Schlosserei)

   diagonal = Zusammenschluss von Unternehmen verschiedener Produktionsstufen (z. B. Stahlwerk + Textilfabrik + Kaufhaus + Tankstelle)

2. Fachverband

Dieses ist eine Verbindung von Unternehmen in lockerer Form, damit die Mitglieder fachlich beraten und nach außen hin vertreten werden. Die Unternehmen behalten ihre rechtliche und wirtschaftliche Selbstständigkeit.

3. Kartell

Dieses ist ein Zusammenschluss von Unternehmen durch Kartellvertrag bei Erhalt der rechtlichen und Verzicht auf Teile der wirtschaftlichen Selbstständigkeit.

a) **Verboten sind** nach GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die den Wettbewerb deutschland- bzw. europaweit einschränken.

   Beispiel: sog. Hardcore-Vereinbarungen: Preis-, Quoten-, Kunden- oder Gebietsabsprachen, da sie den Wettbewerb gänzlich ausschließen.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

b) **„Freigestellt vom Verbot"** sind Vereinbarungen, die

- den Verbraucher an dem entstehenden Gewinn angemessen beteiligen,
- die Warenerzeugung oder -verteilung verbessern,
- den technischen oder wirtschaftlichen Fortschritt fördern,

vorausgesetzt, sie schalten den Wettbewerb für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren nicht aus.

Nach deutschem Recht freigestellt sind unter bestimmten Voraussetzungen die sog. Mittelstandskartelle. Damit sind u. a. Einkaufs-, Forschungs- und Spezialisierungsvereinbarungen oder die zwischenbetriebliche Zusammenarbeit bei der Rationalisierung wirtschaftlicher Vorgänge zwischen Unternehmen gemeint, wenn sie den unter b) genannten Nutzen bringen bzw. ihre Vereinbarungen die Wettbewerbsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen verbessern.

c) **Missbrauchskontrolle. Eine sog. Freistellung vom Kartellverbot bedarf keiner ausdrücklichen Erlaubnis**, sondern erfolgt kraft Gesetz, wenn die im GWB genannten Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Es handelt sich dabei um das sog. System der Legalausnahme, d. h. dass die Unternehmen in allen Fällen selbst prüfen müssen, ob ihr Verhalten kartellrechtlich zulässig ist. Die aufsichtsführenden Kartellbehörden (Landes- oder Bundeskartellamt bzw. EU-Kommission) kontrollieren die Einhaltung des Kartellverbots und befinden bei Verstößen sowohl über die Bußgeldhöhe als auch über die Schadensersatzleistung zugunsten der geschädigten Wettbewerber und Abnehmer.

4. Syndikat

Das Syndikat (genehmigungspflichtig) ist eine spezielle Form des Kartells. Es bildet für die angeschlossenen Unternehmen durch Vertrag eine zentrale Verkaufsorganisation und ist somit ein Quasi-Dienstleistungsunternehmen. Dadurch findet eine eigene Absatzpolitik des einzelnen Unternehmens nicht mehr statt.

5. Kapitalbeteiligung

Diese Form des Zusammenschlusses stellt eine Vorstufe des Konzerns dar. Hier bildet sich durch finanzielle Beteiligung an produktionstechnisch verwandten Betrieben eine Mutter- und eine Tochtergesellschaft (auch Unterordnungskonzern genannt). Bei Übernahme von 25 % des Aktienpakets hat die Muttergesellschaft eine Sperrminorität bei Entschlüssen, wogegen bei 75 % des Gesamtaktienpakets der Einfluss der Muttergesellschaft auf die Tochtergesellschaft vollständig ist. Die Übernahme von 50 % der Aktien anderer Unternehmen kann freundlich oder feindlich geschehen.

6. Konzern

Diese Unternehmenskonzentration fasst mehrere wirtschaftsverwandte Betriebe mit Verlust der wirtschaftlichen und Erhalt der rechtlichen Selbstständigkeit meist unter einheitlicher Leitung zusammen.

a) Gleichordnungskonzerne (Schwestergesellschaften) entstehen beim gegenseitigen Austausch von Aktien der beteiligten Unternehmen.

b) Eine **Holding-Gesellschaft** entsteht, wenn die Mehrheit der Aktien an eine Dachgesellschaft übertragen wird. Diese gibt dann eigene Aktien aus, wodurch ohne eigene Produktionsbeteiligung ein kapitalmäßiges Beherrschen aller Konzernmitglieder stattfindet.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

7. Fusion

Hier verschmelzen durch Fusion (Trust) unter Aufgabe ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit mehrere Unternehmen zu einer neuen Firma. Um eine marktbeherrschende Stellung von fusionierten Unternehmen zu verhindern, muss diese Art des Zusammenschlusses dem Kartellamt angezeigt werden,

- wenn eines oder alle beteiligten Unternehmen gemeinsam einen weltweiten Gesamtjahresumsatz von 500 Mio. EUR erzielen und
- wenn ein Marktanteil von 20 % in dieser Branche erreicht würde.

Jedoch hat bei einem möglichen Verbot der Fusion (des Trusts) durch die Kartellbehörde der Bundesminster für Wirtschaft das Recht, durch eine **Ministererlaubnis** die Fusion doch zu genehmigen.

Auswirkungen der Unternehmenszusammenschlüsse:

- Es entsteht eine große Nachfragemacht gegenüber Lieferanten.
- Konkurrenten könnten durch Preisunterbietungen, Liefer- und Bezugssperren vom Markt verdrängt werden (dieser Behinderungsmissbrauch soll weiter eingeschränkt werden).
- Der Endverbraucher muss eventuell zu hohe Preise für die Güter zahlen, da Unternehmenszusammenschlüsse oft eine monopolartige Stellung in der Gesamtwirtschaft haben (dieser Ausbeutungsmissbrauch soll durch das GWB vermieden werden).

Beurteilung der Unternehmenskonzentration

Pro	Kontra
– Kostensenkung	– Ausschaltung des Wettbewerbs
– leichtere Finanzierung	– überhöhte Preise möglich
– technischer Fortschritt	– Machtmissbrauch
– Minderung des Risikos	– eventuell zu hohe finanzielle Unterstützung durch den Staat in Krisenfällen
– mögliche Sicherung von Arbeitsplätzen	
– wettbewerbsfähig gegenüber dem Ausland	

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

5.1 Das Geld

Geld ist ein abstraktes Wertversprechen allgemeiner Wertung. Es hat Kaufkraft und Kaufmacht. Geld muss allgemein anerkannt, teilbar, homogen, transportierbar, lagerfähig und gegen Fälschungen gesichert sein.

Bei der Entstehung und Weiterentwicklung der Wirtschaft hat das Geld eine wesentliche Rolle gespielt. Bei den frühen Wirtschaftsformen (Natural-Eigenwirtschaft und Natural-Tauschwirtschaft) trat es noch nicht in Erscheinung, war aber dann für den Übergang in die Warengeld- und später in die Geldwirtschaft verantwortlich.

Aus diesen Epochen bildeten sich einige **Erscheinungsformen** des Geldes heraus:

- Warengeld: z. B. Muscheln, Zucker, Vieh, Tee, Perlen
- Symbolgeld: bildhafte Darstellungen als Verkleinerungen der o. g. Zwischentauschgüter
- Metallgeld: z. B. Gold, Silber, Kupfer (Wägegeld/Prägegeld)
- Papiergeld: Anweisung, dem Überbringer Münzgeld auszuhändigen (Banknoten)
- Münzgeld: geformte Metallstücke mit garantiertem Wert
  a) **Kurantmünzen** sind vollwertig ausgeprägt, d. h. Metallwert = Nennwert
  b) **Scheidemünzen** sind unterwertig ausgeprägt, d. h. Metallwert < Nennwert
- Bargeld: Münzen und Banknoten
- Buchgeld: Geld des bargeldlosen Zahlungsverkehrs (Giralgeld)
- Kartengeld: Kredit- oder Kundenkarten verschiedener Banken und Unternehmen („Plastikgeld")
- „Regiogeld": gilt nur in Geschäften einer bestimmten Region (z.B. Chiemgauer aus Bayern, Urstrom Taler aus Sachsen-Anhalt, ZELLER aus Zell/Mosel)
- Geldersatzmittel: z. B. Wechsel und Schecks

Geld muss folgende **Funktionen** erfüllen:

1. Tausch- und Zahlungsmittel
2. Wertübertragungsmittel
3. Wertmesser, Wertmaßstab oder Recheneinheit
4. Wertaufbewahrungsmittel

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

5.2 Die Währung

Als Währung bezeichnet man die Geldverfassung eines Landes. Währungssysteme gibt es folgende:

Währungssysteme	
gebunden	**frei manipulierbar**
(z. B. Goldwährung)	(z. B. Papierwährung, Euro)
– Begrenzung an ein **knappes Gut**	– keine Bindung an ein knappes Gut
– es gibt **Deckungsvorschriften**	– **keine Deckungsvorschriften** für den Geldumlauf
– es besteht die Gefahr einer **Deflation**	– es besteht die Gefahr einer **Inflation**

1. **monometallistisch** (z. B. nur Gold oder Silber)
   a) Goldumlaufwährung
   b) Gold-Devisen-Währung
   c) Goldkernwährung
2. **bimetallistisch** (z. B. Gold und Silber)

Die Europäische Zentralbank (EZB):

Die Hauptaufgabe der **Europäischen Zentralbank (EZB)** in Frankfurt am Main besteht in der Sicherung der Preisstabilität innerhalb des Euro-Währungsgebietes. Beschlussorgane der EZB sind der EZB-Rat und das Direktorium. Der EZB-Rat bestimmt vor allem die Geldpolitik der Gemeinschaft; er entscheidet über die Höhe der Leitzinsen, die Bereitstellung von Zentralbankgeld und die Festlegung von Geldmengenzielen. Die unabhängige EZB wird von einem Direktorium verwaltet, dessen Mitglieder einmal für acht Jahre ernannt werden.

Das **Europäische System der Zentralbanken (ESZB)** besteht aus der Europäischen Zentralbank sowie den nationalen Zentralbanken aller 27 EU-Mitgliedsstaaten, unabhängig davon, ob diese den Euro als Währung haben. Als Teileinheit des ESZB gibt es daher noch das **Eurosystem**, das aus den 21 bisher dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Staaten gebildet wird.

Um der Europäischen Währungsunion beitreten und den Euro einführen zu können, muss ein EU-Land sogenannte EU-Konvergenzkriterien (= Maastricht-Kriterien) erfüllen:

a) **Preisstabilität** – keine hohe Inflationsrate
b) **Haushaltsdisziplin** – staatliche Neuverschuldung darf nicht höher als 3 %, insgesamt die Staatsschuld nicht höher als 60 % des BIPs sein
c) **Konvergenz der Zinssätze** – keine langfristig hohen Nominalzinssätze
d) **Wechselkursstabilität** – mindestens 2 Jahre

Nach Einführung des Euro in einem EU-Land gilt nur noch das zweite EU-Konvergenzkriterium.

Das ESZB legt die gemeinsame Währungspolitik fest und setzt sie um.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Aufgaben der Deutschen Bundesbank:

Die Deutsche Bundesbank ist als Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken. Sie wirkt an der Erfüllung seiner Aufgaben mit dem vorrangigen Ziel mit, die Preisstabilität zu gewährleisten, und sorgt für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland.

5.3 Die Geldmenge

Zur besseren Darstellungsweise der verschiedenen **Geldmengendefinitionen** müssen vorher noch einige Begriffe erläutert werden:

Bankensektor		Nichtbanken
Zentralbank	**Geschäftsbanken**	
= Deutsche Bundesbank mit den Landeszentralbanken	= Banken und Kreditinstitute (z. B. Sparkasse, Privatbanken, Bausparkassen, Postbank, Volksbanken usw.)	= öffentliche und private Haushalte und Unternehmen, die nicht zum Bankensektor gezählt werden

Geschäftsbanken erhalten fremdes Geldkapital durch **Einlagen** von Kunden.

Sichteinlagen	Termineinlagen	Spareinlagen
= täglich fällige Guthaben ohne Kündigungsfrist (z. B. Guthaben auf Girokonten)	= befristete Guthaben, angelegt zu einem vereinbarten Zinssatz (z. B. Festgelder zu 3 Monaten)	= unbefristete Guthaben zumeist von privaten Anlegern (z. B. Sparbuch)

Durch die Mindestreserveverpflichtung der EZB sind die Geschäftsbanken verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Kundeneinlagen bei der Europäischen Zentralbank zu hinterlegen. Um Wettbewerbsnachteile für Banken auszugleichen, erhalten diese Zinsen in Höhe des Leitzinses.

Das Geschäfts- und Zentralbankengeld bestimmt das **Geldangebot** der Volkswirtschaft, wogegen die **Geldnachfrage** vom Verhalten der Nichtbanken (durch Halten einer Kassenreserve oder Sichtguthaben) abhängt.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Die **Geldmenge M_1** ist definiert als die Summe des gesamten Bargeldumlaufs im Nichtbankensektor und der gesamten Sichteinlagen der Nichtbanken (ohne die Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte).

Aus M_1 lassen sich noch die Geldmengen M_2 und M_3 ableiten.

Erläuterung:

M_1 = gesamter Bargeldumlauf und Sichteinlagen der Nichtbanken

M_2 = M_1 + Einlagen mit Laufzeit bis 2 Jahren und Einlagen mit Kündigungsfrist bis 3 Monaten

M_3 = M_1 + M_2 + Anteile an Geldmarktfonds, Geldmarktpapieren etc. mit Laufzeit bis 2 Jahren

Die Geldmenge ist keine starre Größe, sondern verändert sich ständig dadurch, dass Nichtbanken durch verschiedene Transaktionen über mehr oder weniger Geld verfügen und somit eine **Geldschöpfung** oder **Geldvernichtung** bewirken.

1. **Geldschöpfung**

   Beispiel: Gewährt eine Bank einem Kunden einen Kredit in Bargeld, so erhöht sich die umlaufende Geldmenge. Die Verbindlichkeit des Kunden wird nämlich nur im Soll der Geschäftsbank als Forderung verbucht, während tatsächlich Münzen oder Banknoten in die Wirtschaft gelangen.

2. **Geldvernichtung**

   Beispiel: Ein Kunde zahlt bei einer Geschäftsbank bar auf sein Sparkonto ein. D. h., Geld wird dem Wirtschaftskreislauf entzogen und fließt in den Geschäftsbankensektor.

5.4 Der Binnenwert des Geldes

Unter dem Binnenwert des Geldes versteht man die **Kaufkraft des Geldes**, die anzeigt, welche Gütermenge für eine bestimmte Geldeinheit gekauft werden kann (⇨ Realwert).

Dabei unterscheidet man

a) den **Realwert**: Gütermenge für 1 Geldeinheit (GE)

b) und den **Nominalwert**: aufgedruckter Geldbetrag

Zwischen Güter- und Geldmenge beim Kauf bestehen gewisse Zusammenhänge. Bei jedem Kauf entspricht die ausgegebene Geldmenge der Gütermenge, multipliziert mit den jeweiligen Preisen. Der Ökonom J. Fisher hat dieses in seiner Verkehrsgleichung deutlich gemacht.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Fishersche Verkehrsgleichung:

Geldmenge * Umlaufgeschwindigkeit des Geldes = Handelsvolumen * Preisniveau

(Bargeld/ Buchgeld) — (Menge aller umgesetzten Güter in einer Periode) — (durchschnittlicher Preis der Güter)

Kurzform: G * U = H * P

G * U = Geldseite (Kauf)
H * P = Güterseite (Verkauf)

Umgestellt nach P ergibt sich folgende Gleichung:

$$P = \frac{G * U}{H}$$

d. h., die Preise einer Volkswirtschaft hängen ab von der Geldmenge, der Umlaufgeschwindigkeit und dem Handelsvolumen.

Preisindex der Lebenshaltung:

Verändern sich die Güterpreise, so steigt oder sinkt auch die Kaufkraft des Geldes. Um dieses so genau wie möglich zu erfassen, berechnet das Statistische Bundesamt die Änderungen der Preise von einem Berichtsjahr zu einem Basisjahr (zurzeit: 2020) eines ausgewählten Haushaltes anhand des **Warenkorbs**.

Der **Warenkorb** ist ein typisches Gütersortiment eines ausgewählten Haushaltes (z. B. bestimmte Nahrungsmittel, Wohnung, Verkehr, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, Gesundheit, Bekleidung usw.). Das Gütersortiment wird durch eine Verbrauchsbefragung bei rund 60.000 ausgewählten privaten Haushalten ermittelt. Insgesamt werden hier ca. 700 verschiedene Güter zusammengetragen.

Ausgewählte Haushalte sind bestimmte „Indexfamilien", wie z. B.

- 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte
- Rentnerhaushalte usw.

Im Warenkorb gewichtet man die Güter gemäß ihrer Bedeutung und bewertet sie im Basisjahr als Index mit 100 %. Nach mehreren Jahren (i. d. R. 5 Jahren) muss der Warenkorb aktualisiert werden, weil sich normalerweise die Verbrauchsstruktur und das Qualtitätsbewusstsein der Konsumenten ändert. Dann werden neue Güter hinzugerechnet, alte fallen heraus und werden nicht mehr beachtet.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Beispiel:

1 Warenkorb mit 4 Gütern					
Gut	Gewichtung, d. h., wie oft wird gekauft (q_0)	Preis je Stück im Basisjahr (p_0)	Preis je Stück im Berichtsjahr (p_1)	Wert des Warenkorbs im Basisjahr ($p_0 \cdot q_0$)	Wert des Warenkorbs im Berichtsjahr ($p_1 \cdot q_0$)
A	1	16,00	15,50	16,00	15,50
B	4	4,50	5,25	18,00	21,00
C	3	7,00	7,50	21,00	22,50
D	5	1,50	2,00	7,50	10,00
Summe Ausgaben (Angaben in EUR)				62,50	69,00

Warenkorb

Preisniveau:	Kaufkraft:
$p = \frac{p_1 \cdot q_0}{p_0 \cdot q_0} \cdot 100$	$k = \frac{1}{\text{Preisniveau}}$

Anhand der Ausgabensummen und der beiden o. g. Formeln kann man den Index des Berichtsjahres berechnen:

Jahr	Basisjahr (2020)	Berichtsjahr
Preisindex (%)	100,0	110,4
Kaufkraft (%)	100,0	90,6

D. h., im Berichtsjahr sind die Preise gegenüber dem Basisjahr um durchschnittlich 10,4 % gestiegen.

Bei der Erstellung des Warenkorbs treten allerdings Probleme auf:

- keine Erfassung der Preiserhöhungen aufgrund von Qualitätsverbesserungen
- der Warenkorb veraltet schnell und gibt dann nicht mehr die aktuelle Verbrauchsstruktur der Konsumenten wieder
- die zur Indexberechnung ausgewählten Haushalte sind vielleicht nicht repräsentativ für die gesamte Volkswirtschaft.

Fazit: Trotz der angedeuteten Schwächen ist der Warenkorb ein brauchbares Messinstrument für die Kaufkraft einer Währung.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Ähnliche Berechnungen werden beim Vergleich von Real- und Nominaleinkommen angestellt. Dabei ist das Realeinkommen die Menge von Konsumgütern, die mit einem bestimmten Nominaleinkommen gekauft werden kann. Es gilt die Formel:

$$\text{Realeinkommen} = \frac{\text{Nominaleinkommen}}{\text{Preisniveau der Konsumgüter}}$$

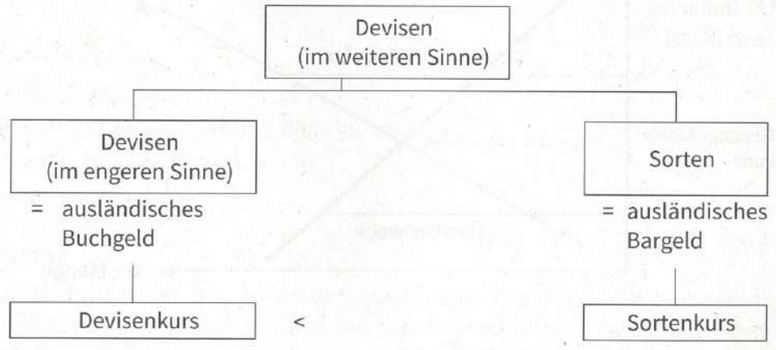
$$\left(\text{ME} = \frac{\text{GE}}{\text{GE/ME}} \right)$$

Das Realeinkommen wird in Mengeneinheiten (ME) ausgedrückt, weil sich die Geldeinheiten (GE) des Nominaleinkommens gegen die des Preisniveaus im Bruch kürzen.

5.5 Der Außenwert des Geldes

Der Außenwert des Geldes eines Landes ergibt sich aus dem Devisenangebot und der Devisennachfrage beim Außenhandel.

Devisen sind Zahlungsmittel in ausländischer Währung.



Als **Devisenkurs** bezeichnet man den an der Börse ermittelten Kurs für Devisen. Die Banken berechnen ihren Kunden beim Kauf von Devisen den (höheren) Briefkurs, bei Verkaufsaufträgen den (niedrigeren) Geldkurs.

Das Angebot an Devisen wird vor allem durch die Ausfuhr (Export) von Gütern/Dienstleistungen sowie durch die Einfuhr von Kapital bestimmt, die Nachfrage nach Devisen hängt im Wesentlichen von den Importen an Gütern/Dienstleistungen sowie von Kapitalexporten ab.

Der Kurs, der sich aus Angebot und Nachfrage nach Devisen am Devisenmarkt bildet, wird auch als **Wechselkurs** bezeichnet.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Definitionen:

Konvertibilität:

Besagt, dass eine Währung frei die Grenzen passieren kann (nur 5 % aller weltweiten Währungen). Der Gegenbegriff hierzu lautet „Devisenzwangsbewirtschaftung".

Parität:

Staatlich festgesetztes Austauschverhältnis zweier Währungen.

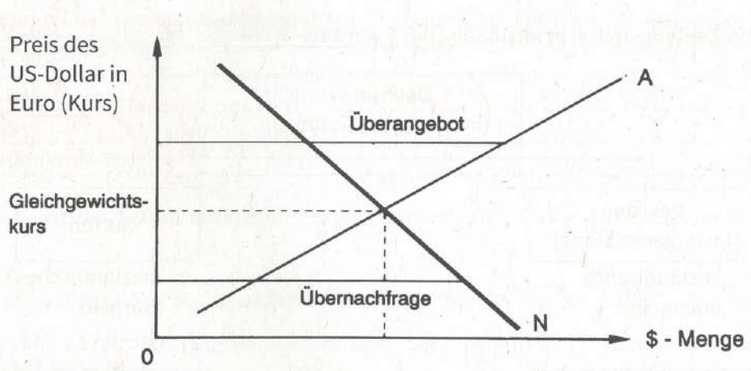
Außenwert:

Wert der Inlandswährung (z. B. 1 Euro), ausgedrückt in Fremdwährung (z. B. in US-Dollar).

Siehe auch Kapitel 5.5.3!

5.5.1 Flexible Wechselkurse

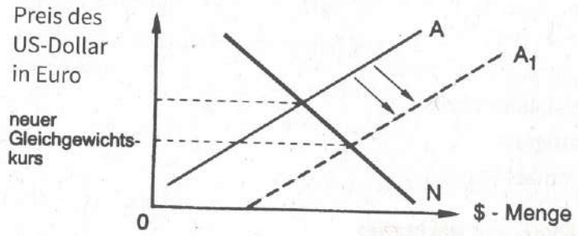
Flexible Wechselkurse bilden sich durch Angebot und Nachfrage ohne staatliche Eingriffe, solange die Währungen konvertierbar sind. Es wird als Ausgleich immer wieder ein **Gleichgewichtskurs** gebildet.



©u-form Verlag – Kopieren verboten!

A) Aufwertung

Eine **Aufwertung** senkt den Preis einer ausländischen Währungseinheit, ausgedrückt in inländischen Geldeinheiten. Der Außenwert der Inlandswährung steigt; das Devisenangebot steigt.



z. B.

1 USD kostet 1,0 EUR bei A
1 USD kostet 0,9 EUR bei A_1

Dieses geschieht durch ein erhöhtes Angebot an US-Dollar, d. h., die Angebotskurve verschiebt sich nach rechts (z. B. durch steigenden Export in die USA oder steigenden Kapitalimport aus den USA nach Europa).

Folge:

⇨ Exporte und inländische Dienstleistungen werden für die USA teurer

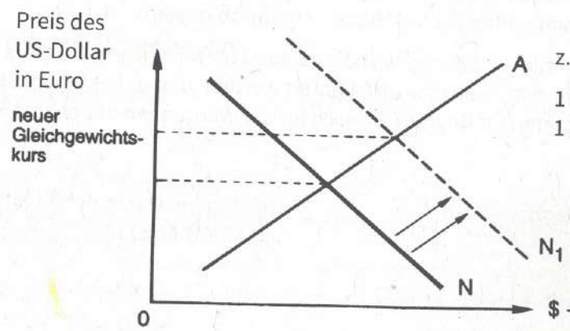
⇨ Importe und ausländische Dienstleistungen werden für Europa billiger

Also:

- Exportrückgang
- Importanstieg
- Rückgang des Handelsbilanzüberschusses
- Abnahme der Überbeschäftigung
- Gesamtnachfragerückgang

B) Abwertung

Eine **Abwertung** erhöht den Preis einer ausländischen Währungseinheit, ausgedrückt in inländischen Geldeinheiten. Der Außenwert der Inlandswährung sinkt; die Devisennachfrage steigt.



z. B.

1 USD kostet 0,9 EUR bei N
1 USD kostet 1,0 EUR bei N_1

Dieses wiederum kommt daher, dass eine steigende Nachfrage nach US-Dollar besteht, d. h., die Nachfragekurve verschiebt sich nach rechts und erhöht den Gleichgewichtskurs (z. B. durch steigenden Import aus den USA oder erhöhten Kapitalexport aus Europa in die USA).

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Folge:

⇨ Exporte und inländische Dienstleistungen werden für das Ausland billiger

⇨ Importe und ausländische Dienstleistungen werden für Europa teurer

Also:

- Exportsteigerung
- Importrückgang
- Rückgang des Handelsbilanzdefizits
- Zunahme der Beschäftigung
- Steigerung der Gesamtnachfrage

Freie Wechselkurse haben Vor- und Nachteile:

Vorteile	Nachteile
– Kurs bildet sich ohne staatliche Eingriffe – keine importierte Inflation (Außenhandelsüberschüsse haben keine inflationäre Wirkung) – keine internationalen Liquiditätsprobleme – automatischer Zahlungsbilanzausgleich – größere Wirksamkeit konjunktur- und währungspolitischer Maßnahmen	– Importeure und Exporteure werden mit dem Wechselkursrisiko belastet (diese sind jedoch am Terminmarkt tätig), d. h. keine sichere Kalkulationsgrundlage für Exporteure – vom freien Wechselkurs gehen Störungen im Außenhandel aus (auf der Ebene der Güter) – Spekulanten sollen Ungleichgewichte verstärken – Vorhandensein von Zufallsgewinnen und -verlusten am Kapitalmarkt

5.5.2 Feste Wechselkurse

Bei fixierten oder festen Wechselkursen bestimmt der Staat ein **festes Austauschverhältnis** seiner Währung zu der Währung des Auslands. Nur selten ist dieser festgelegte Devisenkurs (w_0) auch der Gleichgewichtskurs bei Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage.

a) Liegt w_0 **über** dem eigentlichen Gleichgewichtskurs, so ist das Angebot größer als die Nachfrage, d. h., die Zentralbank des Inlands muss den Devisenangebotsüberschuss aufkaufen, wobei durch diese Geldschöpfung die Gefahr einer Inflation besteht.

b) Liegt w_0 **unter** dem eigentlichen Gleichgewichtskurs, so ist die Nachfrage größer als das Angebot, d. h., die Devisen müssen zwangsbewirtschaftet werden, und es besteht die Gefahr der Bildung von Schwarzmärkten für Devisen (typisch für die Währungen der ehemaligen Ostblockländer).

Überbewertung der Inlandswährung ⇨ Situation b) ⟷ Unterbewertung der Inlandswährung ⇨ Situation a)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Feste Wechselkurse haben Vor- und Nachteile:

Vorteile	Nachteile
– sollen Importeure und Exporteure vom Wechselkursrisiko befreien, wodurch eine bessere Kalkulationsgrundlage entsteht – es gibt kein Spekulantentum an der Devisenbörse	– internationale Liquiditätsprobleme: ständige Zahlungsbilanzdefizite führen zur Abnahme der Devisenreserven bis zur Insolvenz eines Landes – durch Über- und Unterbewertung von Währungen geraten die Warenmärkte durcheinander: Länder mit überbewerteter Währung können relativ billig einkaufen; Länder mit unterbewerteter Währung exportieren Arbeitslosigkeit – nationale Geldpolitik ist praktisch unmöglich (Beispiel: Zinsgefälle zwischen In- und Ausland)

Exkurs:

Bei festen Wechselkursen mit vorgegebener Bandbreite vereinbaren die Notenbanken verschiedener Länder ein festes Austauschverhältnis ihrer Währungen untereinander. Innerhalb dieser Bandbreiten (z.B. +/– 2,25 % Abweichung zum festen Austauschverhältnis der beiden Währungen) können z. B. die Devisenkurse der beteiligten Länder frei variieren. Bricht ein Devisenkurs aus der vorgegebenen Bandbreite aus, so ergreifen die Notenbanken Maßnahmen, um diesen Kurs wieder auf das ursprüngliche Niveau zurückzubringen. So können sie z. B. am Devisenmarkt tätig werden und Währungsreserven an- oder verkaufen, um den Kurs zu stärken bzw. zu schwächen.

Dieses System wurde vom EWS vor Einführung des Euro verfolgt, heute wird es in Europa gegenüber den Nichtteilnehmerländern der Währungsunion eingesetzt. Hierbei sind die Handelspartner im Rahmen eines Währungsverbunds durch feste Wechselkurse mit Bandbreiten miteinander verbunden. Dieses System wird auch „Blockfloating" genannt, da innerhalb eines Blocks (Bandbreiten) die Kurse frei schwanken können.

5.5.3 Währungsrechnen

Sortenkurse werden z. B. beim Barumtausch in einem Kreditinstitut zugrunde gelegt.

Unterscheidung zwischen An- und Verkaufskurs.

Beispiel: Sortenkurse für 1 EUR

Verkauf: 1,196 USD Ankauf: 1,310 USD

Die Devisenkurse an der deutschen Börse werden in Euro und damit als „Mengennotierung" angegeben. Die Mengennotierung drückt aus, welche „Menge" der ausländischen Währung ein Käufer für einen Euro erhält.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Devisenkurse (Kurse für Buchgeld): Unterscheidung zwischen Geld- und Briefkurs.

Beispiel: Devisenkurse für 1 EUR

Geldkurs (1,2492 USD) Briefkurs (1,2494 USD)

Nachfolgend einige praktische Beispiele. Legen Sie zur Lösung der Aufgaben die oben genannten Devisenkurse zugrunde (eventuell anfallende Gebühren und Provisionen bleiben bei den Beispielen unberücksichtigt).

Beispiel 1

Für ihren Urlaub in den USA bucht Frau Schmidt per Internet bei „Car Rental" in San Francisco einen Mietwagen. Sie bezahlt 400 US-Dollar im Voraus mit ihrer Kreditkarte.

a) Welcher Kurs wird zugrunde gelegt?

b) Mit wie viel Euro wird ihr Konto belastet?

Lösung Beispiel 1

a) Das Kreditinstitut rechnet mit dem Geldkurs, da Frau Schmidt eine Rechnung in US-Dollar bezahlen muss.

b) Bei der Umrechnung eines Fremdwährungsbetrages in Euro muss der Fremdwährungsbetrag durch den Wechselkurs geteilt werden.

400,00 USD : 1,2492 = 320,20 EUR (gerundet)

Das Konto von Frau Schmidt wird mit 320,20 Euro belastet.

Beispiel 2

In den USA hat Frau Schmidt für den Mietwagen eine Kaution von 1.000 US-Dollar per Kreditkarte hinterlegt. Sie erhält davon 950 US-Dollar zurück. Der Betrag wird auf ihr Konto überwiesen.

a) Welcher Kurs wird zugrunde gelegt?

b) Welcher Betrag in Euro wird auf ihrem Konto gutgeschrieben?

Lösung Beispiel 2

a) Da Frau Schmidt diesmal eine Zahlung in US-Dollar erhält, legt das Kreditinstitut den Briefkurs zugrunde.

b) Auch diesmal gilt: Der Fremdwährungsbetrag muss durch den Wechselkurs geteilt werden.

950,00 USD : 1,2494 = 760,36 EUR

Auf Frau Schmidts Konto wird der Betrag von 760,36 Euro gutgeschrieben.

Merke:

Die Bank stellt immer den für den Kunden ungünstigeren Kurs in Rechnung. Es gilt immer der Kurs, bei dem der Kunde weniger herausbekommt oder mehr bezahlen muss.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

5.6 Die Zahlungsbilanz

Die **Zahlungsbilanz** ist die systematische Aufstellung aller außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Inland und Ausland innerhalb einer Wirtschaftsperiode.

Die Zahlungsbilanz ist keine Bestandsrechnung wie die normale Unternehmensbilanz, sondern erfasst ausschließlich wirtschaftliche **Stromgrößen**. Sie wird regelmäßig von der Deutschen Bundesbank aufgestellt und umfasst verschiedene Teilbilanzen.

(I) Leistungsbilanz	Handelsbilanz	Erfassung des außenwirtschaftlichen **Warenverkehrs**, dabei Gegenüberstellung von Warenexporten und -importen
	Dienstleistungsbilanz	Erfassung der außenwirtschaftlichen **Dienstleistungen** (z. B. Touristikbilanz, Postleistungen, internationale Versicherungsleistungen etc.)
	Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	Erfassung der **Einkommen aus unselbstständiger Arbeit** und der **Kapitalerträge**, die Inländern aus dem Ausland bzw. die Ausländern aus dem Inland zufließen
	Bilanz der unentgeltlichen Leistungen	Geld- und Sachleistungen, denen **keine unmittelbaren Gegenleistungen** gegenüberstehen (z. B. Beiträge an internationale Organisationen, Entwicklungshilfe etc.)
(II) Bilanz der Vermögensübertragungen		**Einmalige Vermögensübertragungen** (z. B. Schuldenerlasse, Erbschaften, Schenkungen, Kauf von Firmenanteilen etc.)
(III) Kapitalbilanz		Erfassung und Gegenüberstellung der **Kapitalübertragungen** (z. B. Rückzahlung von Krediten ans Ausland, Handel mit ausländischen Aktien etc.)
(IV) Devisenbilanz		Erfassung des Zugangs und Abgangs von Gold- und Devisenbeständen der Zentralbank

Bei den Eintragungen wird das **Prinzip der doppelten Buchführung** angewendet, d. h., eine Buchung verursacht gleichzeitig auch eine Gegenbuchung auf einem anderen Konto. Nach Zahlungsausgängen und -eingängen ist die Zahlungsbilanz folgendermaßen gegliedert:

Soll	Zahlungsbilanz	Haben
Warenexporte		Warenimporte
Dienstleistungsexporte		Dienstleistungsimporte
empfangene Übertragungen		geleistete Übertragungen
Kapitalimport *		Kapitalexport *
Bestandsminderung an Gold u. Devisen *		Bestandserhöhung an Gold u. Devisen *
Zahlungseingänge		Zahlungsausgänge

* Änderung der **Auslandsposition** der Deutschen Bundesbank

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Zahlungseingänge werden im Soll, Zahlungsausgänge im Haben gebucht. Die Zahlungsbilanz ist immer ausgeglichen. Differenzbeträge ergeben sich nur in den Teilbilanzen.

Man spricht von:

a) Aktiver Handelsbilanz: Warenexport > Warenimport

b) Passiver Handelsbilanz: Warenimport > Warenexport

c) Aktiver Dienstleistungsbilanz: Dienstleistungsexport > Dienstleistungsimport

d) Passiver Dienstleistungsbilanz: Dienstleistungsimport > Dienstleistungsexport

Übersteigt die Ausfuhr von Gütern und Diensten die Einfuhr, so entsteht ein **positiver Außenbeitrag**. Dagegen spricht man von einem **negativen Außenbeitrag**, wenn die Importe aus dem Ausland größer sind als die Exporte.

5.7 Geldwertänderungen

Geldwertänderungen werden durch ein verändertes Preisniveau verursacht, wobei man zwei Entwicklungsverläufe unterscheidet:

1. **Inflation** = fortwährende Preisniveausteigerungen
2. **Deflation** = fortwährende Preisniveausenkungen

Die Deflation entsteht dadurch, dass der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ein zu großes gesamtwirtschaftliches Angebot gegenübersteht. Dieses kann durch sinkende Auslandsnachfrage verursacht werden und hat gleichzeitig Produktionseinschränkungen und Entlassung von Arbeitskräften zur Folge.

Im Folgenden wird die Inflation näher untersucht:

Formen der Inflation			
nach der Geschwindigkeit		nach der Erkennbarkeit	
schleichend	**galoppierend**	**offen**	**verdeckt**
geringe Preissteigerungen (ca. 2 – 5 % jährlich)	höhere Preissteigerungsraten	Preissteigerungen sind für alle erkennbar	staatlich stabil gehaltenes Preisniveau verhindert die Ausschaltungsfunktion des Preises (dadurch Bildung von Schwarzmärkten)

Die Ursachen einer Inflation sind einerseits beim veränderten Nachfrageverhalten, andererseits beim veränderten Angebotsverhalten der Unternehmen zu finden.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

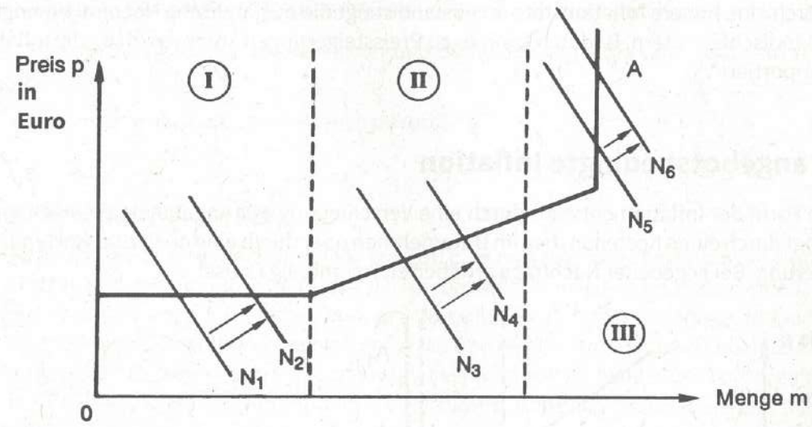
Konvergenzkriterien

Im **Maastrichter Vertrag** (Vertrag über die Europäische Union) sind Konvergenzkriterien festgelegt, d. h. Eintrittsbedingungen für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion. Sie betreffen die Inflationsrate, das langfristige Zinsniveau, die Stabilität der Wechselkurse und die Finanzlage des Staates.

Anhand der Konvergenzkriterien soll überprüft werden, ob die Preisniveaus und Währungen in den Beitrittsländern stabil genug sind und ob sich die Stabilitäts- und Wirtschaftspolitik der Staaten hinreichend angenähert hat. All dies sind Voraussetzungen für einen stabilen Euro. Deshalb müssen auch Staaten, die künftig der Europäischen Währungsunion beitreten möchten, die Konvergenzkriterien erfüllen.

5.7.1 Die nachfragebedingte Inflation

Diese Form der Inflation entsteht durch eine steigende Nachfrage (Nachfragesog) bei gleichzeitigem konstantem Güterangebot. Hierbei unterscheidet man drei mögliche Arten des Angebots (3 Phasen).



Phasen:

I) vollkommen elastisches Angebot; Nachfrageerhöhungen wirken sich **nicht** auf den Preis, sondern nur auf die Angebotsmenge m aus.

II) elastisches Angebot; Nachfragesteigerungen wirken sich auf die Angebotsmenge und **gering** auf das Preisniveau (Steigerung) aus.

III) vollkommen unelastisches Angebot; Nachfrageerhöhungen verursachen aufgrund von Kapazitätsbeschränkungen keine Angebotsmengenerhöhung mehr, sondern bewirken **starke** Preiserhöhungen.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Man unterscheidet **vier Arten** der nachfragebedingten Inflation (Voraussetzung: annähernde Vollbeschäftigung):

1. **Konsuminflation** (ausgehend von privaten Haushalten):

   Durch Lohnerhöhungen und verminderte Sparneigung steigt die Nachfrage nach Gütern, die durch die Angebotsmenge bald nicht mehr gedeckt werden kann (=> steigendes Preisniveau)

2. **Investitionsinflation** (ausgehend von den Unternehmen):

   Die Unternehmer wollen mehr investieren als Spargelder vorhanden sind. Dadurch steigt die Nachfrage nach Investitionsgütern und somit das Preisniveau im Produktionsgüterbereich.

3. **Fiskalinflation** (ausgehend vom Staat):

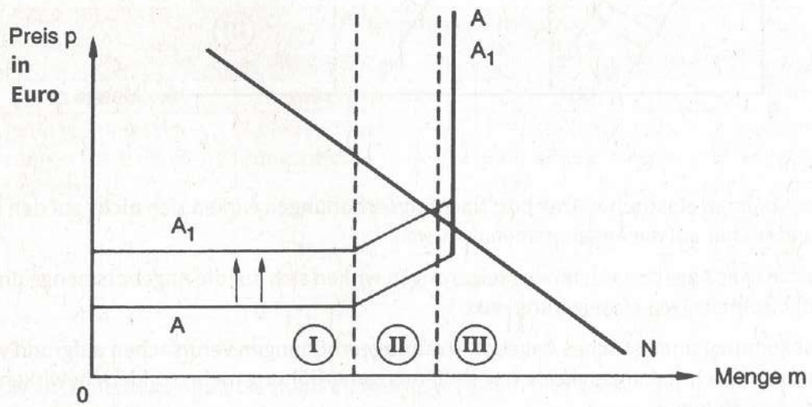
   Wenn die Ausgaben des Staates seine Einnahmen übersteigen, so entsteht ein Budgetdefizit, welches durch verstärkte Kreditaufnahme gedeckt wird. Das kann zu einer Güterlücke und steigenden Preisen führen.

4. **Importierte Inflation** (ausgehend vom Ausland):

   Durch eine höhere Inflationsrate im Ausland steigt die ausländische Nachfragemenge nach inländischen Gütern. Dadurch kann es zu Preissteigerungen kommen, d. h., die Inflation wird „importiert".

5.7.2 Die angebotsbedingte Inflation

Diese Form der Inflation entsteht durch eine Verschiebung der Angebotskurve nach links oben, bedingt durch einen Kostenanstieg im Unternehmen oder durch eine noch zu erwartende Gewinnsteigerung. Bei gegebener Nachfrage erhöhen sich somit die Preise.



Das Angebot wird wieder als dreiphasige Kurve gezeichnet:

I) Angebot vollkommen elastisch

II) Angebot elastisch

III) Angebot vollkommen unelastisch

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Hierbei unterscheidet man zwei Arten der angebotsbedingten Inflation:

1. **Kosteninflation**:

   Bedingt durch höhere Produktions- und Lohnkosten erhöht der Unternehmer seine Angebotspreise.

2. **Gewinninflation**:

   Beim Oligopol und beim Monopol wünscht sich der Unternehmer eine bessere Gewinnsituation und erhöht seine Angebotspreise.

Auswirkungen einer Inflation:

- Sparguthaben verlieren an Wert und Schulden können leichter getilgt werden
- durch zu hohe Preise Wettbewerbsverluste im Export, was zu Arbeitslosigkeit und Firmenzusammenbrüchen führt
- Realeinkommensverluste der Bezieher relativ fester Einkommen (z. B. Rentner, Arbeitnehmer)
- Flucht in Sachwerte (z. B. Grundstücke), die in ihrem Wert stabil bleiben oder steigen
- Begünstigung der Sachwertbesitzer und Benachteiligung der Geldwertbesitzer führt zu sozialen Ungerechtigkeiten
- veränderte Entwicklung der Wechselkurse

Quantitative Easing (QE)

Quantitative Easing, kurz QE, ist Fachjargon für eine geldpolitische Aktion der Notenbank. Dabei wird die Menge (Quantität) an Zentralbankgeber massiv ausgeweitet, daher spricht man von einer Lockerung (easing). Eine Notenbank druckt selbst Geld, um Wertpapiere zu kaufen. So wollen Geldpolitiker die Inflation künstlich anheizen und die Konjunktur anschieben. Zudem sinken die langfristigen Zinsen – Staaten können sich bei Investoren günstiger Geld besorgen. In Japan und den USA versuchen die Notenbanken über diesen Weg schon seit Längerem, die Wirtschaft zu beleben (vgl. auch Kap. 6.5).

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

6.1 Der Wirtschaftskreislauf

Um schwierige ökonomische Zusammenhänge für den Einzelnen einsichtiger zu gestalten, arbeitet die Volkswirtschaftslehre oft mit **Modellen**. Bei den beiden Wirtschaftskreisläufen (einfach und erweitert) sollen die Verhältnisse der **Aggregate** (= Haushalte, Unternehmen, Staat, Ausland und Kapitalsammelstellen) zueinander aus volkswirtschaftlicher Sicht dargestellt werden.

Definition: **Aggregation** nennt man den Vorgang des Zusammenfassens von einzelnen Wirtschaftseinheiten, d. h., in diesem Falle werden z. B. alle Fabriken, Firmen und Handelsgewerbe eines Staates zu der Wirtschaftseinheit **Unternehmen** komprimiert.

Der Wirtschaftskreislauf setzt sich aus zwei Stromgrößen zusammen:

1. aus dem Güterstrom (= realer Strom) und
2. aus dem Geldstrom (= monetärer Strom) zwischen den Wirtschaftssubjekten

Der Einfachheit halber sind bei den folgenden Betrachtungen wichtige Größen als abgekürzte Konstanten bei Rechenoperationen eingesetzt:

Y = Einkommen
C = Konsumausgaben
S = Summe der Ersparnisse
Su = ungeplante Ersparnisse
Sg = geplante Ersparnisse
I = Summe der Investitionen
Iu = ungeplante Investitionen
Ig = geplante Investitionen
Tr = Transferzahlungen
Td = direkte Steuern
Ti = indirekte Steuern

Man kann zwischen direkten und indirekten Steuern unterscheiden.

Zu den **direkten Steuern** gehört z. B. die Lohnsteuer. Steuerschuldner ist der Arbeitnehmer. Von seinem Arbeitslohn wird der Lohnsteuerabzug direkt vorgenommen. Der Arbeitgeber hat die Lohnsteuer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten. Die Lohnsteuer sämtlicher Arbeitnehmer muss er dann in einer Summe zu bestimmten Fälligkeitstagen (monatlich, vierteljährlich oder jährlich) an das für den Betrieb zuständige Finanzamt abführen.

Ein Beispiel für eine **indirekte Steuer** ist die Umsatzsteuer.

Als Verbraucherabgabe ist sie darauf angelegt, dass sie wirtschaftlich vom Konsumenten getragen wird. Technisch wäre es jedoch nicht möglich, die Umsatzsteuer beim Verbraucher zu erheben. Steuerschuldner ist deshalb der Unternehmer, der für seinen Umsatz Steuern zu entrichten hat. Er kann die Umsatzsteuer auf die Empfänger seiner Leistung als Bestandteil des Preises abwälzen. Auf vielen Rechnungen ist deshalb die Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen. Weil die Umsatzsteuer vom Konsumenten auf den Umweg über den Unternehmer erhoben wird, zählt sie zu den indirekten Steuern.
(Siehe auch Kapitel 7)

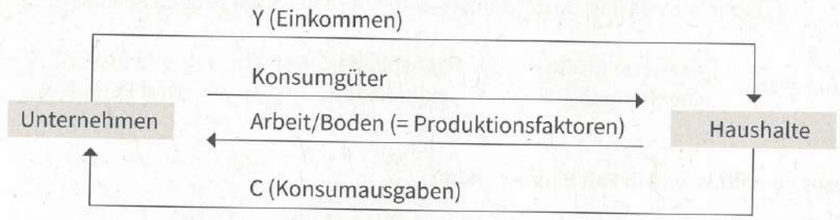
Quelle: Bundesministerium der Finanzen: Unsere Steuern von A-Z

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

6.1.1 Der einfache Wirtschaftskreislauf

Voraussetzungen hierfür sind:

- es wird nur das Verhältnis der beiden Wirtschaftssubjekte Unternehmen und Haushalte zueinander betrachtet
- das gesamte Einkommen der Haushalte wird konsumiert, d. h., es wird weder gespart noch investiert
- es bestehen keine zeitlichen Verzögerungen zwischen Produktion und Konsum



Der Güterstrom fließt immer gegensätzlich zum Geldstrom; in den weiteren Betrachtungen wird er deshalb vernachlässigt.

Erklärung:

Die Haushalte stellen den Unternehmen **Arbeit** (Arbeitskräfte) und **Boden** (Grundstücke) für die Produktion zur Verfügung und erhalten dafür **Einkommen** (Y). Sie kaufen von dem gesamten Einkommen Konsumgüter, also fließen den Unternehmen die Konsumausgaben der Haushalte wieder vollständig zu.

Dieses ist eine **stationäre Wirtschaft**, in der gilt:

$Y = C, \quad I = 0, \quad S = 0$

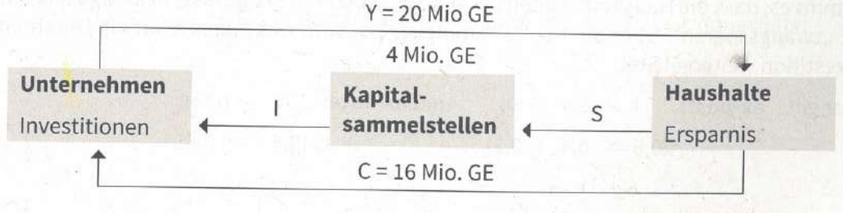
6.1.2 Der erweiterte Wirtschaftskreislauf

Nun kommen zu der o. g. Betrachtung noch die Kapitalsammelstellen (Banken), Staat und Ausland in einzelnen Schritten hinzu.

Fall A:

In einer Volkswirtschaft wird sowohl gespart, als auch investiert, d. h., Kapitalsammelstellen treten in Erscheinung, Weitere Zahlenwerte sind z. B.:

Einkommen	=	20 Mio. Geldeinheiten (GE)
Konsumausgaben	=	16 Mio. (GE)
Summe der Investitionen	=	4 Mio. (GE)



© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Dieses ist eine evolutionäre Wirtschaft, d.h. eine im Wachstum befindliche Volkswirtschaft. Hier gilt:

$Y = C + I$ und $Y = C + S$, also $I = S$ und $I, S > 0$

In dieser Volkswirtschaft werden also 20 % des Einkommens wieder investiert. Entsprechendes Kapital wird bei den Banken gesammelt.

Merke:
1. **Ex-Ante-Betrachtung:** Der Betrachtungszeitpunkt einer Wirtschaft liegt am Anfang einer Periode (lat. ante: vor); es wird mit geplanten Größen kalkuliert.
2. **Ex-Post-Betrachtung:** Der Betrachtungszeitpunkt einer Wirtschaft liegt am Ende einer Periode (lat. post: nach); es wird mit realisierten Größen kalkuliert.

Dann gilt: realisierte Größe einer Periode = ungeplante Größe einer Periode + geplante Größe einer Periode

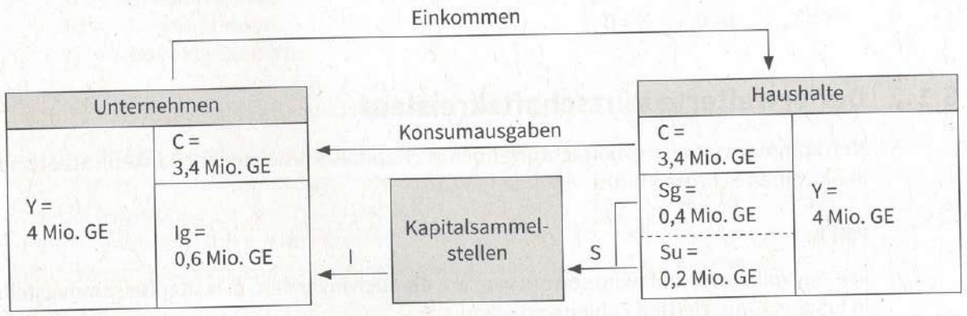
Dieses Verhältnis wird in **Fall B** näher erklärt.

Fall B:

In einer Volkswirtschaft ohne Aktivität des Staates gelten z. B. folgende Werte:

Einkommen	=	4 Mio GE, 90 % davon werden konsumiert, also
Konsumausgaben	=	3,6 Mio GE
geplante Investitionen	=	0,6 Mio GE (Ig)
geplante Ersparnis	=	0,4 Mio GE (Sg)

Zur besseren Übersicht werden die Aggregate nun in Kontenform dargestellt (links: Ausgaben; rechts: Einnahmen), den Vorgang hierzu bezeichnet man als **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.**



Erklärung:

Die Haushalte wollen zwar für 3,6 Mio. GE Konsumausgaben tätigen, stehen aber nur einem Angebot von 3,4 Mio. GE gegenüber, da die Unternehmen auf jeden Fall 0,6 Mio. GE inves-tieren. So kommt es, dass die Haushalte neben 0,4 Mio. GE geplanten Ersparnissen noch zusätzlich 0,2 Mio. GE „zwangssparen". Über die Kapitalsammelstellen wird das Ersparte an die Unternehmen zur Investition weitergeleitet.

Hier gilt: **ex-post:** $I = Sg + Su$ und **ex-ante:** $Ig > Sg$

$(0{,}6 = 0{,}4 + 0{,}2)$ $(0{,}6 > 0{,}4)$

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Dieser Fall existiert auch umgekehrt, wenn die Unternehmen ungeplante Investitionen vornehmen müssen. Dieses gilt z. B. dann, wenn auf Lager produziert wird (= Lagerinvestitionen), da die Haushalte nicht alles konsumieren, was angeboten wird.

Über den Zinssatz wird die Ersparnis und die Investition geregelt:

a) hoher Zinssatz ⇨ mehr Sparer ⇨ weniger Investitionen

b) niedriger Zinssatz ⇨ weniger Sparer ⇨ mehr Investitionen

Merke:

1) $I = S$ ⇨ Angebot = Nachfrage
2) $I < S$ ⇨ Ausfall an Nachfrage (Konsumverzicht der Haushalte)
⇨ Nachfrage < Angebot
⇨ Preissenkung der Unternehmen
3) $I > S$ ⇨ Ausfall an Angebot (s. Fall B)
⇨ Nachfrage > Angebot
⇨ Preissteigerung der Unternehmen

Als Nächstes sollen noch Staat und Ausland in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Fall C:

Es gibt nun folgende Wirtschaftssubjekte in dem Modell:

Haushalte, Unternehmen, Staat, Ausland und Kapitalsammelstellen (z. B. Banken und Versicherungen).

Der Staat ist sowohl Gebietskörperschaft (Bund, Länder, Gemeinden) als auch Sozialversicherungsträger, d. h. Staat = gesamte öffentliche Verwaltungen.

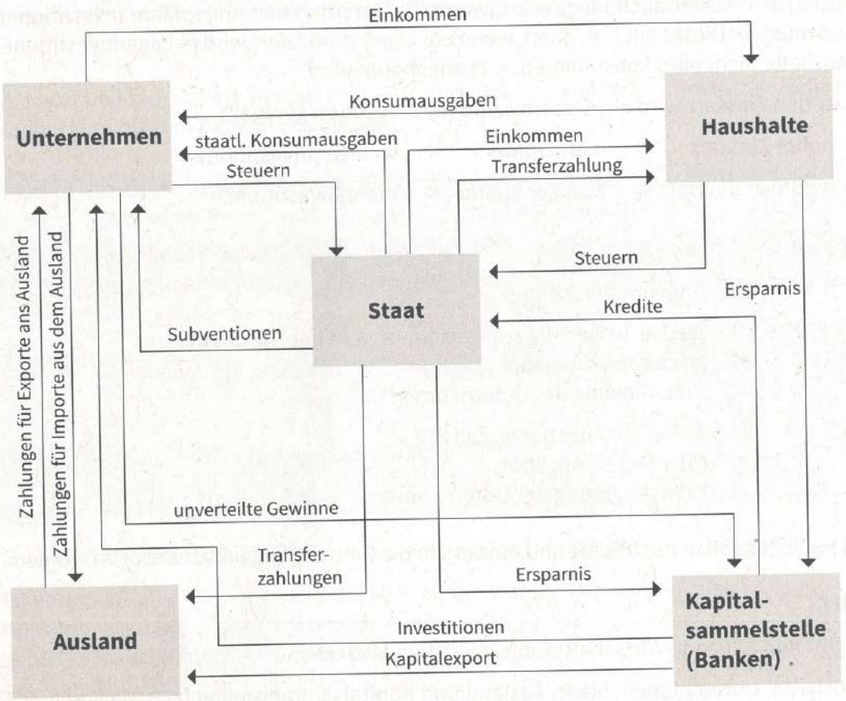
Seine **Einnahmen** sind: (vgl. Kap. 7.1)

- direkte Steuern (z. B. Lohn-, Einkommen-, Kfz-Steuer)
- indirekte Steuern (z. B. Umsatz-, Mineralöl-, Tabak-, Gewerbesteuer)
- Zölle
- Abgaben

Seine Ausgaben sind:

- Ausgaben für öffentliche Güter (Rüstungsgüter, Schulen)
- Dienstleistungszahlungen (z. B. Beamtengehälter, Zinszahlungen für Kredite)
- Transferzahlungen an Haushalte (z. B. Bürgergeld, BAföG)
- Subventionen an Unternehmen (z. B. subventionierte Landwirtschaft)
- Transferzahlungen ans Ausland (z. B. EU-Mitgliedsbeiträge, Entwicklungshilfe)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!



Das Ausland nimmt dabei folgende Eigenschaften wahr:

- erhält Geldzahlungen durch Exporte von Gütern
- leistet Geldzahlungen durch Importe von Gütern
- bezieht Transferzahlungen vom Staat
- erhält Kapital von Kapitalsammelstellen zum Anlegen, weil z. B. die Zinsen im Ausland günstiger als im Inland sind

Weiterhin bleibt die Aufgabe der Kapitalsammelstellen (Banken) anzumerken. Sie erhalten Gespartes vom Staat und von den Haushalten und unverteilte Gewinne von den Unternehmen. Dann geben sie noch Kredite an den Staat und legen Gelder im Ausland an.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

6.2 Das Bruttonationaleinkommen, das Bruttoinlandsprodukt und die Einkommensverteilung

6.2.1 Das Bruttonationaleinkommen (BNE) und das Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Die Erstellung von Gütern und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft wird innerhalb einer bestimmten Periode (meist 1 Jahr) mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukts **gemessen**. Mit dieser Größe können dann Vergleiche in Höhe und Veränderungen des Wertes mit anderen Volkswirtschaften oder mit der Vergangenheit gezogen werden. Auch ist dieser Betrag, den in Deutschland das Statistische Bundesamt in Wiesbaden ermittelt, ein Maß des Wohlstands einer Gesellschaft.

Definition:

1. Unter dem **Inlandsprodukt** versteht man die in Geldeinheiten ausgedrückte Summe aller im Laufe einer Periode (meist eines Jahres) von Inländern einer Volkswirtschaft produzierten und „nicht im Produktionsprozess wieder eingesetzten" (= Vorleistungen) Güter und Dienstleistungen. Vorleistungen müssen abgezogen werden, um Doppelzählungen zu vermeiden.
2. Aus Unternehmenssicht ist die **Wertschöpfung** der Betrag, den ein inländisches Unternehmen zum gesamten Volkseinkommen leistet.
3. Das **Bruttoinlandsprodukt** summiert alle im Inland erzielten Einkommen.

Dabei gilt folgende Beziehung:

gesamter Wert der Produktion eines Unternehmens (= Produktionswert)
./. von allen Unternehmen empfangene Vorleistungen (z. B. bezogene Handelswaren und Hilfsstoffe)
= Wertschöpfung

Die Summe der Wertschöpfungen aller Wirtschaftseinheiten ist gleich dem Inlandsprodukt. Zu unterscheiden vom Inlandsprodukt ist das Bruttonationaleinkommen:

Bruttoinlandsprodukt	Bruttonationaleinkommen
Inlandseinkommen von Inländern	Inlandseinkommen von Inländern
+ Inlandseinkommen von Ausländern (z. B. ausländische Migranten in Deutschland)	+ Auslandseinkommen von Inländern (z. B. Inländer besitzen ausländische Aktien und beziehen dafür Dividendenzahlungen)
⇨ **Inlandskonzept**	⇨ **Inländerkonzept**
(d. h. alle **im Inland** erzielten Einkommen)	(d. h. alle **von Inländern** erzielten Einkommen)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Dabei gilt:

Bruttoinlandsprodukt
+ von Inländern empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen
./. von Ausländern im Inland empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen
+ von der EU empfangene Subventionen
./. an die EU geleistete Produktions- und Importabgaben
= **Bruttonationaleinkommen**

Das Bruttoinlandsprodukt kann man auf drei Arten berechnen:
- **Entstehungsrechnung**
- **Verwendungsrechnung**
- **Verteilungsrechnung**

6.2.1.1 Die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsproduktes

Hierbei geht man von dem gesamten **Produktionswert** abzüglich der Vorleistungen einer Volkswirtschaft aus, fügt die Gütersteuern (wie Tabak-, Mineralöl- oder Mehrwertsteuer) hinzu und zieht die Gütersubventionen ab.

Wertschöpfung der Unternehmen
+ Wertschöpfung des Staates
+ Wertschöpfung der Haushalte } = Wertschöpfung der Volkswirtschaft
./. Vorleistungen (für Produktion anderer Waren und Dienstleistungen)
+ Gütersteuern
./. Subventionen
= **Bruttoinlandsprodukt (BIP)**

Dabei besteht die Wertschöpfung eines Haushalts z. B. aus Geldzahlungen an Hausangestellte (Bedienstete).

6.2.1.2 Die Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsproduktes

Die **Verwendungsrechnung** (der Ausgabenansatz) zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) setzt bei der Nachfrageseite an. Hierbei werden die Ausgaben für die Endverwendung von Waren und Dienstleistungen ermittelt, d. h. private und staatliche Konsumausgaben, Investitionen sowie der Außenbeitrag (= Exportüberschuss = Exporte minus Importe).

Konsumausgaben der privaten Haushalte
+ Konsumausgaben des Staates
+ Bruttoinvestitionen (einschl. Vorratsveränderungen)
+ Außenbeitrag (= Exporte ./. Importe)
= **Bruttoinlandsprodukt (BIP)**

6.2.1.3 Die Verteilungsrechnung des Bruttoinlandsproduktes

Bei dieser Vorgehensweise berechnet man die im Rahmen der Produktionstätigkeit entstandenen und geleisteten Einkommen.

Arbeitnehmerentgelt (Inländer)
+ Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Inland
= Volkseinkommen
+ Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen
+ Abschreibungen
= Bruttonationaleinkommen
./. Primäreinkommen aus der übrigen Welt (Saldo)
= **Bruttoinlandsprodukt (BIP)**

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Das **Bruttoinlandsprodukt** wird sowohl zu den Marktpreisen eines Berichtsjahres **(= nominales BIP)** als auch zu den Preisen eines vorher gewählten Basisjahres **(= reales BIP)** berechnet. Steigt die Bevölkerung prozentual mehr als das Bruttoinlandsprodukt, so tritt eine „Wohlstandsminderung" ein, da das Gesamteinkommen auf mehr Einwohner verteilt werden muss. Deshalb ist es aussagefähiger, das **Bruttoinlandsprodukt pro Kopf** einer Volkswirtschaft zu berechnen.

Das **BIP pro Kopf** ist das Bruttoinlandsprodukt durch die Anzahl der Einwohner. Es wird oft kaufkraftbereinigt angegeben, d. h., es wird so berechnet, dass die unterschiedlichen Preisniveaus in verschiedenen Ländern ausgeblendet werden. So kann die wirtschaftliche Leistung von Ländern verglichen werden.

Den Weg vom Bruttoinlandsprodukt zum verfügbaren Einkommen des Haushalts verdeutlicht folgende Aufstellung:

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen
./. Abschreibungen
= **Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen**
./. Indirekte Steuern
+ Subventionen
= **Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten** (= Volkseinkommen)

Volkseinkommen
./. Einkommen des Staates
+ Transferzahlungen des Staates
= **Privates Einkommen**
./. nicht ausgeschüttete Gewinne
./. direkte Steuern der Unternehmen
./. Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber
= **Persönliches Einkommen**
./. direkte Steuern der Haushalte
./. Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer
= **Verfügbares Einkommen**
(für persönliche Ersparnisse und Konsum)

Die Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts wird oft als „Wohlstandsmaßstab" betrachtet. Jedoch treten hier **Bewertungsprobleme** auf.

- Die tägliche Arbeit der Hausfrauen und Heimwerker fließt nicht in das Bruttoinlandsprodukt ein (= Produktion der privaten Haushalte).
- Die Schwarzarbeit kann nicht berücksichtigt werden.
- Umweltschäden müssten normalerweise als wohlstandsmindernd das Inlandsprodukt verringern.
- Bei Arbeitszeitverkürzungen vermindert sich das Bruttoinlandsprodukt und somit der „Wohlstand", obwohl die Arbeitnehmer in diesem Falle mehr Freizeit haben.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

- Jeder Staat berechnet nur seine eigenen Kennzahlen. Aufgrund zahlreicher ökonomischer und politischer Vernetzungen sollte besser ein „Gesamtinlandsprodukt" aller am Welthandel beteiligten Volkswirtschaften aufgestellt werden, um auch das Wohlstandsgefälle und -ungleichgewicht zwischen der so genannten „Dritten Welt" und den Industrieländern sichtbar zu machen und ausgleichen zu können.

Zur Messung des Wohlstands und der Lebensqualität von Volkswirtschaften eignen sich andere Berechnungsmethoden, z. B. der Index of Sustainable Economic Welfare.

6.2.2 Das Einkommen

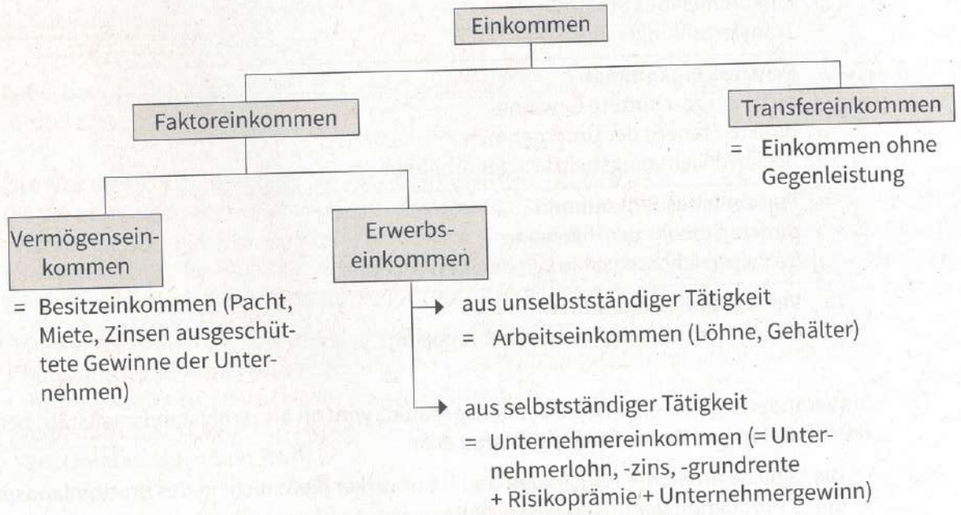
Definition: Das **Einkommen** ist dasjenige Entgelt, welches jemand aufgrund von Arbeitsleistungen oder Vermögensbesitz erhält.

In der Volkswirtschaftslehre unterscheidet man die **Einkommensarten** für die drei Produktionsfaktoren (Faktoreinkommen):

a) Arbeit ⇨ Löhne, Gehälter

b) Boden ⇨ Miete, Pacht, Bodenrente

c) Kapital ⇨ Zinsen (aus Unternehmertätigkeit: Gewinne)



Das Vermögenseinkommen und das Erwerbseinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit bezeichnet man auch als **Kontrakteinkommen**. Das **Residualeinkommen** (= Resteinkommen) ist der Unternehmergewinn aus selbstständiger Tätigkeit.

Das **Realeinkommen** ist das um die Inflationsrate bereinigte Nominaleinkommen. Es wird durch folgende Formel berechnet:

$$\textbf{Realeinkommen} = \frac{\text{Nominaleinkommen}}{\text{Preisniveau}}$$

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

6.2.3 Die Einkommensverteilung

Bei der Verteilung des Einkommens einer Volkswirtschaft treten immer wieder Probleme auf. Ihre Ursachen sind folgende:

- unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer (Qualifikation und körperliche Bedingungen)
- die Arbeitsteilung der heutigen Wirtschaft
- die Machtverteilung in den Entscheidungsgremien
- die unterschiedliche Vermögensverteilung

Über die **Wirtschafts- und Sozialpolitik** versucht der Staat, eine möglichst gerechte Einkommensverteilung zu erzielen.

Seine Mittel:

- Vermögensbildungspolitik (z. B. staatliche Sparzulage)
- Veränderung der Steuersätze (Einkommensteuer)
- Ausgleich der Startchancen (Berufseinstiegshilfen und Förderprogramme zur Existenzgründung)
- Transferzahlungen an Bedürftige (z. B. Grundsicherung, Wohngeld)

Das Bruttoeinkommen der privaten Haushalte unterliegt bei der Aufteilung einer **Primärverteilung** durch den Markt und einer **Sekundärverteilung** durch den Staat (= **personelle Einkommensverteilung**).

Primärverteilung		Bruttoeinkommen der Haushalte (Arbeits- und Vermögenseinkommen)
Sekundärverteilung	+	Transfereinkommen vom Staat
	=	Gesamtbruttoeinkommen der Haushalte
	./.	direkte Steuern
	./.	Sozialversicherungsbeiträge
	=	Verfügbares Einkommen für Konsum und Ersparnis

Verteilungsprinzipien:

a) Leistung (Erfolg, Opfer)

b) Bedürftigkeit (soziale Kriterien)

c) Anforderungen an die Arbeit

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Um die Aufspaltung des Einkommens noch genauer zu untersuchen, berechnet man vom gesamten Einkommen:

1. die **Lohnquote** (%)

$$= \frac{\text{Einkommen aus unselbstständiger Arbeit}}{\text{Volkseinkommen}} \cdot 100$$

2. die **Gewinnquote** (%)

$$= \frac{\text{Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen}}{\text{Volkseinkommen}} \cdot 100$$

In der **Lohnquote** sind Vermögenseinkommen nicht berücksichtigt; sie finden sich in der **Gewinnquote** wieder. Das Einkommen von Managern und Vorstandsvorsitzenden ist nur in der Lohnquote enthalten, weil sie juristisch Arbeitnehmer, tatsächlich aber Auftragsunternehmer sind.

Anhand der beiden Quoten wollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den **Tarifverhandlungen** eine aus ihrer Sicht gerechtere Einkommensverteilung erreichen. Sie sind vertreten durch die Tarifpartner:

- Gewerkschaften (für Arbeitnehmer)
- verschiedene Arbeitgeberverbände

Produktivitätsorientierte Lohnpolitik:

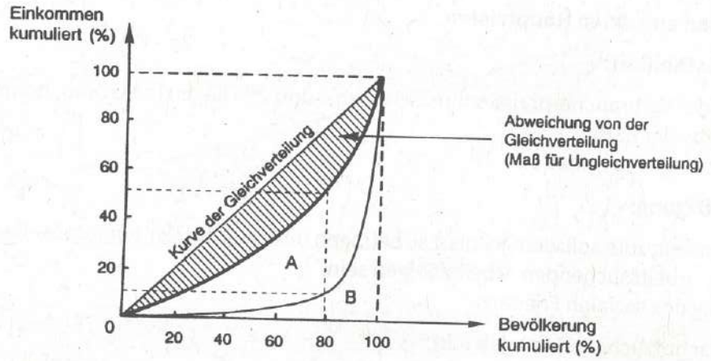
Die Gewerkschaften versuchen, über eine Erhöhung der Nominallöhne ihren Anteil am Sozialprodukt zu erhöhen, also die Lohnquote zu ihren Gunsten zu verändern.

Die Gewerkschaften versuchen, über Streiks, Schlichtungskommissionen oder einfach Verhandlungen zu ihrem Ziel zu kommen. Durch einen meist jährlich neu vereinbarten Tarifvertrag (Lohn- und Gehaltstarifvertrag und Manteltarifvertrag) werden Ecklöhne, Arbeitszeiten, Überstundenzuschläge, Urlaubstage und weiteres neu festgesetzt.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

6.2.4 Die Lorenz-Kurve

Die Lorenz-Kurve zeigt bei genauen statistischen Erhebungen und Berechnungen, wie das Einkommen in einer Volkswirtschaft verteilt ist.

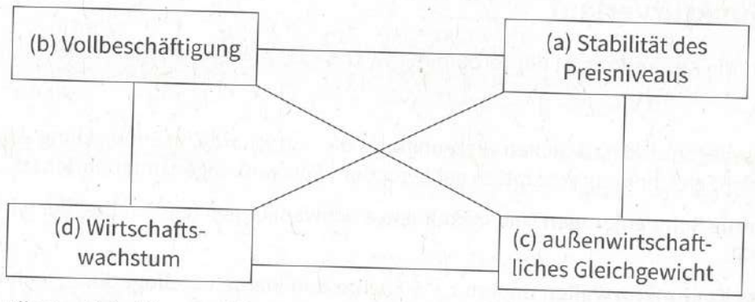


Erklärung der Kurve anhand eines Beispiels:

Im Land A (z. B. Industrienation) haben 80 % der Bevölkerung ca. 50 % des gesamten Volkseinkommens, im Land B (z. B. Entwicklungsland) hat die gleiche Prozentzahl Einwohner nur ca. 10 % des Gesamteinkommens zur Verfügung. Im Staat B herrscht also Armut bei einem Großteil der Bevölkerung.

6.3 Wirtschaftspolitische Hauptziele: Das magische Viereck

In der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland versuchen Staat und Zentralbank vier wirtschaftspolitische Hauptziele zu verwirklichen:



Alle vier Ziele können nicht auf einmal erreicht werden (⇨ „Magisches Viereck"). D. h., es gibt Zielkonflikte und Zielharmonien, sodass zwischen den Zielen oft Kompromisse gemacht werden müssen.

Beispiele:

1) In einem Konjunkturabschwung wird die Preissteigerung durch eine Verringerung der Geldmenge gedämpft. Damit sinkt aber auch die Gesamtnachfrage und die wirtschaftliche Gesamttendenz verschlechtert sich weiterhin, sodass die Arbeitslosigkeit steigt (⇨ Zielkonflikt).
2) Die Arbeitslosigkeit sinkt durch eine Verringerung der Lohnnebenkosten.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Basis dieser Hauptziele ist das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967. Oft werden auch noch **Nebenziele** genannt, wie z. B. Umweltschutz und eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Erklärung zu den einzelnen Hauptzielen:

a) Preisniveaustabilität:

Der Anstieg der Verbraucherpreise sollte zwischen 0 und 2 % liegen (= Verbraucherpreisindex; Vorgabe der EZB).
⇨ Verhinderung einer Inflation

b) Vollbeschäftigung:

Die Arbeitslosenquote soll weniger als 4 % betragen und die Zahl der offenen Stellen gleich der Zahl der arbeitssuchenden Arbeitsfähigen sein.
⇨ Sicherung des sozialen Friedens

c) Außenwirtschaftliches Gleichgewicht:

Die Zahlungsbilanz sollte ausgeglichen sein und der Außenbeitrag sollte größer oder gleich Null sein, d. h. positiver Außenbeitrag = Netto-Güterexport (Export > Import).
⇨ Erfüllung der Devisenverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland; Sicherung der Exportarbeitsplätze und der Entwicklungshilfegelder

d) Wirtschaftswachstum:

Das reale Bruttoinlandsprodukt sollte stetig und angemessen steigen. Grundlage hierfür sind die hohe Sparrate (mehr Investitionen), der Bildungsstand der Bevölkerung, der technische Fortschritt und der Entwicklungsstand der Infrastruktur
⇨ Steigerung des Lebensstandards, Erhaltung der Vollbeschäftigung, Abbau sozialer Spannungen

6.4 Der Konjunkturverlauf

Definition: Die **Konjunktur** ist die Verbindung verschiedener Wechsellagen in der Wirtschaft.

Diese Wechsellagen sind natürlichen Ursprungs, da die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft nicht gleichmäßig vonstatten geht, sondern Schwankungen unterworfen ist.

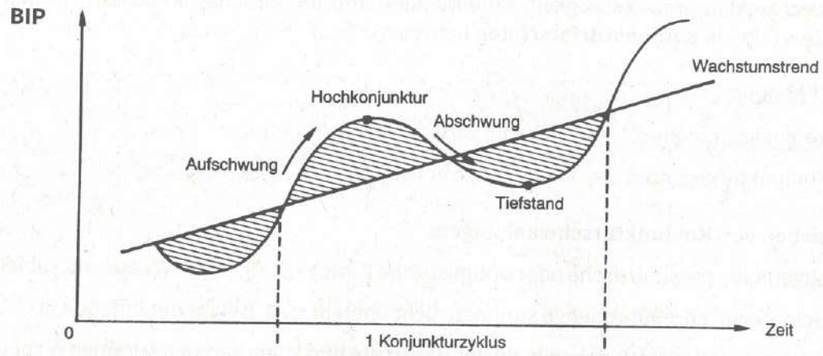
Konjunkturelle Schwankungen sind mittelfristige Schwankungen (ca. 7 Jahre) der wirtschaftlichen Aktivität.

Langfristige Konjunkturwellen dauern ca. 50 Jahre und werden bedingt durch technische Innovationen.

Saisonale Schwankungen beruhen auf Wechsel der Jahreszeiten und haben deshalb einen Zyklus von wenigen Wochen und Monaten.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Die vier Konjunkturphasen



Phasen	Merkmale
1. Phase: Aufschwung (Expansion) ⇨ optimistisch	– Absatzzunahme/Produktionsausweitung – geringe Preissteigerungen – geringe Arbeitslosigkeit/steigende Löhne – abnehmende Sparneigung – steigende Zinssätze
2. Phase: Hochkonjunktur (Boom) ⇨ skeptisch	– Höchstabsatz/voll ausgenutzte Kapazitäten – starke Preisanstiege – Voll- bzw. Überbeschäftigung/hohe Löhne – niedrige Sparneigung – hohe Zinssätze, da Geldnachfrage > Geldangebot
3. Phase: Abschwung (Rezession) ⇨ pessimistisch	– Absatzabnahme/keine Neu-Investitionen – Konkurrenzpreise leicht sinkend (steigend beim Monopol) – höhere Arbeitslosigkeit/Abbau übertariflicher Löhne – zunehmende Sparneigung durch unsichere Zukunftserwartung – sinkende Zinssätze
4. Phase: Tiefstand (Depression) ⇨ depressiv	– Absatzstockung/unausgenutzte Kapazitäten – Preistiefstände, Preiseinbrüche – Massenarbeitslosigkeit, Betriebsstilllegungen/geringe Löhne – hohe Sparneigung („Notgroschen") – niedrige Zinssätze, da Geldangebot > Geldnachfrage

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Mithilfe von bestimmten **Konjunkturindikatoren** als Basis (Industrieproduktion, Auftragseingänge, Preisentwicklung, Arbeitslosigkeit, Außenhandel) wird von wissenschaftlichen Instituten und von der Zentralbank **Konjunkturforschung** betrieben.

Ihre Ergebnisse:

a) Konjunkturdiagnose = aktuelle wirtschaftliche Situation

b) Konjunkturprognose = kurzfristige Vorhersage der Konjunktur

Ursachen von Konjunkturschwankungen:

1. allgemeine pessimistische oder optimistische Einschätzungen der Wirtschaftssubjekte
2. Geldmenge und Gütermenge stimmen nicht überein (z. B. Gefahr der Inflation)
3. die Spar- und Investitionsneigung der Haushalte und Unternehmen stimmen nicht überein (also I = S)

6.5 Die Instrumente der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik zur Stärkung der Konjunktur in Deutschland wird im Wesentlichen von zwei Organen beeinflusst, zum einen von der Europäischen Zentralbank (in Verbindung mit der Deutschen Bundesbank) sowie von der Deutschen Bundesregierung. Dabei unterscheidet man drei Politikformen:

1. Geldpolitik	Träger: Europäische Zentralbank (EZB) bzw. Deutsche Bundesbank
2. Fiskalpolitik	Träger: Deutsche Bundesregierung
3. Außenwirtschaftspolitik	Träger: Deutsche Bundesregierung

6.5.1 Die Geldpolitik

Aufgabe der **Geldpolitik** ist die Sicherung des Geldwertes und die Gewährleistung der Preisstabilität. Die Aufgaben des Systems der Europäischen Zentralbanken (ESZB) bestehen vor allem darin,

- die Geldpolitik der Gemeinschaft festzulegen und auszuführen (die Geldmenge soll dabei möglichst groß sein, dass ein Preisanstieg begrenzt wird, trotzdem aber Wirtschaftswachstum möglich ist),
- **Devisengeschäfte** durchzuführen,
- die **Währungsreserven** der Mitgliedstaaten zu halten und zu verwalten
- und das reibungslose Funktionieren der **Zahlungssysteme** zu fördern.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Als geldpolitische Instrumente stehen der Europäischen Zentralbank zur Verwirklichung ihrer Ziele vier Mittel zur Verfügung. Voraussetzung ist, dass die Geschäftsbanken Buchgeld nur in Abhängigkeit vom Zentralbankgeld schöpfen können.

Instrumente	Wirkungen	
	expansiv (Ankurbelung)	**restriktiv (Schwächung)**
1. Refinanzierungspolitik	– Senkung der Leitzinsen (⇨ Kreditverbilligung) – Erhöhung der Refinanzierungskontingente (⇨ höhere Liquidität der Banken)	– Erhöhung der Leitzinsen (⇨ Kreditverteuerung) – Senkung der Refinanzierungskontingente (⇨ niedrige Liquidität der Banken)
2. Mindestreservepolitik	– Senkung der Mindestreservesätze (⇨ Erhöhung des Kreditspielraums der Banken, Zunahme der Bankenrentabilität)	– Erhöhung der Mindestreservesätze (⇨ Einschränkung des Kreditspielraums der Banken, Abnahme der Bankenrentabilität)
3. Offenmarktpolitik	– Ankauf von Wertpapieren (⇨ Zentralbankgeldschöpfung, d. h., Zentralbankgeld fließt in den Banken- und Nichtbankensektor)	– Verkauf von Wertpapieren (⇨ Zentralbankgeldvernichtung, d. h., Zentralbankgeld fließt zurück)
4. Devisenpolitik	– Ankauf von Devisen (⇨ Erhöhung der inländischen Geldmenge, Steigen der Auslandskurse, günstig für den Export)	– Verkauf von Devisen (⇨ Verringerung der inländischen Geldmenge, Sinken der Auslandskurse, ungünstig für den Export)

Jedoch gibt es bei der Wirkung der Geldpolitik einige Probleme:

a) Die Wirksamkeit der Instrumente wird zeitlich verzögert.

b) Es herrscht unter Umständen ein Zinsgefälle zwischen In- und Ausland.

c) Die Kreditnachfrage des Staates ist meist zinsunempfindlich.

d) Die Konsumkredite der Nichtbanken (Verbraucher) sind zumeist bedarfsabhängig.

e) Die Investitionskredite der Unternehmen sind meistens gewinnabhängig (oder Eigenfinanzierung).

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

6.5.2 Die Fiskalpolitik

Die Fiskalpolitik geht von der Deutschen Bundesregierung und ihren Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) aus. Durch die staatliche Einnahmenpolitik (z. B. Steuern, Zölle) und Ausgabenpolitik (z. B. Transfereinkommen, Subventionen) wird versucht, Einfluss auf die Konjunkturentwicklung zu nehmen.

Der Staat kann seine Finanzpolitik **antizyklisch** (also gegen den Konjunkturverlauf) oder **prozyklisch** (also mit dem Konjunkturverlauf) tätigen.

Prozyklisch bedeutet, dass der Staat seine Ausgaben dem Konjunkturverlauf und damit seiner Einnahmeseite genau anpasst (Staatsausgaben = Staatseinnahmen). Antizyklisch bedeutet dagegen, dass sich der Staat bei seiner Finanzpolitik genau umgekehrt zum konjunkturellen Verlauf der Wirtschaft verhält. Erzielt der Staat z.B. bei einem Konjunkturaufschwung ein Staatseinnahmenplus, so gibt er weniger aus (Staatseinnahmen > Staatsausgaben), während er bei einem konjunkturellen Abschwung höhere Ausgaben als Einnahmen gewährt, letztendlich also Schulden macht.

	Antizyklische Fiskalpolitik	**Prozyklische Fiskalpolitik**
... bedeutet bei Hochkonjunktur:	Staatseinnahmen > Staatsausgaben	Hohe Staatseinnahmen = hohe Staatsausgaben
... und hat zum Ziel:	⇨ Inflationsgefahr dämpfen; ⇨ Sparen für die nächste Abschwungphase	⇨ Konjunktur weiter antreiben; ⇨ mögliche hohe Inflation wird in Kauf genommen
... bedeutet bei einer Wirtschaftsflaute:	Staatseinnahmen < Staatsausgaben	Niedrige Staatseinnahmen = niedrige Staatsausgaben
... und hat zum Ziel:	⇨ Konjunktur wieder ankurbeln mithilfe von Kreditaufnahmen; ⇨ Deflation vorbeugen	⇨ keine weiteren Staatsschulden machen; ⇨ Deflation wird in Kauf genommen

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Fiskalpolitische Mittel und Instrumente

Instrumente	**Wirkungen**	
	expansiv (Ankurbelung)	**restriktiv (Schwächung)**
1. Variation öffentlicher Einnahmen	Steuersenkung ⇨ Erhöhung der Kaufkraft	Steuererhöhung ⇨ Senkung der Kaufkraft
2. Variation öffentlicher Ausgaben	Finanzierung zusätzlicher Ausgaben durch Kreditaufnahmen (z. B. Sondervermögen für Infrastrukturfonds)	Ausgabendrosselung: Einnahmestilllegung
3. Variation der Abschreibungsmöglichkeiten	befristete Vergünstigungen ⇨ zusätzliche Investitionen privater Unternehmen	befristete Aussetzungen ⇨ geringerer Investitionsanreiz privater Unternehmen
4. Budgetpolitik (Vorhandensein einer Konjunkturausgleichsrücklage)	Auflösung der Rücklage ⇨ Ausweitung der Geldmenge	Bildung der Rücklage ⇨ Geldstilllegung
5. Öffentliche Kreditfinanzierung	zusätzliche Kreditaufnahme	Abbau der öffentlichen Kreditaufnahmen
6. Strukturelle Maßnahmen	Erweiterung der Subventionen	Kürzung der Subventionen

Trotz der zahlreichen Mittel reichen die fiskalpolitischen Instrumente alleine oft nicht aus, Konjunkturschwankungen auszugleichen. Deshalb müssen sie mit anderen wirtschaftspolitischen Mitteln kombiniert werden. In der Praxis finden sich außerdem zwei Gruppen verschiedener Wirtschaftspolitiker, die sich folgendermaßen charakterisieren lassen:

a) Fiskalisten: Sie treten ein für eine antizyklische Steuerung des Staates zur Sicherung eines stabilen Wirtschaftsablaufs.

↕

b) Monetaristen: Sie meinen, die alleinige Steuerungsgröße der Konjunktur sei die Wachstumsrate der Geldmenge. Ansonsten sind die Monetaristen von den Selbstheilungskräften des Marktes überzeugt.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

6.5.3 Die Außenwirtschaftspolitik

Die **Außenwirtschaftspolitik** geht von der Deutschen Bundesregierung aus und wird eingesetzt, um die außenwirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland zu verändern und wenn möglich, dadurch einen positiven Außenbeitrag zu erzielen.

Die Instrumente dieser Form der Politik lassen sich in die fünf Hauptgruppen Preismaßnahmen, Mengenmaßnahmen, Wechselkurspolitik, Bardepotpolitik und Devisenbewirtschaftung unterteilen. Dabei unterscheidet man marktkonforme und marktinkonforme Maßnahmen:

a) marktkonform: Erhaltung des Preis-Mechanismus

b) marktinkonform: keine Erhaltung des Marktpreis-Mechanismus

Preismaßnahmen (marktkonform)	
Preisbelastungen	**Preisentlastungen**
durch die Einrichtung von Importzöllen: – Finanzzoll (zur Deckung von Ausgaben) – Erziehungszoll (Schutz bestimmter Industrien in der Aufbauphase) – Schutzzoll (Schutz der heimischen Industrie) ⇨ **Verminderung der Absatzchancen fremder Erzeugnisse im Inland**	auf Exportgüter (z. B. Ausfuhrprämien, Sonderrückvergütungen, Krediterleichterungen) ⇨ **Erhöhung der Absatzchancen heimischer Güter im Ausland**

Mengenmaßnahmen (marktinkonform)	
Ein-/Ausfuhrverbot	**Kontingente**
z. B. bei Rauschgift, Tieren, Lebensmitteln, Waffen	= Begrenzung der Ein- und Ausfuhrmengen

Bardepotpolitik
– Kontrolle der Kreditaufnahme der Unternehmen im Ausland
– Verhinderung der Beeinflussung der Konjunktur durch fremde Kapitalzuflüsse
– Maßnahme: Hinterlegung von x % des Kredits bei der Europäischen Zentralbank

Wechselkurspolitik	
freie Wechselkursbildung	**feste Wechselkursbildung**
– fließende Änderungen des Austauschverhältnisses (Aufwertung, Abwertung); „Floating“ – begrenzte Intervention der Notenbank zwecks Vermeidung von Kursausschlägen	Voraussetzung: dauerndes Ungleichgewicht auf dem Devisenmarkt

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Devisenbewirtschaftung (Aufhebung des Rechts der Konvertibilität einer Währung)	
in Marktwirtschaften	**in Zentralverwaltungswirtschaften**
letzte „Notbremse“ bei Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation	Bestandteil der dirigistischen Außenwirtschaftspolitik

6.6 Die Europäische Union (EU)

Die EG wurde 1967 aus den drei Verbänden

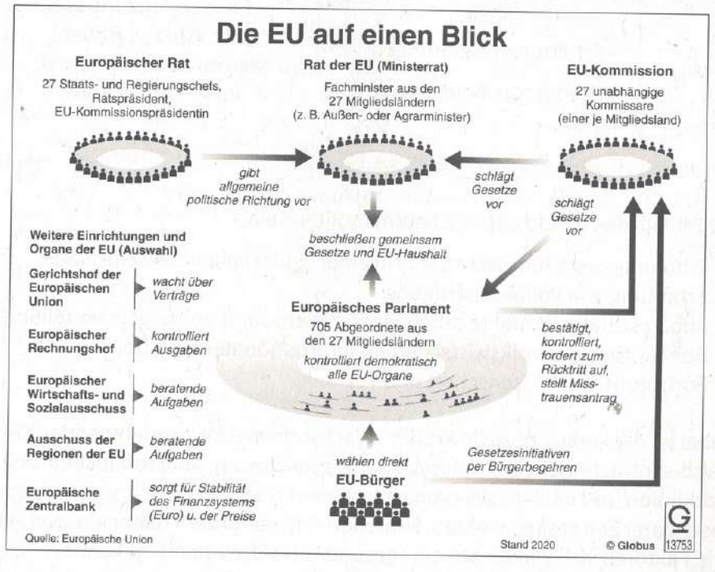
- EWG = Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
- EAG = Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)
- EGKS = Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) gegründet.

Zurzeit gehören der EU (ehemals EG) 27 Mitgliedsstaaten an. Der letzte Beitrittskandidat Kroatien wurde am 1. Juli 2013 offiziell in die Gemeinschaft aufgenommen. Daneben gibt es weitere Beitrittskandidaten (z.B. Türkei, Serbien, Montenegro). Großbritannien hat als letztes und bisher einziges Mitglied die EU im Jahr 2020 verlassen.

Ein Fernziel der EU besteht darin, eine weitestgehende politische Union, eventuell sogar einen europäischen Bundesstaat, zu bilden. Dafür wurde ein Verfassungskonvent ins Leben gerufen, der einen Vorschlag für eine neue europäische Verfassung erarbeitet hat.

Seit 1993 existiert bereits der Europäische Binnenmarkt, d. h., Zölle auf Waren wurden zwischen den Mitgliedsstaaten abgeschafft und es herrscht ein freier Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr. Zurzeit beschäftigt man sich mit der Verwirklichung einer gemeinsamen Agrar-, Verkehrs- und Wettbewerbspolitik sowie einer abgestimmten Konjunktur- und Sozialpolitik.

Der Euro als gemeinsame Währung gilt zurzeit in 21 EU-Staaten. Am 1. Januar 2026 ist Bulgarien durch die Einführung des Euro als 21. Land der Eurozone beigetreten. In Deutschland gilt er seit 1999 als Buchgeld und seit 2002 als Bargeld.

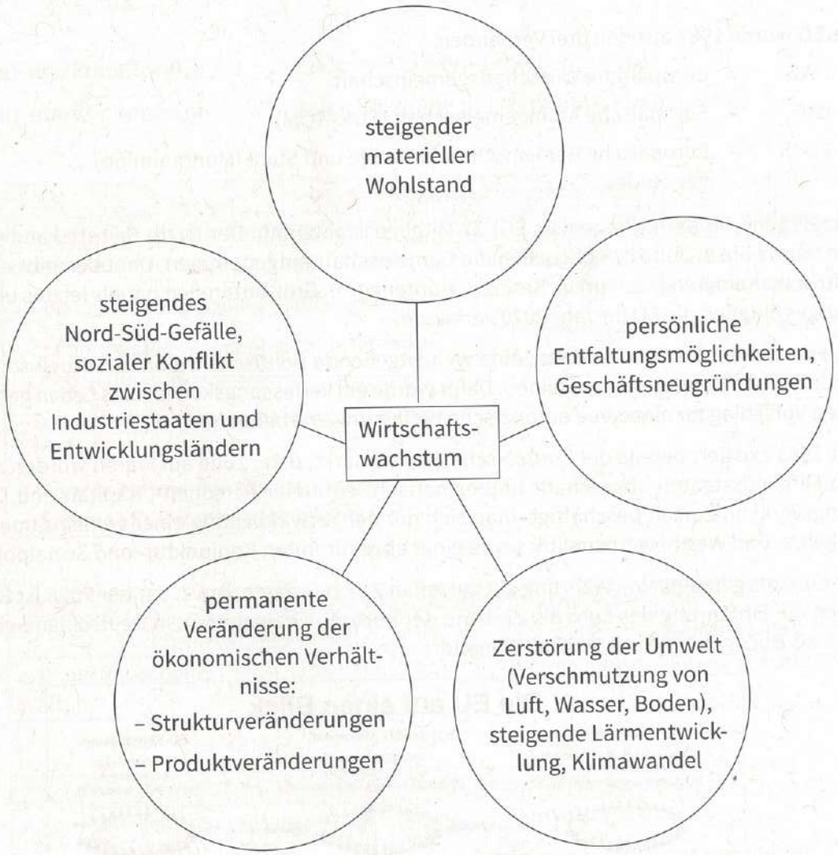


© u-form Verlag – Kopieren verboten!

6.7 Probleme des Wachstums

Wirtschaftswachstum bedeutet, dass das reale Bruttonationaleinkommen einer Volkswirtschaft zunimmt. D. h., durch vermehrten Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital oder durch technischen Fortschritt wird eine Erhöhung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen erzielt. Preiserhöhungen werden bekanntlich bei der Betrachtung von realen Größen außer Acht gelassen.

Durch das Wirtschaftswachstum wird dabei Folgendes bewirkt:



Die Erfolge des Wirtschaftswachstums sollten sein:

- Erhöhung des Lebensstandards in einer „glücklichen" Gesellschaft
- Schaffung von Vollbeschäftigung
- Abbau sozialer Konflikte durch Einkommens- und Vermögensverteilung
- Behauptung der Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb
- Fortschritt von Wissenschaft und Technik

Dabei ist die konventionelle Art der „Wachstumspolitik" zunehmender Kritik ausgesetzt, da Umweltbeeinträchtigungen, Weltbevölkerungsexplosion, Rohstoffausbeutung, Weltnahrungsmittelproduktion und Industrialisierung anscheinend an ihre jeweiligen Grenzen gestoßen sind oder in absehbarer Zeit stoßen werden. Führende Kritiker fordern daher ein „Null-Wachstum", sodass alle o. g. Faktoren sich wieder auf ein „gesundes Maß" einpendeln können.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands

Damit sich alle Länder hierbei auf die gleichen Ziele und Maßnahmen verständigen, wurde 1992 in Rio de Janeiro eine Konferenz der UN über Umwelt und Entwicklung einberufen. Da die Ressourcen weltweit immer knapper werden, die Bevölkerung und damit die Bedürfnisse aber stets wachsen, war eine globale Abstimmung über nachhaltiges Wirtschaften, Schutz der Umwelt und sozialer Zusammenhalt notwendig. Deutschland hat daraus eine **nationale Nachhaltigkeitsstrategie** entwickelt, die in sogenannten „Fortschrittsberichten" angezeigt und ständig weiterentwickelt wird.

Neben der Grundregel, dass jede Generation ihre Aufgaben nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lösen darf, weisen spezielle Indikatoren auf messbare Ziele hin, deren Einhaltung alle zwei Jahre durch das Statistische Bundesamt analysiert wird. Die Indikatoren decken dabei die Felder Generationengerechtigkeit (Klima, Artenvielfalt etc.), Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung ab.

Beispiele der „Agenda 2030" sind:

Bereich	Indikator	Messbares Ziel
Ressourcenschonung	Primärenergieverbrauch	Senkung um 50 % bis 2050 gegenüber 2008
Klimaschutz	Treibhausgasemission	Reduktion um 55 % bis 2030 und um 80 – 95 % bis 2050
Energieversorgung	Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch	Anstieg auf mindestens 80 % bis 2050
Flächennutzung	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	Reduzierung auf 30 ha minus x pro Tag bis 2030
Haushaltskonsolidierung	Schuldenstand	Schuldenstandsquote max. 60 % des BIP; Beibehaltung bis 2030
Innovation	Ausgaben für Forschung und Entwicklung	Steigerung auf 3,5 % des BIP bis 2025
Bildung	18- bis 24-Jährige ohne Abschluss	Verringerung des Anteils auf unter 10 % bis 2030
Landwirtschaft	Ökologischer Landbau	Erhöhung des ökologischen Landbaus auf 20 % an der gesamten genutzten Fläche bis 2030
Gleichstellung	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Verringerung des Abstands auf 10 %; Beibehaltung bis 2030

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

7 Steuern

7.1 Staatseinnahmen

7.1.1 Ordentliche Staatseinnahmen

Die ordentlichen Staatseinnahmen sind regelmäßig wiederkehrende Einnahmen aus Abgaben und öffentlichen Erwerbseinkünften (z. B. Gewinne aus staatlichen Betrieben).

Die Abgaben setzen sich aus Steuern, Gebühren und Beiträgen zusammen.

Steuern sind zwangsweise zu zahlende Abgaben, denen keine unmittelbare Gegenleistung des Staates gegenübersteht.

Gebühren werden für die Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen erhoben.

Z. B. Gebühren für Leistungen der Gerichte, für das Ausstellen eines Reisepasses oder Führerscheins, für die Beglaubigung von Urkunden, Autobahn-Maut für Lkw.

Beiträge, die der Finanzierung gemeinschaftlicher Einrichtungen dienen, werden im Gegensatz zu den Gebühren schon dann fällig, wenn lediglich die Möglichkeit der Leistungsinanspruchnahme besteht.

Z. B. Anliegerbeiträge von Grundstückseigentümern für Straßenbau und Kanalisation, Kurtaxe, Rundfunk- und Fernsehgebühren.

7.1.2 Außerordentliche Staatseinnahmen

Unregelmäßig auftretende Einnahmen:

- Mittelzuflüsse aus Stiftungen
- Schenkungen
- Verkäufe von öffentlichem Eigentum (z. B. Grundstücksverkäufe)
- Erträge aus Beteiligungen

7.2 Staatsausgaben

7.2.1 Ordentliche Staatsausgaben

Regelmäßig wiederkehrende Ausgaben für den öffentlichen Bedarf:

- Personalaufwand (z. B. Ausgaben für Löhne und Gehälter für Bedienstete im Öffentlichen Dienst)
- Sachaufwand (z. B. Ersatz- und Reparaturkosten für öffentliche Anlagen, wie Gebäude, technische Einrichtungen oder Straßenerhaltung)
- Sozialaufwand (z. B. Leistungen der Sozialversicherungsträger und Kindergeld)
- Subventionsaufwand (z. B. unmittelbare Zuschüsse oder Steuervergünstigungen an private Haushalte und Unternehmen)
- Schuldendienst (Staat muss seine Schulden verzinsen und tilgen).

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

7.2.2 Außerordentliche Staatsausgaben

Unregelmäßige oder einmalige Ausgaben, deren Anfall zeitlich nicht vorausbestimmt ist:

- Verteidigungsausgaben
- Ausgaben für die Behebung von Katastrophenschäden
- einmalige staatliche Investitionsausgaben (z. B. Einstieg des Staates bei der Lufthansa, um eine drohende Insolvenz abzuwenden)

7.3 Steuerarten

7.3.1 Einteilung nach dem Steuerempfänger

Maßgeblich ist hierbei, wem die Erträge der einzelnen Steuern zufließen.

- **Bundessteuern**, die ausschließlich der Bund erhält (z. B. Versicherungssteuer, Mineralölsteuer, Stromsteuer, Kfz-Steuer)
- **Landessteuern**, die die einzelnen Bundesländer erhalten (z. B. Biersteuer, Grunderwerbsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer)
- **Gemeindesteuern**, die den Gemeinden zufließen (z. B. Grundsteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer)
- **Gemeinschaftsteuer**, die Bund und Ländern zu bestimmten Anteilen zufließen (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer). Die Höhe dieser Anteile wird jeweils gesetzlich festgelegt.
- **Kirchensteuern**, die den verschiedenen steuererhebungsberechtigten Religionsgemeinschaften zur Erfüllung ihrer kirchlichen Aufgaben dienen

Trotz Steuereinnahmen der Bundesländer bewirkt ein sogenannter „Finanzausgleich", dass alle Länder wirtschaftlich handlungsfähig bleiben. Die 16 Länder der Bundesrepublik müssen alle die gleichen Aufgaben erfüllen. Allerdings sind sie von ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft höchst unterschiedlich aufgestellt. Daher sieht das Grundgesetz (Artikel 107, Absatz 2) vor, „dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird".

Über den „horizontalen" Länderfinanzausgleich transferieren die reicheren „Geberländer" Geld an die ärmeren „Nehmerländer". Der „vertikale" Länderfinanzausgleich bezeichnet die Mittelzuweisungen des Bundes an die bedürftigen Länder. Der Länderfinanzausgleich muss immer wieder neu verhandelt und den wirtschaftlichen Gesamtbedingungen angepasst werden.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

7.3.2 Einteilung nach der Erhebungsart

- **Direkte Steuern**, die vom Steuerzahler unmittelbar an das Finanzamt abzuführen sind (z. B. Einkommensteuer)
- **Indirekte Steuern**, die in den Güterpreisen enthalten sind, von den Unternehmungen eingezogen und an das Finanzamt weitergeleitet werden (z. B. Umsatzsteuer, Mineralölsteuer)

7.3.3 Einteilung nach dem Steuergegenstand

- **Besitzsteuern** sind entweder
  - Personensteuern, die bei natürlichen Personen (z. B. Einkommensteuer) und juristischen Personen (z. B. Körperschaftsteuer) erhoben werden oder
  - Realsteuern, die auf Objekte bezogen werden (z. B. Grundsteuer)
- **Verkehrssteuern**, bei denen der Warenumsatz (Umsatzsteuer) und der Umschlag bestimmter Werte (Wertpapiere) besteuert wird
- **Verbrauchssteuern**, die für den Verbrauch bestimmter Waren erhoben werden (z. B. Mineralölsteuer)

7.4 Steuererhebungsverfahren am Beispiel der Personensteuern

7.4.1 Abzugsverfahren

Bei der Lohn- und Gehaltszahlung ist der Arbeitgeber verpflichtet, die anfallende Lohnsteuer mithilfe entsprechender Tabellen zu ermitteln, vom Lohn/Gehalt einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

7.4.2 Veranlagungsverfahren

Die Einkommensteuer wird im Wege der Veranlagung erhoben. Der Steuerpflichtige hat hierzu dem Finanzamt auf amtlichen Vordrucken oder online eine Steuererklärung einzureichen. Die Angaben beziehen sich auf einen vergangenen Veranlagungszeitraum (i. d. R. ein Jahr) und müssen jeweils bis zum 31. Mai des folgenden Jahres eingereicht werden.

Das Finanzamt prüft die Steuererklärung mit den beigefügten Unterlagen und teilt dem Steuerpflichtigen in einem Steuerbescheid die Steuerschuld mit. Die vom Steuerpflichtigen im Veranlagungszeitraum bereits monatlich bzw. vierteljährlich geleisteten Abschläge werden auf die vom Finanzamt ermittelte Steuerschuld angerechnet, sodass der Steuerpflichtige für den Veranlagungszeitraum entweder eine Nachzahlung zu leisten hat oder den überzahlten Betrag erstattet bekommt.

Neben der Einkommensteuer werden u. a. auch die Körperschaft- und Erbschaftsteuer im Veranlagungsverfahren erhoben.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

7.5 Personensteuern

7.5.1 Einkommensteuer

Gegenstand der Einkommensteuer ist das Einkommen natürlicher Personen. Alle Einkünfte eines Steuerpflichtigen innerhalb eines Kalenderjahres werden nach seinen Angaben in der Steuererklärung veranlagt.

Einkunftsarten

Das Einkommensteuergesetz unterscheidet sieben Arten von Einkünften:

Einkunftsarten	Beispiele
1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	Wald- und Landbau, Tierhaltung
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb	Unternehmungen des Handels, der Industrie und Handwerksbetriebe
3. Einkünfte aus selbstständiger Arbeit	Arzt, Rechtsanwalt, Steuerberater
4. Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit	Löhne von Arbeitnehmern
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen	Zinsen, Dividenden (unterliegen der Abgeltungssteuer)
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	Wohnungen und Grundstücke
7. Sonstige Einkünfte	Spekulationsgewinne

Ermittlung des zu versteuernden Einkommens

Die sich aus den verschiedenen Einkunftsarten ergebenden Einkünfte eines Steuerpflichtigen können vor der Besteuerung um bestimmte abzugsfähige Ausgaben gemindert werden.

Betriebsausgaben (§ 4 EStG)

Hierbei handelt es sich um Aufwendungen, die durch den Betrieb des Steuerpflichtigen oder seinen selbstständig ausgeübten Beruf verursacht werden.

Betriebsausgaben kommen nur bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbstständiger Arbeit in Betracht.

Werbungskosten (§ 9 EStG)

Dies sind Aufwendungen der Steuerpflichtigen, die der Erwerbung, Sicherung und Erhaltung ihrer Einnahmen dienen und somit durch die Berufsausübung hervorgerufen werden.

Sie können bei Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie bei sonstigen Einkünften anfallen und jeweils dort abgezogen werden.

Beispiele: Aufwendungen für Arbeitsmittel (z. B. Fachliteratur, Werkzeuge)
Beiträge zu Berufsverbänden (z. B. Gewerkschaften)

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Bei Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit sind Werbungskosten nur anzugeben und zu belegen, wenn sie den Betrag von 1.200 Euro übersteigen. Dieser Arbeitnehmer-Pauschbetrag wird bei dieser Einkunftsart stets abgezogen.

Sonderausgaben (§ 10 EStG)

Sonderausgaben sind Aufwendungen der privaten Lebensführung und stehen mit keiner Einkunftsart in einem wirtschaftlichen Zusammenhang.

Sie sind vom Gesetzgeber aus sozial-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Gründen für abzugsfähig erklärt worden.

Außergewöhnliche Belastungen (§§ 33 EStG)

Als außergewöhnliche Belastungen sind Aufwendungen abziehbar, die dem Steuerpflichtigen zwangsläufig etwa durch Krankheit, Körperbehinderung, Berufsausbildung der Kinder oder Unterstützung bedürftiger Angehöriger erwachsen.

Die als außergewöhnliche Belastungen anfallenden Kosten können allerdings nicht in voller Höhe steuermindernd abgezogen werden. In jedem Fall muss der Steuerpflichtige einen Teil der Aufwendungen als „zumutbare Belastung" selbst tragen.

Ermittlung des zu versteuernden Einkommens

Die tariflich festgesetzte Einkommensteuer wird nicht vom Einkommen, sondern vom zu versteuernden Einkommen berechnet (§ 32a EStG). Dieses errechnet sich aus dem Einkommen abzüglich verschiedener Freibeträge.

Es ergibt sich somit folgendes Schema zur Berechnung des zu versteuernden Einkommens (vereinfacht):

	Summe der Einkünfte (Einkunftsarten 1 bis 7)
./.	Freibeträge (z. B. Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Entlastungsfreibetrag, etc.)
=	**Gesamtbetrag der Einkünfte**
./.	Sonderausgaben
./.	Werbungskosten
./.	außergewöhnliche Belastungen
=	**zu versteuerndes Einkommen**

Ermittlung der Einkommensteuerschuld

Aufbau des Einkommensteuertarifs

Bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens bleibt ein Grundfreibetrag steuerfrei. Der Grundfreibetrag ist sowohl in die Lohnsteuer- als auch in die Einkommensteuertabellen eingearbeitet (= **tarifliche Nullzone**).

Danach beginnt mit einem Eingangssteuersatz von 14 % die Besteuerungszone bis zu einem Höchststeuersatz (derzeit 45 %). Bei Ehegatten, die beide unbeschränkt steuerpflichtig sind, wird das **Splittingverfahren** (d. h. Halbierung des Gesamteinkommens, anschließend Steuerberechnung) noch angewendet.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

7.5.2 Lohnsteuer

Die Lohnsteuer als Sonderform der Einkommensteuer wird bei Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit im Abzugsverfahren erhoben.

Lohnsteuerabzugsmerkmale

Für die Steuerermittlung relevante Daten sind z. B. der Familienstand, die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder unter 18 Jahren, die Religionszugehörigkeit, die Zahl der Kinderfreibeträge und die Steuerklasse.

Steuerklassen

Steuerpflichtige werden in sechs unterschiedliche Steuerklassen eingeteilt, die die persönlichen Verhältnisse des Arbeitnehmers berücksichtigen.

Steuerklasse	Personenkreis der Arbeitnehmer
I	• Unverheiratete (Ledige, Verwitwete, Geschiedene) und dauernd getrennt Lebende ohne Kinder
II	• Unverheiratete und dauernd getrennt Lebende mit Kindern
III	• Verheiratete, wenn der Ehegatte keinen Arbeitslohn bezieht oder in der Steuerklasse V eingestuft ist • Verwitwete für das Kalenderjahr, das dem Todesjahr des Ehegatten folgt
IV	• Verheiratete, wenn der Ehepartner ebenfalls Arbeitslohn bezieht und ebenso in Steuerklasse IV eingestuft ist
V	• Verheiratete, wenn der Ehepartner ebenfalls Arbeitslohn bezieht und in Steuerklasse III eingestuft ist
VI	• Steuerpflichtige, die aus mehr als einem Arbeitsverhältnis Einkünfte beziehen

Die für einen Arbeitnehmer maßgebliche Steuerklassenzuordnung beeinflusst über den unterschiedlich hohen Lohnabzug (und Kirchensteuerabzug für Mitglieder anerkannter Religionsgemeinschaften) die Höhe des monatlichen Nettogehaltes.

Dabei ist bei gleichem monatlichen Bruttolohn die Steuerbelastung:

- in den Steuerklassen I und IV gleich hoch;
- in der Steuerklasse II aufgrund der in der Tabelle eingearbeiteten Kinderfreibeträge geringer als in Klasse I;
- in der Steuerklasse III am geringsten, da entweder nur ein Ehepartner Arbeitslohn bezieht (Alleinverdiener) oder der mitarbeitende in der Regel weniger verdienende Ehepartner durch die Einstufung in Steuerklasse V trotz geringeren Entgelts der hohen Steuerbelastung der Klasse V unterliegt;
- in der Steuerklasse V im Vergleich zu den Klassen I bis IV hoch, da der mitarbeitende, in der Regel mehr verdienende Ehepartner, der in Steuerklasse III eingestuft ist, trotz höheren Entgelts der geringeren Steuerbelastung der Klasse III unterliegt;
- in der Steuerklasse VI am höchsten, da in der Regel aus mehreren Arbeitsverhältnissen Einkünfte bezogen werden.

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Antragsveranlagung

Es ist möglich, dass im Laufe eines Kalenderjahres zu viel Lohnsteuer einbehalten wurde. Das kann etwa dadurch geschehen, dass

- der Steuerpflichtige (oder sein Ehegatte) nicht das ganze Jahr über in einem Beschäftigungsverhältnis gestanden hat;
- sich Änderungen im Familienstand (Heirat, Tod) oder bei der Kinderzahl ergeben haben;
- dem Steuerpflichtigen Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen entstanden sind, die über den Pauschal- bzw. Freibeträgen liegen.

Die überzahlte Lohnsteuer wird dem Arbeitnehmer nach Ablauf des Jahres erstattet. Dies geschieht auf dem Wege der Einkommensteuererklärung, die vom Arbeitnehmer auf einem Formular oder elektronsich beim Finanzamt beantragt werden kann, und zwar bis spätestens zwei Jahre nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes.

7.5.3 Abgeltungssteuer

Die Abgeltungssteuer erfasst Kapitalerträge wie z. B. Zinsen, Dividenden und sogar Wertsteigerungen von Kapitalanlagen. Diese Erträge werden mit einem Pauschalsteuersatz von 25 % (zzgl. Solidaritätszuschlag und eventuell Kirchensteuer) besteuert und der entsprechende Betrag von der Bank direkt an die Finanzverwaltung abgeführt. Verluste aus Kapitalanlagen können dabei nur mit anderen Kapitalerträgen verrechnet werden.

7.6 Umsatzsteuer

Steuerschuldner:	Unternehmer, d. h. selbstständige Ausübung gewerblicher oder beruflicher Tätigkeit
Steuerträger:	Endverbraucher von Lieferungen und Leistungen
Steuergegenstand:	Umsätze der Unternehmer, d. h. Lieferungen und Leistungen, Eigenverbrauch, Einfuhr
Steuerbemessungsgrundlage:	Entgelt für die betrieblichen Leistungen
Steuersatz:	19 %; ermäßigter Steuersatz von 7 % gilt für bestimmte Lebensmittel, Bücher, Speisen in Gaststätten u. a.
Abzugsfähigkeit:	Die Umsatzsteuer, die ein Unternehmer bezahlt, ist als Vorsteuer von der Umsatzsteuerschuld abzugsfähig. Damit wird erreicht, dass nur der Endverbraucher, nicht aber die Zwischenstufen mit Umsatzsteuer belastet werden.
Zahllast:	Abzuführender Betrag an das Finanzamt (= Saldo Umsatzsteuer – Saldo Vorsteuer)

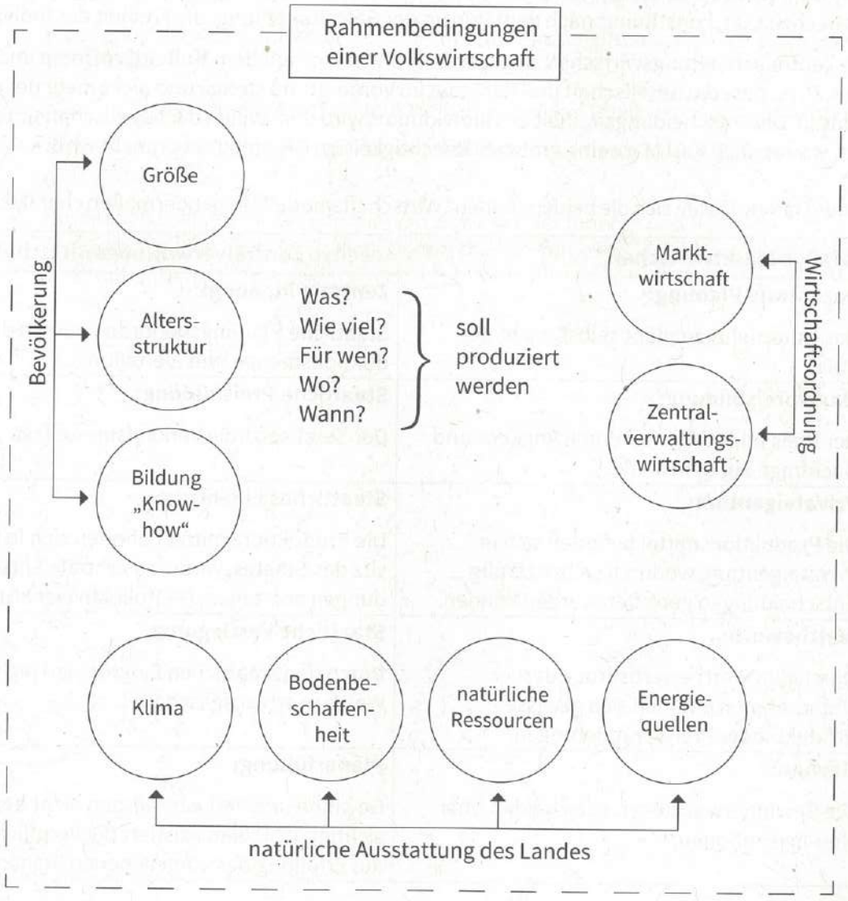
Exkurs:

Durch das Wachstumschancengesetz wurde bei B2B-Umsätzen eine eRechnungspflicht eingeführt, sofern Unternehmen und Leistungsempfänger im Inland ansässig sind. Ausnahmen: Kleinstbetragsrechnungen und Fahrscheine.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

8.1 Die Rahmenbedingungen einer Volkswirtschaft

In einer industrialisierten Volkswirtschaft treten in Bezug auf die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen einige Fragen auf. Man entscheidet dort, was, wie viel, für wen, wo und wann produziert werden soll. Bei der zentralen Beantwortung spielen allerdings noch andere Faktoren eine Rolle, nämlich die so genannten **Rahmenbedingungen** einer Volkswirtschaft.



Es gilt also zu klären, inwieweit verschiedene Wirtschaftsordnungen Einfluss auf die Güterversorgung und somit den Lebensstandard nehmen.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

8.2 Vergleich Marktwirtschaft – Zentralverwaltungswirtschaft

Diese beiden Wirtschaftsordnungen basieren auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Leitideen. Die Marktwirtschaft verfolgt das **Individualprinzip** nach dem geschichtlichen Vorbild des Liberalismus (ab 17. Jahrhundert), der besagt, dass alle Menschen frei von staatlichen Einflüssen politische und wirtschaftliche Entscheidungen selber treffen können. Der Staat garantiert dabei als Rechtsstaat, konstituiert nach dem Prinzip der Gewaltenteilung, die Freiheit des Individuums.

Die Zentralverwaltungswirtschaft dagegen begründet sich auf dem **Kollektivprinzip** im Sozialismus. D. h., dass die Gesellschaft und der Staat im Vordergrund stehen und nicht mehr der einzelne Mensch. Die Entscheidungsfreiheit des Individuums wird dem Willen der Gesellschaft untergeordnet, womit nach Karl Marx eine größere Gerechtigkeit im Gesamtstaat erreicht wird.

In der Theorie lassen sich die beiden „reinen" Wirtschaftsmodelle folgendermaßen charakterisieren:

Idealtyp **Marktwirtschaft**	Idealtyp **Zentralverwaltungswirtschaft**
Dezentrale Planung: Das Unternehmen plant selbst, nicht der Staat.	**Zentrale Planung:** Staatliche Planungsbehörden planen die Produktionsmenge und -verteilung.
Marktpreisbildung: Der Preis bildet sich frei durch Angebot und Nachfrage auf dem Markt.	**Staatliche Preisbildung:** Der Staat setzt die Verkaufspreise fest.
Privateigentum: Die Produktionsmittel befinden sich in Privateigentum, wodurch selbstständig Entscheidungen getroffen werden können.	**Staatliches Eigentum:** Die Produktionsmittel befinden sich in Besitz des Staates, wodurch zentrale Entscheidungen entstehen. (⇨ Kollektiveigentum)
Wettbewerb: Durch den Wettbewerbsdruck der Unternehmen ergeben sich gewisse Produkt- oder Preisveränderungen.	**Staatliche Festlegung:** Durch den staatlichen Eingriff wird jeglicher Wettbewerb ausgeschaltet.
Gewinn: Die Gewinnerwartungen entscheiden über Neu-Investitionen.	**Planerfüllung:** Gewinne und Verluste werden nicht berücksichtigt, trotzdem existiert die Verpflichtung auf Erfüllung des vorgegebenen Plansolls.

In der Realität gibt es keine reinen Wirtschaftsmodelle, sondern so genannte Mischformen. D. h., dass die Marktwirtschaft wenige Aspekte der Zentralverwaltungswirtschaft übernommen hat und umgekehrt.

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

In Deutschland haben wir die **soziale Marktwirtschaft**, d. h., dass der Wettbewerb und die freie Initiative des Einzelnen abgesichert sind durch ein „soziales Netz", welches von der Gesellschaft getragen wird. Vom „Rein-Modell" abgeänderte **Merkmale** der sozialen Marktwirtschaft sind:

- Einengung der Vertragsfreiheit durch gesetzliche Vorschriften (z. B. Nichtigkeit von Rechtsgeschäften)
- Einschränkung der Gewerbefreiheit (z. B. bei der Eröffnung von Apotheken)
- Einengung der Konsumfreiheit (z. B. Verbot des Rauschgifthandels außerhalb von Cannabis-Vereinen)
- Einschränkung der Privateigentumsrechte durch die Einrichtung von Staatsbetrieben
- Beeinflussung des Exports und Imports von Waren durch staatliche Maßnahmen (z. B. durch Zölle)
- Der Staat hat nicht nur die Funktion als Schützer der inneren und äußeren Sicherheit (= „Nachtwächterstaat"), er greift auch steuernd in das Wirtschaftsgeschehen ein (z. B. durch Kartellgesetzgebung).

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Wirtschaftliche Fachbegriffe

A

Abandonrecht	– Befreiung von der Nachschusspflicht durch Verzicht auf Gesellschaftsanteile
Abschreibungen	– bilanzielle Werte für die Abnutzung von Anlagegütern
Aggregation	– Zusammenfassung zu Hauptkomponenten
Agio	– Aufgeld
AIDA-Formel	– bei Werbemaßnahmen: Attention-Interest-Desire-Action
Akzessorität	– Abhängigkeit des Nebenrechts von einem Hauptrecht
Akzise	– Sonderabgabe
Allokation	– Zuweisung der Ressourcen auf die Produktionsfaktoren
Allonge	– Verlängerungsstück bei einem Wechsel
alternativ	– wahlweise
Amortisation	– Tilgung
Anderkonto/-depot	– Konten, die von Dritten verwaltet werden (z. B. von Anwälten)
Annuität	– gleich bleibender Rückzahlungsbetrag bei Krediten, die in Raten zurückgezahlt werden (variabel hierbei: Zinssatz)
antizyklisch	– entgegen erwarteten Verhaltensmustern
Arbitrage	– Börsengeschäft, welches Preisunterschiede an verschiedenen Börsen berücksichtigt
Auflassung	– formelle Einigung beim Notar bei Eigentumsübertragung von Immobilien
Autarkie	– wirtschaftliche Unabhängigkeit
autonom	– selbstständig
Aval	– Bürgschaft

B

bilateral	– zweiseitig
Bill of Lading (B/L)	– Frachtbrief
Blockfloating	– festes Währungssystem mehrerer Staaten
Bonifikation	– Gewährung eines Preisnachlasses
Boom	– Hochkonjunktur
Break-even-Point	– Gewinnschwelle
Briefing	– Kurzzusammenfassung (schriftlich, mündlich) über einen Sachverhalt
Budget	– Haushaltsplan, Haushaltsmittel

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

C

Cash-flow	– Kassenzufluss (= nicht entnommener Gewinn + Abschreibungen auf Sachanlagen + Rückstellungen)
ceteris paribus	– (c. p.) unter sonst gleichen Bedingungen
chartern	– Schiff oder Flugzeug mieten
Clearingverkehr	– Abrechnungsverkehr der Banken untereinander im Zahlungsverkehr
Code	– Chiffrierschlüssel
Collico	– genormte, zusammenlegbare Kisten
Courtage	– Maklergebühr für eine Vermittlung

D

Debitor	– Kunde
Deficit-spending	– staatliche Verschuldung zum Zwecke der Konjunkturbelebung
Definition	– Erklärung
Defizit	– Fehlbetrag
Deflation	– Prozess ständiger Preisniveausenkungen
degressiv	– abnehmend
deklaratorisch	– bekundend, erklärend
Delegation	– Übertragung
Delkredere	– Haftung für eine Forderung
Depositenkonto	– Termingeldkonto
Depot	– Wertpapierkonto bei der Bank
derivativ	– abgeleitet
Desinvestition	– Kapitalfreisetzung nach erfolgter Investition
Desk research	– Schreibtischforschung (aus sekundären Quellen)
Devisen	– ausländische Währung
differenzieren	– unterscheiden (mathematisch: ableiten)
Disagio	– Abzug
Dispatching	– Absendung, Verteilung
Disposition	– Anordnung, Gliederung, Verfügung
dispositiv	– leitend
Display	– Werbematerial
Distribution	– Verteilung
Dividende	– Vergütung der Aktionäre
Dumpingpreise	– Preise unter Herstellungskosten

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

E

Effekten	– Wertpapiere
Effizienz	– Wirksamkeit
Einzelpolice	– einzelner (Transport-)Versicherungsvertrag
Emission	– Ausgabe
Ex-Ante-Betrachtung	– Betrachtung mit geplanten Größen am Anfang einer Rechnungsperiode
Ex-Post-Betrachtung	– Betrachtung mit realisierten Größen am Ende einer Rechnungsperiode
Expansion	– Ausdehnung
Export	– Güterausfuhr
extern	– außerhalb befindlich

F

Factoring	– Verkauf von Forderungen
Faktura	– Handelsrechnung
Field research	– Feldforschung (aus primären Quellen)
fiktiv	– nicht real, sondern eingebildet
Finance Leasing	– langfristige Vermietung als Finanzierungsmöglichkeit
Fiskalpolitik	– Steuer- und Ausgabenpolitik des Staates
Fiskus	– Staatskasse, Staatshaushalt
fixieren	– festsetzen, festhalten
Floating	– Schwankungen der Währungen innerhalb einer bestimmten Bandbreite
Fluktuation	– Wechsel, Schwankungen
Forfaitierung	– vgl. Factoring; Übertragung einer Forderung aus Exportgeschäften an eine Bank
Franchising	– Vertriebssystem als Kooperation zwischen Industrie- und Handelsbetrieb
Friktion	– Reibung, Reibungsverluste
Fruchtgenuss	– Recht auf Nutzung einer fremden Sache ohne Einschränkung
Fungibilität	– Austauschbarkeit von Waren oder Aktien
Fusion	– Zusammenschluss von Unternehmen

G

Generalpolice	– gesamter Transportversicherungsvertrag für alle Transporte gleicher Art
Goodwill	– Firmenwert

H

Handelsembargo	– Handelssperre
heterogen	– verschiedenartig

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Hierarchie	– Rangordnung
homogen	– gleichartig
Honorar	– Einkommen der freien Berufe
horizontal	– waagerecht
Hypothek	– im Grundbuch eingetragenes Recht an einem Grundstück
Hypothese	– Vermutung

I

Illiquidität	– Gefahr der Zahlungsunfähigkeit
Image	– Ansehen
immateriell	– nicht stofflich
Immission	– Schadstoffausstoß in die Umwelt
Immobilien	– unbeweglicher Besitz (Grundbesitz)
Import	– Gütereinfuhr
Incoterms	– International Commercial Terms (= Internationale Handelsbedingungen)
Index	– Verhältniszahl, Kennziffer
Indikator	– Anzeiger, Melder
individuell	– vereinzelt
Indossament	– Übertragungsvermerk auf der Rückseite eines Wechsels
Inflation	– Prozess ständiger Preisniveausteigerungen
Infrastruktur	– innere Strukturen eines Landes zur Versorgung der Wirtschaft (z. B. Straßen)
Innovation	– Erneuerung
Insolvenz	– Zahlungsunfähigkeit
Interdependenz	– gegenseitige Abhängigkeit
Invoice	– Rechnung
Isoquante	– Kurve gleichen Ertrags

J

Job division	– Arbeitsteilung
Job enlargement	– Arbeitserweiterung
Job enrichment	– Arbeitsbereicherung (mehr Kompetenz)
Job rotation	– Arbeitsplatzwechsel
Joint venture	– Zusammenschluss selbstständig bleibender Unternehmer auf internationaler Ebene zur gemeinsamen Durchführung von wirtschaftlichen Projekten

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

K	Kaduzierung	– Verlust des Anteils vom zahlungsunwilligen Gesellschafter bei der GmbH
	Kapazität	– Aufnahmefähigkeit, Leistungskraft
	Klausel	– Sondervereinbarung
	Kollektiv	– Gemeinschaft
	komparativ	– vergleichsweise
	Kompensationsgeschäft	– Tauschhandel, d. h., Forderungen aus Warenlieferungen werden ganz oder teilweise in Waren beglichen
	Kompetenz	– Befugnis, Zuständigkeit
	komplementär	– ergänzend
	Konnossement	– Seefrachtbrief
	Konsignation	– Ware wird dem Importeur zur Kommission geliefert (nur im Außenhandel)
	konstant	– unveränderlich, ständig
	konstitutiv	– erzeugend, begründend
	Kontingent	– Höchstmenge
	kontinuierlich	– aufeinander folgend
	konträr	– gegensätzlich
	Kontrakt	– Vertrag
	Konventionalstrafe	– Vertragsstrafe bei Nicht-Rechtzeitig-Lieferung
	konvergieren	– annähern, herantasten
	Konvertibilität	– freie Austauschbarkeit von Währungen
	Konzession	– Erlaubnis, befristete Genehmigung
	Kreditor	– Lieferant
	Kulanz	– Freizügigkeit, Entgegenkommen
	kumulativ	– angehäuft
	Kuratorium	– Aufsichtsbehörde
	Kuxe	– Anteilschein einer Bergrechtlichen Gewerkschaft
L	Leasing	– Leihkauf, Miete
	Leckage	– Abzug für Flüssigkeitsverluste bei entsprechenden Lieferungen
	Legitimation	– Berechtigung
	Letter of Credit	– Akkreditiv (L/C)
	Liberalismus	– freier Handel ohne Einschränkungen
	Limit	– Grenze
	limitational	– begrenzt
	Liquidation	– freiwillige Auflösung einer Unternehmung
	Lizenz	– behördliche Erlaubnis, Genehmigung

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

M	Management by delegation	– Führung durch Verantwortungsübertragung
	Management by exception	– Führung nach dem Ausnahmeprinzip
	Management by objectives	– Führung durch Zielvereinbarung
	Marge	– Preisspielraum
	Minorität	– Minderheit
	Mondpreise	– zu hohe Einführungspreise
	monetär	– geldlich
	Monopol	– ein Marktteilnehmer gegenüber vielen Marktteilnehmern
	Monopson	– Nachfragemonopol
	Moratorium	– Zahlungsaufschub, Stundung
	Motiv	– Beweggrund
N	Neutralisierung	– Aufhebung
	nivellieren	– angleichen
	Normung	– einheitliche Gestaltung von Einzelteilen
	Notifikationspflicht	– Benachrichtigungspflicht beim Not leidenden Wechsel
O	Obligation	– Schuldverschreibung
	Obligo	– Verpflichtung
	ökologisch	– umweltgerecht
	ökonomisch	– wirtschaftlich
	Oligopol	– wenige Marktteilnehmer gegenüber vielen oder wenigen Marktteilnehmern
	Oligopson	– Nachfrageoligopol
	Operate Leasing	– kurzfristige Vermietung zum mehrmaligen Vermieten
	originär	– ursprünglich
P	Panelerhebung	– regelmäßige Befragung von ausgewählten Haushalten
	pari	– Kurswert = Nennwert einer Aktie
	Partikulier	– Einzelunternehmer bei der Schifffahrt
	Polypol	– viele Marktteilnehmer gegenüber vielen Marktteilnehmern
	Pool	– Gewinngemeinschaft mehrerer Unternehmen
	präferieren	– bevorzugen
	Prämisse	– Voraussetzung

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

praktikabel	– brauchbar, zweckmäßig
Prestige	– Ansehen
primär	– erstrangig, vorrangig
Prognose	– Vorhersage
progressiv	– ansteigend
Prohibitivpreis	– Preis, den ein Monopolist höchstens verlangen kann
Prolongation	– Verlängerung
proportional	– im gleichen Verhältnis stehend
Protektion	– Schutz
Provision	– Bezahlung nach geleistetem Umsatz
prozyklisch	– regelmäßig mit dem Zyklus (Rhythmus) wiederkehrend
Public Relations	– Öffentlichkeitsarbeit eines Betriebs (PR)

R	Rack Jobbing	– Regalmiete
	Random-Verfahren	– Zufallsauswahl
	rationell	– zweckmäßig, vernünftig
	Recycling	– Wiederverwendung von Abfallprodukten
	Reduktion	– Abnahme, Verringerung
	Refaktie	– Abzug für schadhafte oder unbrauchbare Waren
	Referenz	– Empfehlung
	Refinanzierungs-kontingent	– Grenzen (Mengenbeschränkungen), bis zu denen die Bundesbank Wechsel ankauft bzw. Wertpapiere beleiht
	Regalien	– Königsrechte
	Regress	– Rückgriff
	Rektaklausel	– negative Orderklausel, d. h., Indossament wird ausgeschlossen
	Rektapapier	– Namenspapier
	relativ	– verhältnismäßig
	Rendite	– effektive Verzinsung
	rentabel	– wirtschaftlich lohnend
	repräsentativ	– Teil ist dem Gesamten entsprechend
	Repudiation	– Zurückweisung
	Ressourcen	– Bodenschätze
	Restriktion	– Beschränkung
	retrograd	– rückschreitend, rückläufig
	Revision	– Überprüfung von Sachverhalten
	Revolvingkredit	– Kredit, der durch ständige Wiederaufnahme von kurzfristigen Krediten bezahlt wird

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

	Rezession	– Konjunkturabschwung
	Rimesse	– im Umlauf befindlicher Wechsel
	Rubrum	– vollständige Anschrift beim Mahnbescheid

S	Sales Promotion	– Verkaufsförderung
	Screening	– Produktideenauswahl
	sekundär	– zweitrangig
	separat	– getrennt
	Sequester	– Zwangsverwalter
	Solawechsel	– Eigenwechsel, Bezogener = Aussteller
	solidarisch	– füreinander einstehend
	splitten	– aufspalten
	substitutional	– ersetzbar
	Spotmarkt	– Markt für Kassageschäfte an internationalen Warenbörsen
	Stagflation	– Rückgang der Produktion in Verbindung mit Preissteigerung (= Stagnation + Inflation)
	substitutiv	– ersetzend
	Subvention	– Unterstützungszahlungen
	Superlativ	– höchste Steigerungsform
	Supervision	– Beobachtung, Kontrolle
	Swap	– Kombination eines Kassageschäfts mit einem Termingeschäft im Devisenhandel
	Swinggeschäft	– Warenlieferung an ein Land ohne sofortige Zahlung (= zinsloser Kredit) innerhalb eines vorher festgelegten Spielraums
	Syndikat	– Vertriebskartell

T	Talon	– Gewinnanteilschein
	Tantieme	– Gehalt des Vorstands und des Aufsichtsrats
	Tarife	– festgesetzte Lohnverhältnisse
	Taxation	– Schätzung
	Terms of Trade	– Realaustauschverhältnis
	Time lag	– Zeitverzögerung
	Timing	– exakte Terminierung
	Transformation	– Übertragung
	Transparenz	– Übersicht, Durchblick
	Trassant/Trassat	– Aussteller/Bezogener beim Wechsel
	Tratte	– gezogener Wechsel

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

	Trend	– zukünftiger Verlauf
	Treuhand	– Verwaltung fremden Vermögens durch eine Gesellschaft
	Trust	– Verschmelzen mehrerer Unternehmen
V	Valuta	– Wertstellungsdatum
	variabel	– veränderlich
	vertikal	– senkrecht
	vinkuliert	– bei Aktien: Übergabe nur mit Zustimmung durch das Unternehmen
W	Way bill	– Internationaler Frachtbrief
Z	Zedent	– Kreditnehmer
	Zentralisation	– Vereinigung an einem Punkt
	Zession	– Abtretung einer Forderung
	Zessionar	– Kreditgeber
	zyklisch	– regelmäßig wiederkehrend

Zeichenerklärungen

≙	das entspricht
>	größer als
<	kleiner als
=	ist gleichbedeutend mit
<–>	im Gegensatz zu
~	ungefähr, rund
≠	ungleich
Ø	durchschnittlich
./.	abzüglich, minus

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

Abkürzungen

A	ADSp	– Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen
	AfA	– Absetzung für Abnutzung (Abschreibung)
	AE	– Ausfuhrerklärung
	AG	– Aktiengesellschaft
	AGB	– Allgemeine Geschäftsbedingungen
	AktG	– Aktiengesetz
	ALG	– Arbeitslosengeld
	AO	– Abgabenordnung
	a. o.	– außerordentlich
	ArbZG	– Arbeitszeitgesetz
	ARD	– Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
	ArG	– Arbeitgeber
	ARGE	– Arbeitsgemeinschaft
	ArN	– Arbeitnehmer
	Art.	– Artikel
B	B	– Brief, Angebot überwiegt Nachfrage (Börse)
	BA	– Bundesagentur für Arbeit
	BAuA	– Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
	BaFin	– Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
	BBiG	– Berufsbildungsgesetz
	BDA	– Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
	BDI	– Bundesverband der Deutschen Industrie
	BetrVG	– Betriebsverfassungsgesetz
	BFH	– Bundesfinanzhof
	bfn (b/n)	– brutto für netto
	BGB	– Bürgerliches Gesetzbuch
	BGH	– Bundesgerichtshof
	BIC	– Bank Identifier Code
	BIP	– Bruttoinlandsprodukt
	BNE	– Bruttonationaleinkommen
	BSP	– Bruttosozialprodukt
	BWL	– Betriebswirtschaftslehre
	B2B	– Business to Business

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

C	C	– Konsumsumme
	Co.	– Compagnie (frz.)/Company (engl.)
	Comecon	– Council for Mutual Economic Aid
D	DAF	– Delivery at frontier (frei Grenze)
	DAX	– Deutscher Aktienindex
	DB	– Deutsche Bahn AG
	DDP	– Delivery duty paid (Zoll gezahlt)
	DDU	– Delivery duty unpaid (Zoll nicht gezahlt)
	DGB	– Deutscher Gewerkschaftsbund
	DIHK	– Deutscher Industrie- und Handelskammertag
	DIN	– Deutsches Institut für Normung
	DRV Bund	– Deutsche Rentenversicherung Bund
	D/A	– Dokumente gegen Akzept
	D/P	– Dokumente gegen Zahlung
E	e	– Durchschnittsertrag
	e. Kffr.	– eingetragene Kauffrau
	e. K./e. Kfm.	– eingetragener Kaufmann
	E	– Ertrag/Erlös
	E'	– Grenzertrag
	EDV	– Elektronische Datenverarbeitung
	EFTA	– European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone der Nicht-EU-Länder), auch: European Fair-Trade Association
	eG	– eingetragene Genossenschaft
	Eink.	– Einkommen
	EK	– Einheitskurs
	EL	– Elastizität
	EL (K)	– Kreuzpreiselastizität
	EL (N)	– Preiselastizität
	EL (Y)	– Einkommenselastizität
	ELStAM	– Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale
	ESM	– Europäischer Stabilitätsmechanismus
	EStG	– Einkommensteuergesetz
	ESZB	– Europäisches System der Zentralbanken
	etc.	– et cetera (und so weiter)

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

	EU	– Europäische Union
	EUR	– Euro
	Euratom	– Europäische Atomgemeinschaft (auch EAG)
	e. V.	– eingetragener Verein
	EVO	– Eisenbahnverkehrsordnung
	EWG	– Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
	EWS	– Europäisches Währungssystem
	EZB	– Europäische Zentralbank
F	Faq	– Fair average quality (oder FAQ = Frequently asked questions)
	FCKW	– Fluorchlorkohlenwasserstoff
	ff.	– folgende (Seiten)
G	G	– gesamtwirtschaftliche Gewinnsumme (auch: Geld, Nachfrage an der Börse)
	GATT	– General Agreement on Tariffs and Trade (= Internationales Zoll- und Handelsabkommen)
	GBO	– Grundbuchordnung
	GBR	– Gesellschaft des Bürgerlichen Rechts
	GE	– Geldeinheiten
	GenG	– Genossenschaftsgesetz
	Ges.	– Gesellschaft
	GewO (GO)	– Gewerbeordnung
	GG	– Grundgesetz
	ggf.	– gegebenenfalls
	GK	– Gesamtkosten
	GmbHG	– Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
	GuV	– Gewinn und Verlust
	GWB	– Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
H	h	– Stunde (lat.: hora = Stunde, Zeit)
	HGB	– Handelsgesetzbuch
	HK	– Handelskauf
	HR	– Handelsregister
	HV	– Hauptversammlung

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

I	I	– Investitionssumme
	i. A.	– im Auftrag
	IBAN	– International Bank Account Number
	i. e. S.	– im engeren Sinne
	Ig	– geplante Investitionssumme
	IG	– Industriegewerkschaft
	IHK	– Industrie- und Handelskammer
	intern.	– international
	Inv.	– Investition
	i. L.	– in Liquidation
	IT	– Informationstechnologie
	Iu	– ungeplante Investition
	i. V.	– in Vollmacht, in Vertretung
	IWF	– Internationaler Währungsfonds
	i. w. S.	– im weiteren Sinne
J	JArbSchG	– Jugendarbeitsschutzgesetz
K	k	– Stückkosten
	K	– Kosten
	K'	– Grenzkosten
	kf	– fixe Stückkosten
	Kf	– fixe Kosten
	KGaA	– Kommanditgesellschaft auf Aktien
	Kges	– gesamte Kosten
	KO	– Konkursordnung
	KrG/KrN	– Kreditgeber/Kreditnehmer
	KSchG	– Kündigungsschutzgesetz
	KStG	– Körperschaftsteuergesetz
	kv	– variable Stückkosten
	Kv	– variable Kosten
L	l	– gesamtwirtschaftlicher Durchschnittslohn
	L	– gesamtwirtschaftliche Lohnsumme
	lat.	– lateinisch
	Lbj.	– Lebensjahr

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

	LL	– Lieferungen und Leistungen
	Ltd.	– Limited
	LVA	– Landesversicherungsanstalt
	LZB	– Landeszentralbank
	L/C	– Letter of Credit (Zahlung durch Akkreditiv)
M	m	– Stückzahl, Produktionsmenge
	ME	– Mengeneinheit
	Minikoko	– Minimalkostenkombination
	Mio.	– Millionen
	MitbestG	– Mitbestimmungsgesetz
	MoPeG	– Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts
	Mrd.	– Milliarden
	mtl.	– monatlich
N	N	– Nachfrage
	NIP	– Nettoinlandsprodukt
O	o. Ä.	– oder Ähnliches
	OECD	– Organization for Economic Cooperation and Development (Verband der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit)
	o. g.	– oben genannt
	OHG	– Offene Handelsgesellschaft
	OPEC	– Organization of Petroleum Exporting Countries (Verband Erdöl exportierender Länder)
P	p	– gesamtwirtschaftliches Preisniveau
	PAF	– Preis-Absatz-Funktion
	PatG	– Patentgesetz
	PF	– Produktionsfaktor
	PGiroA	– Postgiroamt
	PLZ	– Postleitzahl
	pp./ppa.	– per Prokura
	PR	– Public Relations
	Prod.	– Produktion
	PublG	– Publizitätsgesetz (Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen)

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Q	q1	– Kosten für den 1. Produktionsfaktor
	q2	– Kosten für den 2. Produktionsfaktor
	QE	– Quantitative Easing
R	REFA	– Verband für Arbeitsstudien – REFA e. V.
S	S	– Summe der Ersparnisse
	ScheckG	– Scheckgesetz
	SCE	– Societas Cooperativa Europea (europ. Genossenschaft)
	SCHUFA	– Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditversicherung
	Sg	– geplante Ersparnisse
	SGB	– Sozialgesetzbuch
	s. S.	– siehe Seite
	St.	– Stück
	Su	– ungeplante Ersparnisse
	sfr	– Schweizer Franken
T	Td	– direkte Steuern
	techn.	– technisch
	Teiln.	– Teilnehmer
	Ti	– indirekte Steuern
	Tr	– Transfereinkommen
	Tsd.	– Tausend
	TTIP	– Transatlantische Handels- und Investitonspartnerschaft
	TÜV	– Technischer Überwachungsverein
	TVG	– Tarifvertragsgesetz
U	U	– Umsatz
	u. a.	– unter anderem
	u. a. m.	– und anderes mehr
	UG	– Unternehmergesellschaft
	UN	– United Nations (Vereinte Nationen)
	UNO	– United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
	Unt.	– Unternehmen
	USD	– US-Dollar

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

	USt	– Umsatzsteuer
	UStG	– Umsatzsteuergesetz
	UWG	– Gesetz gegen den Unlauteren Wettbewerb
V	v1	– 1. Produktionsfaktor
	v2	– 2. Produktionsfaktor
	VE	– Volkseinkommen
	Verdi	– Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
	Vers.	– Versicherung
	VGR	– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
	VVaG	– Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
	VwL	– Vermögenswirksame Leistungen
	VWL	– Volkswirtschaftslehre
W	WG	– Wechselgesetz
X	x	– Stückzahl, Produktionsmenge
Y	Y	– Einkommen
Z	ZPO	– Zivilprozessordnung

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

A

Abbauboden ... 23
Absatzkette ... 33
Aktiengesellschaft (AG) ... 63
Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGBs) ... 54
Anbauboden ... 23
Anfechtbarkeit ... 46
Angebot ... 97
Angebotsbedingte Inflation ... 124
Angebotskurve ... 22, 91
Angebotsseite ... 91
Antizyklisch ... 142
Arbeit ... 20, 21
Arbeitsgerichtsbarkeit ... 76
Arbeitslosenquote ... 22
Arbeitslosigkeit ... 21
Arbeitsproduktivität ... 14
Arbeitsschutzbestimmungen ... 79
Arbeitsteilung ... 16
Arbeitsvertrag ... 73
Aufsichtsrat ... 84
Ausführende Arbeit ... 26, 69
Ausgleichsfunktion ... 100
Ausschaltungsfunktion ... 100
Außenwert des Geldes ... 115
Außenwirtschaftspolitik ... 144
Außerordentliche Staatsausgaben ... 149
Außerordentliche Staatseinnahmen ... 148

B

Banken ... 34
Bedarf ... 10
Bedürfnisse ... 9
Beitragsbemessungsgrenzen ... 80
Berufsausbildungsvertrag ... 74
Besitz ... 43
Betriebsrat ... 83
Betriebsvereinbarung ... 75
Betriebswirtschaftliche Produktionsfaktoren ... 26
Betriebswirtschaftlich-technische Arbeitsteilung ... 17
Bilanz der Vermögensübertragungen ... 121
Binnenwert des Geldes ... 112
Boden ... 20, 23
Boom ... 139
Break-even-Point ... 95
Bruttoinlandsprodukt (BIP) ... 131 ff.
Bruttonationaleinkommen (BNE) ... 131
Buchführungspflicht ... 56
Bürgschaft ... 56

D

Darlehensvertrag ... 45
Deflation ... 122
Depression ... 139
Derivativ ... 20
Devisen ... 115
Devisenbilanz ... 121
Devisenkurs ... 115, 119
Dienstleistungen ... 11
Dienstleistungsvertrag ... 45
Dispositive Arbeit ... 26

E

Eigenkapitalrentabilität ... 14
Eigentum ... 43
Eigentumsübertragung ... 43
Eigentumsvorbehalt ... 52
Eingetragene Genossenschaft (eG) ... 67
Einkommen ... 134
Einkommenselastizität ... 89
Einkommensteuer ... 151
Einkommensverteilung ... 135
Einzelhandel ... 33
Einzelunternehmung ... 60
Elastizität ... 89
Ertragskurve ... 28
Erwerbsquote ... 22
Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) ... 110
Europäische Union (EU) ... 145
Europäische Zentralbank (EZB) ... 110
Expansion ... 139

F

Fachverband ... 106
Feste Wechselkurse ... 118
Firma ... 57
Firmenarten ... 57
Firmengrundsätze ... 57
Firmenname ... 56
Fiskalisten ... 143
Fiskalpolitik ... 142
Fiskalpolitische Mittel ... 143
Fixe Kosten ... 93
Flexible Wechselkurse ... 116
Freie Güter ... 11
Führungsstile ... 68
Fusion ... 108

G

Gebrauchsgüter ... 11
Geld ... 109
Geldmenge ... 111
Geldpolitik ... 140
Geldwertänderungen ... 122
Gesamtkapitalrentabilität ... 14
Geschäftsfähigkeit ... 41
Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) ... 60
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ... 65
Gesellschaftsvertrag ... 45
Gewerbe ... 55
Gewinnmaximum ... 96
Gewinnquote ... 136
Gläubigerverzug ... 51
Gleichgewichtsmenge ... 97
Gleichgewichtspreis ... 97
Gleichordnungskonzerne ... 107
GmbH & Co. KG ... 62
Grenzerlös ... 96
Grenzertrag ... 28
Grenzkosten ... 96
Großhandel ... 33
Güter ... 9, 10
Güterarten ... 11
Güterherstellung ... 18

H

Handel ... 33
Handelsregister ... 55, 57
Handlungsvollmacht ... 71
Heterogene Güter ... 11
Historische Arbeitsteilung ... 16
Höchstpreispolitik ... 105
Holding-Gesellschaft ... 107
Homogene Güter ... 11

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

I

Individualversicherung ... 36
Industriebetrieb ... 31
Inferiore Güter ... 12
Inflation ... 122
Inländerkonzept ... 131
Inlandskonzept ... 131
Input ... 19, 32
Internationale Arbeitsteilung ... 18
Investition ... 25

J

Jugendarbeitsschutzgesetz ... 76
Juristische Personen ... 40

K

Kapital ... 20, 24
Kapitalbeteiligung ... 107
Kapitalbilanz ... 121
Kapitalgesellschaften ... 59
Kapitalproduktivität ... 14
Kartell ... 106
Käufermarkt ... 97
Kaufmann ... 55
Kaufmannseigenschaft ... 55
Kaufvertrag ... 45, 47
Kaufvertragsstörungen ... 49
Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) ... 66
Kommanditgesellschaft (KG) ... 62
Komplementärgüter ... 11, 87
Konjunkturphasen ... 139
Konjunkturverlauf ... 138
Konkurrenzklausel ... 73
Konkurrenzverbot ... 73
Konsumentenrente ... 98
Konsumgüter ... 11
Konzentration in der Wirtschaft ... 106
Konzern ... 107
Kostenkurven ... 95
Kosten-Nutzen-Analyse ... 15
Kostenverhalten ... 94
Kreuzpreiselastizität ... 89
Kündigungsschutzgesetz ... 75

L

Leihvertrag ... 45
Leistungsbilanz ... 121
Leistungsprozesse in Betrieben ... 29
Leitende Arbeit ... 68
Lenkungsfunktion ... 100
Lohnquote ... 136
Lohnsteuer ... 153
Lorenz-Kurve ... 137

M

Magisches Viereck ... 137
Marktarten ... 85
Marktformen ... 85, 86
Marktgruppen ... 30
Marktpreisfunktionen ... 100
Markttypen ... 85
Marktwirtschaft ... 156
Maximalprinzip ... 13
Mietvertrag ... 45
Mindestpreispolitik ... 105
Minimalprinzip ... 13
Missgüter ... 11
Mitbestimmung ... 82
Mitwirkung ... 82
Monetaristen ... 143
Monopol ... 86
Monopolistischer Absatzbereich ... 103
Monopolpreisbildung ... 104
Mutterschutzgesetz ... 79

N

Nachfrage ... 10, 97
Nachfragebedingte Inflation ... 123
Nachfragekurve ... 22, 87
Nachfrageseite ... 87
Nachhaltigkeitsstrategie ... 147
Natürliche Personen ... 40
Nichtigkeit ... 46
Nicht-Rechtzeitig-Lieferung ... 50
Nicht-Rechtzeitig-Zahlung ... 51
Nichtsättigungsgüter ... 87
Nominalkapital ... 24
Nominalwert ... 112

O

Offene Handelsgesellschaft (OHG) ... 61
Öffentliches Recht ... 38
Ökonomisches Prinzip ... 13
Oligopol ... 86
Ordentliche Staatsausgaben ... 148
Ordentliche Staatseinnahmen ... 148
Organisationsformen ... 72
Originär ... 20
Output ... 19, 32

P

Pachtvertrag ... 45
Personalstrukturen ... 70
Personengesellschaften ... 59
Polypol ... 86
Preis-Absatz-Funktion (PAF) ... 103
Preisbildung ... 97
Preisbildung auf dem unvollkommenen Markt ... 101
Preisbildung auf dem vollkommenen Markt ... 97
Preisdifferenzierung ... 101, 102
Preiselastizität ... 89
Preisindex ... 113
Primärverteilung ... 135
Privates Recht ... 38
Produktion ... 18
Produktionsfaktoren ... 20, 27
Produktionsgüter ... 11
Produktionsmöglichkeitskurve ... 19
Produzentenrente ... 98
Prokura ... 56, 71
Prozesse im Industriebetrieb ... 37
Prozyklisch ... 142

R

Rahmenbedingungen einer Volkswirtschaft ... 155
Realkapital ... 24
Realwert ... 112
Recht ... 38
Rechtsbegriffe ... 42
Rechtsfähigkeit ... 41
Rechtsgeschäfte ... 44
Rechtsmängel ... 49
Rechtsobjekte ... 42

©u-form Verlag – Kopieren verboten!

A Stichwortverzeichnis

Rechtsquellen ... 39
Rechtssubjekte ... 40
Rendite ... 15
Rentabilität ... 15
Rezession ... 139
Rügepflicht ... 56

S

Sachgüter ... 11
Sachmängel ... 49
Schlechtleistung ... 49
Sekundärverteilung ... 135
Signalfunktion ... 100
Sonderformen des Kaufvertrags ... 48
Sozialversicherung ... 36, 80, 81
Spinnwebtheorem ... 101
Staatliche Preisbildung ... 105
Standortboden ... 23
Standortfaktoren ... 23
Standortwahl ... 23
Steuererhebungsverfahren ... 150
Steuerklassen ... 153
Stille Gesellschaft ... 60
Streik ... 78
Substitutionsgüter ... 11, 87
Superiore Güter ... 12
Syndikat ... 107

T

Tarifverträge ... 77
Tauschvertrag ... 45

U

Umsatzsteuer ... 154
Umweltschutzmaßnahmen ... 16
Unternehmensformen ... 59, 60
Unternehmensgründung ... 58
Unternehmergesellschaft (UG) ... 66

V

Variable Kosten ... 93
Verbrauchsgüter ... 11
Verjährungsfristen ... 50, 53
Verkäufermarkt ... 97
Versicherungen ... 35
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) ... 66
Verträge ... 44
Vertragsbedingungen ... 54
Vertragsfreiheit ... 44
Verursacherprinzip ... 16
Volkswirtschaftliche Arbeitsteilung ... 17
Vollmachten ... 71

W

Währung ... 110
Währungsrechnen ... 119
Währungssysteme ... 110
Warenkorb ... 113
Wechselkurs ... 115
Werkvertrag ... 45
Wertekreislauf ... 32
Willenserklärung ... 44
Wirtschaften ... 13
Wirtschaftliche Güter ... 11
Wirtschaftlichkeit ... 14
Wirtschaftskennzahlen ... 14
Wirtschaftskreislauf ... 126
Wirtschaftswachstum ... 146

Z

Zahlungsbilanz ... 121
Zahlungsverzug ... 51
Zentralverwaltungswirtschaft ... 156

© u-form Verlag – Kopieren verboten!

Dieser Prüfungstrainer...

...wurde der Umwelt zuliebe auf nachhaltiges Recyclingpapier gedruckt. Damit tragen nicht nur wir, sondern auch du einen Teil zur Schonung der Umwelt bei.

Wusstest du...

...dass wir für unsere Auszubildenden die Kosten für das **Monatsticket im ÖPNV** übernehmen? Dies ist natürlich am Standort Solingen sehr praktisch, immerhin ist der ÖPNV bereits mit sogenannten „O-Bussen“ ausgestattet. Das sind Oberleitungsbusse, die mit Strom fahren.

Natürlich setzen wir auch bei unserem eigenen Fuhrpark auf **umweltschonendes Fahren** und haben ein Elektro-Auto und einen Plug-in-Hybrid Lieferwagen angeschafft.



ÖKOPROFIT
BERGISCHES STÄDTEDREIECK

Seit Januar 2022 ist unser Unternehmen **ÖKOPROFIT** zertifiziert. Was wir noch alles im Sinne der Nachhaltigkeit tun, kannst du auf **my-uform.de/nachhaltigkeit** nachlesen.